

PROTOKOLL

über die 18. , ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag,
dem 18. Dezember 1969, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Öffentliche Sitzung

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister Josef Fellingner

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

Leopold Petermair
Franz Weiss

STADTRÄTE:

Alfred Baumann
Alois Besendorfer
Rudolf Fürst
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger

GEMEINDERÄTE:

Anna Bendel
Johann Brunmair
Vinzens Dresl
Franz Enöckl
Karl Feuerhuber
Franz Frühauf
Dr. Hermann Gärber
Karl Gherbetz
Johann Heigl
Ing. Johann Holzinger

Walter Kienesberger

Johann Knogler

Rudolf Luksch

Franz Mayr

Therese Molterer

August Moser

Walter Moser

Helmut Pils

Erich Sablik

Hubert Saiber

Heinrich Schwarz

Prof. Dr. Konrad Schneider

Dr. Alois Stellnberger

Johann Zöchling

VOM AMTE:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Karl Enzelmüller

Magistratsdir. -Stellvertr. Senats-

rat Dr. Johann Eder

Oberamtsrat Ludwig Stary

PROTOKOLLFÜHRER:

Oberamtsrat Alfred Eckl

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF F E L L I N G E R :

Ha-3300/69

Voranschlag 1970.

Präs-613/69

Einmalige Vergütung für besondere
Dienstleistungen im Jahre 1969.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Werte Damen und Herren!

Ich darf Sie zur heutigen Gemeinderatsitzung herzlich begrüßen. Sie ist beschlußfähig. Entschuldigt sind Herr Gemeinderat Böhm, der sich im Ausland befindet, Herr Gemeinderat Fritsch und Herr Gemeinderat Kohout, der sich den Fuß gebrochen hat.

Als Protokollprüfer werden vorgeschlagen Herr Gemeinderat Mayr und Herr Gemeinderat Zöchling.

Die Tagesordnung ist Ihnen bekannt, es wurde dagegen kein Einwand erhoben und sie gilt für die heutige Sitzung als angenommen.

Vor Eingang in die Tagesordnung möchte ich Ihnen bekanntgeben, daß der Antrag der ÖVP, die Behandlung der Zusammensetzung der Ausschüsse in der nächsten Sitzung vorzunehmen, einvernehmlich auf die 1. Sitzung im neuen Jahr festgelegt wurde, weil sie den Rahmen dieser Sitzung sprengen würde. Das bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen.

Nachdem ich als Berichterstatter fungiere, bitte ich Herrn Kollegen Weiss, während der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung den Vorsitz zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister als Berichterstatter, das Wort zum Tagesordnungspunkt 1 zu ergreifen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Verehrte Anwesende der Presse!

In der heutigen Sitzung des Gemeinderates dominiert ein Tagesordnungspunkt, nämlich die Berichterstattung, die Beratung und die Beschlußfassung, womit der Haushalts-

voranschlagsentwurf für 1970 festgelegt wird. Sie sind im Besitze der notwendigen Unterlagen und des gedruckten Haushaltsvoranschlages. Es ist dies nicht nur ein Zahlenwerk, als welches es beim ersten Anblick erscheinen mag, sondern es ist dies ein durch Zahlen geformtes Programm für die Tätigkeit des Gemeinderates im kommenden Jahr. Wenngleich, wie es unser Statut vorschreibt, das Budget für ein Haushaltsjahr erstellt werden muß, greifen doch zurückliegende Beschlüsse maßgeblich in seine diesjährige Formung ein und mehrjährige Vorhaben binden auch künftige Haushaltsvoranschläge zu einem erheblichen Teil.

Im Statut unserer Stadt, und zwar im 4. Hauptstück, §§ 49, 50 und 51, wird festgelegt, unter welchen Modalitäten und Fristen der Magistrat, der Stadtssenat und der Finanz- und Rechtsausschuß dem Gemeinderat den Haushaltsvoranschlagsentwurf zur Beschlußfassung zuzuleiten haben. Ich darf feststellen, daß diese Voraussetzungen alle erfüllt wurden. Im Zuge der öffentlichen Einsichtnahme des Haushaltsvoranschlages wurden keine Erinnerungen vorgebracht. Der Haushaltsvoranschlag 1970 enthält neben den Voranschlägen für die ordentliche und außerordentliche Gebarung der Gemeinde die Dienstvorschrift, betreffend die allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Ausführung des Haushaltsvoranschlages, den Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, den Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Beamten des Magistrates Steyr, den Voranschlag der Dr.-Wilhelm-Groß-Stiftung, den Sammelnachweis über den Personalaufwand, den Sammelnachweis über die allgemeinen Amtserfordernisse, den Sammelnachweis über Gebäudeerhaltungs- und Gebäudebenutzungskosten, den Sammelnachweis über Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge von und an Gebietskörperschaften, den Nachweis über die Gebarung der Rücklagen, den

Nachweis über den Schuldenstand zum 31. 12. 1969 und Schuldendienst 1970, den Nachweis über die Vergütungen (Erstattungen) zwischen den Verwaltungszweigen, den Dienstpostenplan und nachrichtlich den Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr.

Der Haushaltsvoranschlag 1970 sieht Gesamteinnahmen in der Höhe von rund S 180 Millionen vor. Die präliminierten Ausgaben und Einnahmen im ordentlichen Haushalt sind mit S 124,583.100,- veranschlagt und ausgeglichen, nachdem auch die Ausgabe Seite über dieselben Zahlen verfügt. Die Ausgaben im aoH sind mit rund 56 Millionen Schilling ausgewiesen, denen allerdings nur eine Deckung aus Eigenmitteln und Rücklagen von nur rund 3 Millionen Schilling gegenüberstehen. Wenn nicht, was unwahrscheinlich ist, höhere Einnahmen zu erwarten sind, müssen wir den Abgang von rund S 53 Millionen mit Hilfe von Inanspruchnahme von Kreditmitteln des Kreditmarktes decken. Wir sind im Besitze grundsätzlicher Zusagen seitens der Kreditinstitute, diese Kredite auch tatsächlich in Anspruch nehmen zu können.

Schon im vergangenen Jahr konnte ich darauf hinweisen, daß die Verschuldungsquote unserer Stadt, gemessen an der anderer vergleichbarer Städte, noch relativ gering ist. Der derzeitige Schuldenstand, im Voranschlag ausgewiesen, beträgt 25 Millionen Schilling; nach Inanspruchnahme von rund 53 Millionen Schilling im Jahre 1970 wird die Verschuldungsquote pro Kopf der Bevölkerung etwas über S 1.800,- liegen.

Wenn wir das statistische Jahrbuch zur Hand nehmen, so sehen wir, daß wir auch nach Beendigung und der Inanspruchnahme der voll eingesetzten präliminierten Kreditmittel noch immer weit - das ist ein positives Kriterium - im untersten Feld der ver-

gleichbarer Städte liegen.

Die Einnahmen aus eigenen Steuern sind gegenüber dem Vorjahr fast unverändert angenommen worden, da gesetzliche Voraussetzungen für eine Änderung der Steuerleistung nicht zu ersehen sind. Die Abgabenertragsanteile werden mit rund S 3 Millionen höher veranschlagt, da die Gesamteingänge des Bundes im Bundeshaushaltsvoranschlag höher veranschlagt sind und Bestandteile der Bundesertragsanteile laut Finanzausgleichsgesetz 1967 uns zu dieser höheren Einnahmensquote berechtigen. Der Anteil der Mineralölsteuer z. B. wird ab 1970 von derzeit 20 % auf 24 % zugunsten der Gemeinde ansteigen.

Im großen und ganzen kann man die Einnahmensbestandteile in drei große Gruppen zusammenfassen:

1. Die Einnahmen aus eigenen Steuern in der Höhe von rund 44 Millionen Schilling. Ich glaube Sie erlauben mir, daß ich sehr großzügig die Beträge runde, denn Sie sind ja im Besitze des Zahlenwerkes, in dem Sie die präzisen Ziffern nachlesen können. Die Anschaulichkeit des Betrages wird mit der Abrundung besser gegeben. Die Einnahmen aus Bundesertragsanteilen werden im Voranschlag mit 39,5 Millionen Schilling ausgewiesen.
2. Beiträge, Erstattungen, Erlöse, Spenden, Strafen usw. Wenn Sie bei den einzelnen Verwaltungsgruppen auf der einen Seite die Texte zusammenfassen, bekommen Sie einen umfassenden Katalog dieser Gruppe, die ungefähr mit rund S 30 Millionen zu veranschlagen ist.
3. In der Inanspruchnahme von Darlehensmitteln in der Höhe von S 53 Millionen.

Zur Einnahmementwicklung in den vergangenen Jahren kann folgendes gesagt werden:

Die Tendenz der Gemeindesteuern

ist, auch in absoluten Ziffern ausgedrückt, sinkend.

Einige Ziffern nur gegenübergestellt. Die Entwicklung der eigenen Steuern in den letzten Jahren, wenn ich - das habe ich mir herausgeschrieben - auf das Jahr 1954 zurückblicke und bis heute fortsetze, zeigt in absoluten Ziffern 66 Mill., 67 Mill., 60 Mill., 67 Mill., 56 Mill., 40 Mill., 38 Mill., 47 Mill., 50 Mill., 49 Mill., 52 Mill., 52 Mill., 51 Mill. Schilling; 1967 47 Mill. und 1968 44 Mill. Schilling, im Jahre 1969 präliminiert 41 Mill. Schilling und im Jahre 1970 präliminiert 44 Millionen. Sie sehen, es ist vielleicht aus der mündlichen Darstellung schwer ersichtlich, beim Jahr 1959 und 1967 jeweils einen Sprung nach abwärts. Das sind zwei Jahre, in denen neue Finanzausgleiche beschlossen wurden und - ich komme vielleicht noch später darauf zurück - deutlich ein Rückgang der kräftigsten Steuer - die eine tragende Steuer gerade in Industriestädten ist, die Gewerbesteuer - in diesen Jahren zu verzeichnen ist. Die Einnahmen aus Bundesertragsanteilen, die auch Steuern sind, aber natürlich keine ausgesprochenen Gemeindesteuern, sondern Anteile an Bundessteuern, daher auch Bundesertragsanteile in der Betitelung, weisen bei uns eine steigende Tendenz auf. Ich habe nur 10 Jahre herausgegriffen. Vom Jahre 1960 von 16 Millionen Schilling steigend von 15, 18, 19, 21, 24, 28 und 36 Mill. Schilling, auf 35 Mill. Schilling im Jahre 1969 und für das Jahr 1970 mit 39 Mill. präliminiert. Sie sehen, daß hier diese Einnahmensgruppe kontinuierlich angewachsen ist. So erfreulich ein solches Detail eines Berichtes sein mag, am augenfälligsten und das augenfälligste Indiz ist meiner Meinung nach der Rückgang der Gesamteinkünfte der Gemeinde in eine Relation gebracht. In Relation gebracht z. B. zur Einwohnerzahl, auch

eine Post, die Sie aus dem Jahrbuch der Statistik österreichischer Städte herauskristallisieren können. Ich habe in vergangenen Budgetberichten Ihnen schon davon erzählt, daß wir vor 10, 12 Jahren wesentlich wohlhabender waren als wir es heute sind. Die Kopfquote des Ertrages ist in diesen vergangenen Jahren ständig und kontinuierlich, aber sehr bedrohlich abgesunken. Ich hatte Ihnen im vergangenen Jahr - wie Sie im Protokoll nachlesen können - erzählt, daß wir im Jahre 1957 eine Kopfquote von S 1.900,- besessen haben, daß wir im Jahre 1968 eine solche von S 1.268,- nur mehr feststellen konnten. Für das Jahr 1969 können wir nur mehr mit einer Kopfquote von S 1.207,- rechnen. Hier muß ich noch eine Korrektur des Jahrbuchs vornehmen, denn die Basis der Berechnung dieser Kopfquote beruht auf der Volkszählung, die vor fast 10 Jahren durchgeführt wurde. Wir hatten damals - Sie sehen es auf der 1. Seite unseres vorliegenden Voranschlags - 38.306 Einwohner, das ist die Berechnungsgrundlage dieser Statistik. Wir haben heute - das will ich gleich sagen - eine wesentlich höhere Einwohnerzahl. Die fortlaufende Zählung weist 42.575 Einwohner auf. Wir müssen allerdings hier korrekterweise Kurzaufenthalte, die wohl gemeldet sind, in Internaten usw. - abziehen, aber ungefähr mit 40.000 Einwohnern können wir zum derzeitigen Zeitpunkt rechnen. Wenn Sie jetzt zur Berechnung dieser Kopfquote 40.000 Einwohner annehmen, so werden Sie eine Ziffer errechnen, die noch unter S 1.200,- liegt. Wir sind aus dieser Aufstellung heraus von einmal 1. oder 2. Stelle abgesunken - unter einem statistischen Überblick von 47 Städten - an die 30. Stelle. Wir vergleichen uns sehr häufig mit gleichartigen Städten, z. B. mit Wels, das ist für uns immer ein gewisses Vergleichskriterium. Wels nimmt hier den Rang 11 ein mit einer Kopfquote von

S 1.826. Daraus allein errechnet, haben wir ein Defizit von S 28 Mill. - nur aus dieser Kopfquotenberechnung heraus - festzustellen.

Fragen Sie mich nach den Ursachen dieses Rückganges, so liegt die Hauptursache in der Finanzpolitik des Bundes gegenüber seinen nachgeordneten Gebietskörperschaften, nämlich den Gemeinden. Einmal mußten die Gemeinden die Gewerbesteuer, eine eintragende Säule der gemeindeeigenen Steuern, nach zwei Finanzausgleichen mit dem Bund teilen: einmal 40 : 60 und beim letzten Finanzausgleich 1967 50 : 50. Weiters sind uns Einbußen erwachsen durch die vom Finanzminister gewährten Steuervorteile zugunsten bestimmter Gruppen der Gesellschaft, die Einkommenssteuerreform, das Wirtschaftswachstumsgesetz. Ich will nur diese zwei als dominierende Kriterien anführen. Der Bund hat mit Hilfe von Zuschlägen zu Steuern seine Einnahmen erhöht, diese Zuschläge für zum Teil gemeinschaftliche Steuern aber nicht in den Aufteilungsschlüssel der Ertragsanteile hineingenommen. Dadurch sind die Gemeinden - für die Länder bin ich nicht legitimiert zu sprechen - in ihrem Einkommen gegenüber dem Bund weit - in Relation gesehen - zurückgeblieben. Das Resümee aus diesem Kapitel: Die Einnahmentwicklung der Stadt ist zurückgeblieben, vor allem gegenüber der Zuwachsrates des Volkseinkommens, gegenüber den Haushaltsrechnungen des Bundes und auch der der Länder. Auch die Tatsache gegenübergestellt, daß die Erfordernisse der Bevölkerung und ihre Wünsche sich in erster Linie an die Stadt wenden, läßt uns die geringe finanzielle Leistungskraft der Städte und Gemeinden besonders drastisch fühlen.

Damit glaube ich, auch schon auf die Ausgabenseite unseres Haushaltsvoranschlags überleiten zu können.

Die einzelnen Ansatzpunkte in den Haushaltsgruppen unterliegen mehr

oder weniger starker Zwangsläufigkeit und sind:

- a) erstellt auf Grund gesetzlicher Bestimmungen,
- b) aus der Verantwortlichkeit des Magistrates gegenüber einer reibungslosen Abwicklung der Gemeindeangelegenheiten und
- c) aus den notwendigen Erfordernissen und Wünschen verschiedener Gruppen unserer Bevölkerung, wofür allerdings nur mehr ein enger Spielraum des freien Ermessens seitens des Gemeinderates zur Verfügung steht.

Die gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle und - wenn Sie wollen - auch technische Entwicklung setzt immer neue Akzente und verschiebt die bestehenden Schwerpunkte unserer kommunalen Tätigkeit ständig. Sie muß also stets dynamisch bleiben, sie muß sich stets den Gegebenheiten anpassen, dient sie doch letzten Endes immer nur dazu, das Leben der Bevölkerung unserer Stadt in ihrer vielfältigen Form zu erhalten und zu verbessern.

Darf ich mich nun dem Zahlenwerk im Haushaltsvoranschlag zuwenden, wobei ich mich aber mehr an die im Vorbericht zusammengefaßten, aus dem Gesamtrahmen gegriffenen Daten, halten will.

Wir sehen in unserem Haushaltsvoranschlag bestimmte Kennziffern, die dominierend das Geschehen in unserer Stadt beeinflussen und die will ich besonders herausgreifen. Wenn Sie aus der Gesamtübersicht das Schulwesen herausgreifen, sehen Sie, daß wir dafür schon einen relativ hohen Prozentsatz unseres gesamten Aufkommens, nämlich S 20,7 Millionen verwenden müssen. Wenn wir uns aber gerade auf diesem Sektor auch einzelne Details ansehen, so muß ich hier wieder sagen, daß die Gemeinde mit Aufgaben belastet wird, die sozusagen Anteile von Bundes- bzw. Landesleistungen sind, z. B. das gewerbliche

Schulwesen. Wir sind hier verhalten, für das gewerbliche Schulwesen Anteile zu leisten, die nicht gering sind. Z. B. haben wir für das gewerbliche Berufsschulwesen 1,7 Mill. Schilling zu zahlen, dazu kommt der Anteil für kaufmännische Berufsschulen von fast S 500.000,-, also S 2,2 Millionen müssen wir an das Land, an einen gemeinsamen Fonds, könnte man fast sagen, für die Bestreitung der Ausgaben der Berufsschulen leisten. Daß wir natürlich - um vielleicht beim Schulwesen derzeit noch ein wenig zu verharren - eine erkleckliche Budgetpost für die Erfordernisse unserer eigenen Schulen, nicht nur der eigenen Pflichtschulen, die wollen wir gar nicht einer Kritik unterziehen, denn das sind selbstverständlich Leistungen, die wir auf Grund von gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen haben, aber wir - dieser Ausdruck wäre leicht mißzuverstehen, aber er soll nicht so gemeint sein - leisten uns den Luxus, eigene Schulen zu führen. Wir müssen uns den Luxus leisten, weil andere Berufene eben diese Schulen in Steyr nicht errichtet haben oder nicht gewillt sind zu übernehmen. Wir führen eine städtische Handelsschule und eine städtische Handelsakademie und haben der Handelsschule S 1,7 Millionen und der Akademie fast S 1 Mill. gewidmet. Wir führen eine Fachschule für Damenkleidermacher und wirtschaftliche Frauenberufe, die uns S 2,5 Mill. kostet. Ich will nur am Rande das anfügen, obwohl ich sagte, daß wir gesetzlich verpflichtet sind, für die Schulräume, deren Beheizung, Beleuchtung, Reinigung usw. aufzukommen, so haben wir natürlich gerade aus dem Titel sehr viel zu leisten, weil der Bund gesetzliche Maßnahmen trifft, die indirekt von uns wieder einen erhöhten Aufwand auf diesem Sektor fordern. Wir wollen nicht die Gesetze kritisieren, wir wollen nicht Kritik üben an den Schulgesetzen, wir

wollen nur feststellen, daß gesetzliche Maßnahmen uns ständig neue Verpflichtungen auferlegen, für die kein gleichgeartetes Äquivalent von der Bundeseite her uns zur Verfügung steht. Das wollte ich aufzeigen.

Das gleiche Schicksal trifft uns bei den Krankenanstalten. Wir haben dafür, das Krankenanstalten des Landes, private und auch gemeindliche Anstalten Defizite aufweisen, wohl nicht für diese Defizite aufzukommen, aber einen sogenannten Krankenanstaltenbeitrag zu leisten, der 1970 für Steyr S 3,2 Mill. ausmacht. Das Gesundheitswesen - gerade das Krankenhauswesen - ist eine Post, die im Rahmen des Städtebundes bei allen Finanzausgleichsverhandlungen einer besonderen Kritik und einer besonderen Erörterung zugeführt wird, allerdings bis jetzt noch ohne Erfolg. Nur muß ich der Wahrheit gemäß auch hinzufügen, daß wir uns noch - trotz dieser enormen Zuschußleistung - glücklich schätzen gegenüber Städten, die ein eigenes Spital besitzen, die wohl auch für die Erhaltung ihren Anteil bekommen, aber zur Gänze für den Ausbau ihrer Spitäler große Summen leisten müssen. Ich habe hier von der Ausgabenseite begonnen, besonders jene Posten herauszuschälen, die Umlagencharakter haben, die wir abliefern müssen für sozusagen gemeinschaftliche Einrichtungen des Landes oder Bundes und hier ist eine Post, die allerdings gesetzlich begründet im Finanzausgleichsgesetz fundiert ist, die sogenannte Landesumlage. Sie sehen hier eine Post mit 9,1 Mill. Schilling eingesetzt, die Jahr für Jahr von uns geleistet wird, die nur von Städten und größeren Orten bezahlt werden muß. Ich habe mir die Ziffern geben lassen und muß feststellen, daß wir in den vergangenen 10 Jahren allein für die Landesumlage mehr als S 81 Mill. abführen mußten. Ich weiß, daß Sie jetzt Ihr Herz gerne als Gemein-

derat springen lassen möchten und sagen, was hätten wir kommunal gesehen um diesen großen Betrag für unsere Stadt leisten können? Noch dazu, wo wir aus der Gegenpost, die dieser Landesumlage beim Land gegenübersteht, das sind im wesentlichen die Bedarfszuweisungen - ich will nicht den Ausdruck lächerliche Beträge gebrauchen - sehr sehr kleine Beträge, die nur wenige Prozente dieser großen Post ausmachen, zurückbekommen. Wir haben nur in den letzten zwei Jahren einige Beiträge für den Bau der Schule bekommen. Ganz minimale Beiträge für Kanalbauten, die in keinem Verhältnis zum Aufwand gerade in unserer Stadt stehen. Ich glaube, daß wir über den ordentlichen Haushalt gerade auf der Ausgabenseite nicht mehr allzuviel sagen werden, daß ich zur besonderen Erläuterung zum ordentlichen Haushalt nicht mehr sehr viel sagen soll, denn gerade hier trifft jene Aussage, die ich vorher schon gemacht habe, besonders zu, daß der Rahmen frei verfügbarer Beschlußmöglichkeit im ordentlichen Haushalt sehr sehr gering ist. Es sind immer eine Reihe von einmaligen Ausgaben im Voranschlag des ordentlichen Haushaltes drinnen, die aber, wenn wir sie im Detail ansehen, uns nicht als einmalige Ausgaben bewußt werden, weil sie als zur Führung des Betriebes des Magistrates, als unumgänglich notwendig und als selbstverständlich anzusehen sind. Der ordentliche Haushalt ist ausgeglichen ohne Inanspruchnahme von Krediten.

Ich habe eingangs gesagt, daß dies beim außerordentlichen Haushalt nicht der Fall ist, daß er ausgeglichen ist. Wir sehen hier, daß die Einnahmenseite nur ein paar Zeilen beinhaltet, die Ausgabenseite aber einige Seiten einnimmt. Die Entnahme aus Rücklagen von S 1,5 Millionen ist gering und war nur durch die Schaffung eines Reinhaltungszuschlages zum Wasser mög-

lich. Wir haben hier minimale Posten, z. B. die Anteile der Grundbesitzer an Aufschließungsmaßnahmen. Wir können durch den Verkauf von Liegenschaften und durch Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt S 716.000,- dem außerordentlichen Haushalt zuwenden.

Viel bedeutender ist natürlich der außerordentliche Haushalt von der Ausgabenseite her. Ist doch gerade auf der Ausgabenseite des aoH alles jene drinnen, was unserer besonderen Beschlußfassung im Gemeinderat bedarf. Wenn wir irgendwelche Projekte verwirklichen wollen, sind sie im außerordentlichen Haushalt angesetzt. Was ich auch vorher schon gesagt habe, daß Voranschläge Rückwirkungen von vergangenen Beschlüssen erleiden und Vorgriffe auf künftige Haushalte sind, trifft im besonderen Ausmaß für den aoH zu. Hier sind meist Vorhaben eingesetzt, die nicht in einem Jahr ihre Abwicklung finden, sondern über mehrere Jahre in Bauzeit und Abwicklung hinwegreichen. Gerade der außerordentliche Haushalt wurde einer eingehenden Beratung zugeführt. Die Gemeinderäte der Mehrheitsfraktion haben hier tagelang überlegt, haben beraten, welchen Projekten sie Vorrang geben wollen, welche Projekte unumgänglich notwendig sind und in Angriff genommen werden müssen. Ist doch der Katalog von Projekten, die notwendig und gewünscht werden so groß, daß er in einem Haushaltsvoranschlag niemals Niederschlag finden kann, weil es nicht möglich ist, so viele finanzielle Mittel einzusetzen, damit alle Wünsche und alle Erfordernisse berücksichtigt werden. Gerade hier ist es äußerst notwendig, intensiv zu beraten und zu überlegen, welche Projekte genießen Vorrang, in welcher Reihenfolge sollen sie abgerollt werden. Wir können im aoH besonders wieder einige Gruppen sehen, die, wenn wir sie zusammenfassen, auch mit einer bestimmten Größenordnung

von finanziellen Mitteln ausgestattet wurden. Dem Schulwesen ist im heurigen Jahr - wenn ich sage heuriges Jahr, so ist natürlich der Voranschlag, den wir heuer für nächstes Jahr zu beschließen haben, gemeint - eine relativ geringe Summe zugeordnet. Ich erinnere bei dieser Gelegenheit, daß wir vergangene Haushalte in allen anderen Sparten relativ kürzen mußten, um der damals akuten Schulraumnot Vorrang geben zu können. Wenn Sie die Haushaltsvoranschläge der vergangenen 2 - 3 Jahre betrachten, so werden Sie dort gerade auf dem Sektor Schulraumbau oder Schulwesen gegenüber anderen Vorhaben überhöhte Ansatzposten finden. Daher ist jetzt im kommenden Jahr diese Post etwas gering, weil wir glauben, daß, nachdem wir rund 40 Klassen neu geschaffen haben, doch eine gewisse Entspannung - niemals eine Befriedigung - auf diesem Sektor eingetreten ist.

Zum Sektor Sport. Diesem haben wir in diesem und im kommenden Jahr eine Größenordnung zugebilligt, die - das sage ich offen - in den künftigen Jahren nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, denn wir haben uns gerade jetzt Vorhaben vorgenommen, die verwirklicht werden sollen, die sehr aufwendig sind. Sie haben im vergangenen Jahr beschlossen, ein Hallenbad zu errichten. Das Hallenbad ist mit rund S 12 Mill. angenommen. Ich will nicht davon sprechen, wie weit wir mit diesem Betrag auskommen können. Wir werden auch ohne Erhöhungen nicht auskommen können, weil während der Bauzeit auch Erhöhungen der Relation des Schillings zum Lohn und Materialpreis nicht mehr der gleiche sein wird. Wir haben dem Sektor Sport im kommenden Budget S 11,7 Mill. zugeordnet. Ich glaube kaum, daß viele Posten dabei sein werden, die gekürzt werden können, dabei will ich auch sagen, daß hier Posten sind, wir sprechen wohl

vom Sport und sie sind in den Sportsektor eingegliedert. Auch die Sporthalle Tabor ist hier mit einem relativ hohen Betrag drinnen. Wenn die beiden Bauvorhaben, wir haben die Kunsteisbahn, wir haben eine Sporthalle im Bau, die kurz vor der Eröffnung steht und wir haben ein Hallenschwimmbad im Bau. Das sind Posten, die nicht alljährlich kommen werden, daher hoffen wir und wir wissen es auch, daß wir in kommenden Budgetberatungen diese Posten wieder etwas niedriger vorfinden werden.

Nicht niedriger und ich glaube zu niedrig angesetzt ist die Post, die für den Wohnbau zur Verfügung steht. Sie haben in der letzten Sitzung des Gemeinderates, als wir den Nachtragsvoranschlag besprochen haben, diese Post als zu hoch angesetzt kritisiert. Ich muß sagen, daß sie nicht zu hoch angesetzt ist. Ich habe auch gesagt, die Ursache lag vor allem darin, daß das Wohnbauförderungsgesetz 1968 uns nicht so viele Mittel zur Verfügung gestellt hat, daß wir die präliminierten Eigenmittel auch alle einsetzen hätten können. Wir rechnen im kommenden Haushaltsjahr mit einer Verbesserung dieser Situation, weil doch gewisse Übergangsmängel und Übergangerscheinungen ausgemerzt werden könnten, sodaß wir für den Wohnbau mit Sicherheit rechnen können, daß wir S 10,5 Millionen, die hier eingesetzt sind, auch tatsächlich benötigen werden.

Ein besonderes Kapitel sind Straßen und Verkehr. Auch hier kann ich sagen, wir haben im heurigen Jahr schon durch einen Grundsatzbeschluß die Hundsgrabenumfahrung zu bauen begonnen und damit eine Serie von Ausgaben für kommende Budgets beschlossen. Es ist nicht nur finanziell sondern technisch überhaupt nicht möglich, in einem Zug und besonders forciert diese Hundsgrabenumfahrung fertigzustellen. Wir sind auf Grund

technischer Überlegungen in der Lage, nur in gewissen Bauetappen - es ist eine relativ schwierige Baustelle in technischer Hinsicht - möglichst im kommenden Jahr, wenn die Brücke, die jetzt zu bauen begonnen wurde, fertiggestellt ist, auch den Landteil zu bauen, das ist der Landteil auf dem rechten Ufer und die Verbindung dieser beiden Ufer ist die Brücke. Ich glaube, wir haben schon in Diskussionen hier Beträge zusammengerechnet, was die Schließung des Umfahrungsringes auf diesem Sektor der Gemeinde kosten würde. Es ist Geschmacksache 40, 60 oder 80 Mill. Schilling einzusetzen, je nachdem, welchem Projekt wir den Vorzug geben, in welchem Umfang die Schließung dieses innerstädtischen Umfahrungsringes durchgeführt wird. Wir haben im heurigen Budget rund S 10 Mill. eingesetzt. Man könnte gerade bei dieser Post rund S 3 - 3,5 Mill. aus den Ansatzposten des ordentlichen Haushaltes dazuzählen, denn auch die Straßenverbesserungen, die Straßenregenerierungen sind ein wesentlicher Bestandteil zur Verbesserung des Verkehrs auf unseren Straßen.

Ich glaube, ich habe schon mehrmals Gelegenheit gehabt zu erwähnen, daß unsere Vorväter es nicht notwendig gehabt haben, besonderes Augenmerk dem Kanalnetz in Steyr zuzuwenden, daß aber unsere Generation beginnen muß, Schäden zu verhüten, Schäden für die Zukunft zu verhüten an der Natur und vor allem an unseren Gewässern und eines unserer kostbarsten Güter - nicht im finanziellen Sinn gesehen, denn es ist gerade bei uns in Steyr das Wasser eines der billigsten Güter - das Wasser, vor Verunreinigung zu schützen. Wir werden daher diese Ansatzpost in künftigen Jahreshaushaltsvoranschlägen nicht mehr missen. Für den Ausbau einer Kanalisation in unserer Stadt sind S 9,4

Mill. vorgesehen. Auch wieder zum Teil schon gebunden durch Beschlüsse aus vergangenen Haushaltsjahren. Wir haben eine Post, die auch relativ scheinbar hoch angesetzt ist: Ankauf von Liegenschaften und Grundstücken in der Höhe von 11 Mill. Schilling. Auch hier muß ich hinzufügen, daß wir nicht beabsichtigen können, im Jahre 1970 Grundstücke und Liegenschaften in der Höhe von S 11 Mill. zu kaufen, denn wir haben schon durch Ankäufe im vergangenen Haushaltsjahr oder im laufenden Haushaltsjahr große Summen dieser Ansatzpost gebunden, indem wir manche Liegenschaften, manche Grundstücke, in Zahlungsabschnitten aufgegliedert, angekauft haben und diese Zahlungsabschnitte im kommenden Rechnungsjahr erst zum Tragen kommen.

Das sind die wesentlichsten Posten aus dem aoH. Es gibt eine Reihe von Detailposten, die ich kenne aus sehr vehement vorgetragenen Wünschen bei vergangenen Diskussionen, Budgetberatungen und aus anderen Gremien oder Körperschaften unserer Stadt. Ich denke an den Neubau von WC-Anlagen. Ich will auch nicht unerwähnt lassen, daß wir eine Post, die uns nicht mehr möglich war aus drucktechnischen Überlegungen im Haushaltsvoranschlag zu verankern, die uns aber wahrscheinlich im kommenden Jahr als außerplanmäßige - es ist eigentlich eigenartig, daß ich bei der Beschlußfassung über den Haushaltsvoranschlag schon von außerordentlichen Beschlüssen spreche - Post treffen wird. Ich spreche vom Feuerwehrewesen. Wir haben im Haushaltsjahr 1970 den Ankauf eines großen Feuerwehrewagens als Tanklöschfahrzeug aufgenommen in der Hoffnung, auch in künftigen Jahren jeweils den sehr alten Bestand an Fahrzeugen erneuern zu können. Wir haben vor ganz kurzer Zeit erleben müssen, daß zwei Fahrzeuge aus den Kriegsjahren 1940 -

1944 ihren Dienst aufgegeben haben. Wahrscheinlich werden wir Mittel und Wege suchen müssen, der Feuerwehr vorzeitig doch einige dieser so dringend notwendigen Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen. Wir haben im Laufe des Jahres, wenn geeignete Vorschläge vorliegen, auch darüber zu beschließen.

Sie sehen hier als einmalige Ausgabe, die jahrzehntelang nicht drinnen war und wahrscheinlich wieder Jahrzehnte nicht drinnen sein wird, z. B. auf dem Sektor unseres Gesundheitswesens den Ankauf einer Röntgenanlage. Das sind echte einmalige, in sehr langen Zeitabständen vorkommende Ansatzposten. Ich glaube, daß über die anderen Probleme nicht sehr viel zu sagen ist. Es gäbe zwar über jede Post etwas zu sagen, und zwar möchte ich eine Planungspost erwähnen von S 100.000,- für den Bau eines Hotels. Jene Herren, die Mitglieder des Fremdenverkehrsverbandes sind wissen, mit welchem Nachdruck gerade von dieser Seite, wie dieser junge Fremdenverkehr, den wir in das Leben gerufen haben, uns schon jetzt echt bedrängt. Fremdenverkehr schön, aber er muß auch die Voraussetzungen vorfinden, die er braucht, um sich entwickeln zu können. Dazu gehört ein Hotel. Ich glaube, daß das Problem Hotelbau in Steyr nicht mehr von der Tagesordnung abgesetzt werden kann. Ich bin allerdings nicht der Meinung, daß es rein Aufgabe der Stadt sein soll, sondern das wird wahrscheinlich eine Mischform sein, an der sich die Stadt sicher beteiligt. Wir haben hiefür Grundlagen geschaffen. Das ist durch die Ansatzpost der Planung geschehen. Wir werden uns bei der Grundbeschaffung und vielleicht auch - das obliegt der künftigen Beschlußfassung - mit einem Anteil an den Baukosten beteiligen. Dieser Punkt ist so typisch für eine Erklärung, die ich hier offen sagen will. Es ist heute sicher auch nicht

Allgemeingut - ich habe die Erklärung, die ich heute abgegeben habe in dieser Hinsicht abgefaßt - daß der Bau eines Hotels z. B. Aufgabe der Gemeinde ist, aber was wird sein, wenn wir zur Überzeugung kommen, daß der Hotelbau in Steyr unumgänglich notwendig ist, sich aber niemand findet, aus Privatinitiative heraus, aus der freien Wirtschaft heraus, eine solche Einrichtung zu bauen? Ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich sage, ein Hotel gehört zur Infrastruktur einer Stadt, die sich Fremdenverkehrsstadt nennt. Hier kommen wir zu jenen Überlegungen, die darin gipfeln, daß immer dann die Öffentlichkeit, die öffentliche Hand, die Stadt im besonderen, gerufen wird, wenn es der Privatinitiative nicht mehr rentabel ist und wirtschaftlich erscheint, solche Einrichtungen zu schaffen. Wir besitzen eine Reihe solcher Einrichtungen, die nicht unbedingt kommunale Aufgabenbereiche beinhalten, aber doch heute aus dem Bereich von Städten nicht mehr wegzudenken sind. Ich denke nur an Verkehrseinrichtungen, an Linienverkehr usw. Es gibt eine Reihe von Einrichtungen, die in diesen Sektor hineinfallen. Ich möchte das noch einmal unterstreichen, daß wir alle diese Investitionen und besonders die im außerordentlichen Haushalt veranschlagten, machen müssen, weil wir der Überzeugung sind, daß das Leben in unserer Stadt nicht mehr anders denkbar ist oder daß es - so wie es die Bürger unserer Stadt empfinden würden - nicht ohne diese Investitionen denkbar wäre. Das allein verpflichtet uns auch - jetzt komme ich noch einmal darauf zurück - hier Kredite in Anspruch zu nehmen, die die Schuldenlast der Gemeinden ständig vergrößern. Ich glaube aber, daß Investitionen auch noch eine sehr fruchtbare Nebenwirkung ausüben, daß sie natürlich eminent wichtig für die Wirtschaft selbst sind. Hier nur eine Ziffer - ich habe sie aus einigen dieser Schriften herausge-

sucht - daß die Investitionen der öffentlichen Hand heute ein ungeheuer großes Ausmaß erreicht haben, daß aber relativ zu allen diesen Ausgaben und Investitionen der verschiedenen Körperschaften, die der Gemeinden am höchsten sind. Es ist heute statistisch festgelegt und mehrmals und von verschiedenen Seiten her beleuchtet worden, daß die Gemeinden mehr als 50 % der Gesamtinvestitionen in unserem Land durchführen, obwohl die Gesamtausgabenseite auf Bundesebene überwiegend hoch ist. Um nur eine ganz kurze zahlenmäßige Gegenüberstellung Ihnen zu sagen, die Gesamtausgaben sind beim Bund - es ist das eine Relationsziffer - 6,8 %, beim Land 1,4 %, bei den Gemeinden 1,8 %. Die Investitionen stehen Bund zu Land zu Gemeinden im Verhältnis von 4 : 1 : 5. Sie sehen hier so deutlich, daß die Investitionen, die die Gemeinden leisten, schon sehr bedeutend sind und den größten Teil der Gesamtinvestitionstätigkeit im öffentlichen Sektor ausmachen. Das wäre im großen und ganzen zum außerordentlichen Haushalt zu sagen.

Ich glaube nicht, daß wir uns mit den anderen Bestandteilen, wie Großstiftung usw. besonders aufhalten. Eines möchte ich noch bemerken, und zwar ist das der Aufwand für das Personalwesen. Es sind nach außen hin für Zeitungen immer Aufhänger - wie man es nennt - "der Personalaufwand einer Stadt hat 50 % oder 40 % angenommen". Klar, der Personalaufwand einer Körperschaft, die eben so viele Aufgaben zu erfüllen hat, muß vorhanden sein. Allerdings muß ich hier sagen - man spricht viel von Verwaltungsvereinfachung usw. und wir wissen alle genau, daß zum gleichen Zeitpunkt, wenn man von Verwaltungsvereinfachung spricht, der Verwaltung wieder neue Aufgaben zukommen. Wir erleben es selbst hier in der Stadt, wie wir fast täglich neue Aufgabengebiete zugewiesen erhalten. Nicht nur von

uns übergeordneten Körperschaften, sondern natürlich auch von der Bevölkerung heraus resultierend. Eines kann ich offen sagen und ich glaube, das darf ich als echte Verwaltungsvereinfachung in der Stadt anführen, und zwar jenes Argument, das auch in einigen Ziffern leicht zu belegen ist. Wir haben in den vergangenen 10 Jahren unseren Personalstand von 561 auf 699 Bedienstete erhöht. Also wir haben 138 Bedienstete heute mehr als vor ungefähr 10 Jahren. Wir haben aber im gleichen Zeitraum 173 Personen nur für Einrichtungen, die wir zusätzlich geschaffen haben, verwendet, wie das Altersheim, die Kindergärten, das Lehrpersonal, die Städtischen Unternehmungen, auf dem Sektor der Schulwarte, Gärtnerei usw., also lauter Aufgabengebiete, die wir ständig vergrößert haben. Dort war es notwendig, diese Menschen zu beschäftigen. Wenn Sie Bilanz ziehen, müssen sie feststellen, daß wir in der Verwaltung, obwohl das Aufgabengebiet der Verwaltung heute - ich betone es noch einmal - wesentlich größer ist als vor 10 Jahren, einen geringeren Personalaufwand haben als damals. Ich glaube, daß das ein Kriterium ist, bei dem wir Ihre Zustimmung erwarten können. Die Arbeiterkammer hat einen Forschungsauftrag an die Hochschule Linz gestellt und gerade ein interessantes Detail sind die Überlegungen, die in diesem Forschungsauftrag liegen, wie wird sich in kommenden Jahren die Zahl der öffentlichen Bediensteten entwickeln, Wir wissen aus dieser Überlegung, daß heute in OÖ. - es betrifft nur OÖ. - auf 1.000 Einwohner 6,8 öffentliche Angestellte notwendig sind. Steyr hat bei der gleichen Rechnung 5,7. Wir wissen - das ist das Interessante für uns - daß im Jahre 1975 6,9 Angestellte für 1.000 Einwohner notwendig sein werden, im Jahre 1980 7,2. Wir sehen hier aus Prognosen, daß die Zukunft eine ständige Zunahme der öffentlichen Bedien-

steten bringen wird. Wenn es uns gelingt, hier auf diesem Sektor sparsam tätig zu sein, so glaube ich, können wir die Verwaltungsvereinfachung in die Tat umsetzen. Wir reden nicht allzuviel davon, sondern wir bemühen uns, ständig darnach zu handeln. Wenn ich vorher Prozentsätze genannt habe, natürlich ist der Prozentsatz des Personals, bezogen auf den Haushalt, gestiegen. Er ist in den letzten Jahren wieder sinkend. Die Personaltangente - also bezogen zum Haushaltsvoranschlag und Personalstand - war zu Beginn des Jahres 1950 um 16 - 18 %. Sie stieg im Jahre 1960 auf 19, 20, 37 % im Jahre 1968 und ist derzeit mit S 53 Millionen bei 30 % angelangt. Am Gesamtvoranschlag, also am gesamten aoH und oH beteiligt. Eine Ziffer, die auch wieder gemessen an den vergleichbaren Städten Österreichs, als relativ niedrig angesehen werden kann. Ich will hier auch nicht verhehlen, daß wir einen Großteil dieses Erfolges auch der Beamtenschaft unseres Magistrates zu verdanken haben, daß sie ihre Arbeit intensiv betreiben, daß sie alle zum überwiegenden Teil - ich will von keinen Ausnahmen sprechen - im Dienste nicht eines nebulösen Magistrats oder einer Gemeinde sondern eben einer Stadt, die aus Bürgern, aus Einwohnern besteht, dienen. Das will ich hier besonders anerkennend aussprechen und Ihnen auch dafür bei dieser Gelegenheit den Dank des Gemeinderates zum Ausdruck bringen. Ich glaube, daß wir damit auch im wesentlichen den Vortrag oder die Erläuterung zu unserem Haushaltsvoranschlag 1970 beenden können. Ich bin mir bewußt, daß Sie in Ihren Beratungen und in Ihrer Diskussion über den Haushaltsvoranschlag hinausgehende Wünsche vorbringen werden. Ich sage vorweg - ich habe es schon im Rahmen des Vortrages erwähnt - diese Wünsche sind sicher nicht Mutwillensäußerungen, sondern sie resul-

tieren eben aus der Notwendigkeit der einzelnen Bevölkerungskreise, die aus der Struktur unserer Bevölkerung heraus entstehen, aber wir müssen sagen, daß es eben nicht möglich ist, in einem Jahr alle Wünsche erfüllen zu können. Ich sagte schon, daß eben die Wünsche weit den Möglichkeiten ihrer Erfüllung vorausseilen. Es wird zwar kaum möglich sein, die Vaterschaft dafür zu reklamieren, da in zu vielen Beratungsprotokollen diese Wünsche und Anregungen sich bereits vorfinden und lediglich die nicht vorhandenen wirtschaftlichen Voraussetzungen einer Verwirklichung bisher noch entgegenstanden.

Darf ich Ihnen, verehrte Damen und Herren, nun den Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses vorlegen, der die Zusammenfassung im Beschluß finden soll, der Ihnen zur Diskussion und Beschlußfassung vorliegen soll.

Der Stadtsenat an den Gemeinderat:

1) Ha-3300/69

Voranschlag 1970.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1970 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je S 124,583.100 der außerordentliche Haushalt ausgeglichen mit je S 56,100.000 festgestellt, im einzelnen mit den Beiträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachwei-

sen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städtischen Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt. Der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 20,782.000 und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 4,278.000, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in Einnahmen und Ausgaben mit je S 735.000 ausgeglichen, sowie die Voranschläge der Stiftungen und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden im gleichen Ausmaß wie im Jahre 1969 erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	400 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister als Berichterstatter!

Herr Kollege Petermair bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:
Herr Vorsitzender, werte Damen

und Herren des Gemeinderates!

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 20. 2. 1969 ein Instrument sich gegeben, nach dem die Sitzungen abgeführt werden sollen.

In dieser Geschäftsordnung ist ein § 25 vorgesehen, der die Abstimmungsregeln vorsieht. Nachdem sich der Gemeinderat diese Geschäftsordnung gegeben hat, glaube ich annehmen zu können, daß es unserer Fraktion zusteht, diesen § 25 der Geschäftsordnung des Gemeinderates in Anspruch nehmen zu können, und zwar Absatz 3, der besagt, besteht ein Antrag aus mehreren Teilen, kann hinsichtlich der einzelnen Teile oder wenn kein Einwand erhoben worden ist, sofort über den Antrag in seiner Gesamtheit abgestimmt werden. Ich hoffe, daß Sie der Österr. Volkspartei die Möglichkeit geben werden, hier über diesen Antrag des Stadtsenates bzw. Finanz- und Rechtsausschusses über den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt getrennt abzustimmen.

Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren, ich habe vorzeitig das Wort an Kollegen Petermair abgegeben. Ich darf nochmals wiederholen, daß ich Herrn Bürgermeister in seiner Eigenschaft als Berichterstatter für das Finanzressort herzlich danke - und ich glaube in Ihrem Namen sprechen zu können - für seinen ausführlichen und detaillierten Bericht.

Bevor wir in die Tagesordnung eingehen bzw. bevor wir die Debatte eröffnen, um auf den eben gehörten Antrag einzugehen, möchte ich darauf hinweisen, daß dem Statut bzw. der Geschäftsordnung des Gemeinderates ein Motivenbericht zugrunde liegt und ich würde unter Wahrung der Geschäftsordnungsbestimmungen Herrn

Magistratsdirektor-Stellvertreter Dr. Eder im gegenständlichen Falle bitten, den Motivenbericht zur Kenntnis zu bringen.

MAGISTRATSDIREKTOR-STELLVERTRETER SENATSRAT DR. JOHANN EDER:

Zu §§ 49 und 50 sind im Bericht der Landesregierung aufgeführt:

Bei der Erstellung des Voranschlages sind eine Reihe von Grundsätzen zu beachten, die für die Finanzwirtschaft von besonderer Bedeutung sind.

- 1) Grundsatz der Vollständigkeit. Er besagt, daß der Voranschlag alle voraussehbaren Einnahmen und Ausgaben der Stadt für das Rechnungsjahr enthalten soll.
- 2) Grundsatz des Haushaltsausgleiches. Die Ausgaben sind mit den Einnahmen auszugleichen.
- 3) Grundsatz der Einheit. Alle Einnahmen und Ausgaben sind in einem einzigen Voranschlag zu veranschlagen.

Ausnahmen: Von der Stadt verwaltete Stiftungen und Fonds, denen Rechtspersönlichkeit zukommt.

Die weiteren Punkte betreffen dann nicht mehr diesen Gegenstand.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für die Verlesung der Bestimmungen dieses Motivenberichtes. Ich würde, um die Gemeinderats-sitzung ordnungsgemäß ablaufen zu lassen, vorschlagen, daß wir jetzt die im Vorjahr eingeführte Pause einschalten, damit die Fraktionen sich über diesen gestellten Antrag der ÖVP beraten können und würde vorschlagen, daß wir eine Pause von 15 Minuten einschalten.

Sind Sie damit einverstanden? Es ergibt sich kein Einwand. Damit hat die Pause begonnen.

Beginn: 15.15 Uhr.

Gemeinderat Fritsch erscheint um 15.35 Uhr.

Ende der Pause: 15.45 Uhr.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Nach der Unterbrechung setzen wir unsere heutigen Diskussionen zum Budget fort. Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Wir haben zunächst den zur Geschäftsordnung gestellten Antrag des Kollegen Vizebürgermeister Petermair zu behandeln.

Ich betone nochmals, der Absatz 3 des § 25 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat lautet: Besteht ein Antrag aus mehreren Teilen kann hinsichtlich der einzelnen Teile oder wenn kein Einwand erhoben wird, sofort über den Antrag in seiner Gesamtheit abgestimmt werden.

Ich muß daher erwähnen, es kann sich ein Pro- und ein Kontra-Redner melden. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Es ist nicht der Fall. Kontra? Auch nicht. Damit steht der Antrag zur Abstimmung. Wer für den von Vizebürgermeister gestellten Antrag stimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben. Danke. Gegenprobe? Danke. Der Antrag ist somit mit Stimmenmehrheit abgewiesen. Wir schreiten nun in der Sitzung fort. Als Nächster hat sich Herr Stadtrat Kollege Kinzelhofer gemeldet! x (Gegenstimmen SPÖ, FPÖ, KPÖ).

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Als Vorsitzender der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion obliegt es mir, eine zusammenfassende Stellungnahme zum Budgetentwurf 1970 abzugeben. Ich darf dem hohen Gemeinderat versichern, daß sich unsere Fraktion sehr eingehend mit diesem Voranschlag befaßt hat. Wie bereits heute ausgeführt, hat die Frak-

tion in einer zweitägigen Tagung alle Probleme und Anforderungen, die an das Budget gestellt werden, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln geprüft und hat die Beratungen damit beendet. Als Mehrheitspartei sind wir uns der erhöhten demokratischen Verantwortlichkeit bewußt, die wir bei Erstellung des Budgets gegenüber den Bürgern dieser Stadt zu tragen haben. Wir wissen aber, daß wir nicht einfach Wünsche erfüllen oder ausbreiten können, die wir wahrscheinlich nicht erfüllen könnten. Es wäre aber auch sehr kurzsichtig zu glauben, lediglich durch einseitiges Versprechen eine Besserung der Verhältnisse in Steyr herbeiführen zu können. Letztlich wird der Gemeindegänger die Gemeindeverwaltung nicht nach dem beurteilen, was ihm versprochen wurde, sondern ausschließlich nach dem, was ihm tatsächlich geboten wird. Und hier glaube ich, kann die Sozialistische Partei beruhigt sich der Kritik der Bevölkerung stellen. Hundertprozentige Wunscherfüllungen wird es kaum geben. Dazu ist der moderne Lebensstil zu raschlebig. Was gestern noch Wunschtraum von Generationen gewesen ist, ist heute erfüllt und in wenigen Jahren vielleicht sogar schon überholt. Es ist daher die vornehmste Aufgabe des Gemeinderates, aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernend, fußend in den Ergebnissen der Gegenwart, den Erfordernissen des Heute zu entsprechen und die Voraussetzungen für eine gedeihliche Entwicklung für die Zukunft zu schaffen und dieser Gedankengang liegt dem Budget 1970 zugrunde.

Es sind darin sehr viele Maßnahmen enthalten, die den kommunalen Fortschritt, den wir erreichen konnten, auch für die Zukunft zu sichern. Es sind aber auch sehr viele Vorhaben aufgenommen, die geeignet sind, in der Zukunft das Leben in unserer Stadt noch schöner und ange-

nehmer zu gestalten.

Wenn der ordentliche Haushalt bei den Einnahmen und Ausgaben S 124,000.000,-- aufweist, der außerordentliche Haushalt solche von S 56,000.000,-- können wir alle erkennen, welche Bedeutung eine geordnete Gemeindeverwaltung für diese Stadt besitzt. Können doch mit diesen Summen gewaltige Investitionen getätigt werden, ergeben sich doch aus einer Reihe von Aufgaben erst die Möglichkeiten, in vielen Bereichen die Vollbeschäftigung zu sichern, verbürgen sehr viele Posten die soziale Sicherheit, so vor allem in unserem neuen Zentralaltersheim und in den Pensionistenwohnungen. Für jeden einzelnen Steyrer hat dieses Budget Bedeutung und es gibt kaum einen Erwerbszweig, der nicht in irgendeiner Form davon betroffen ist.

Leider reichen unsere Einnahmen - wie Sie aus den Ausführungen unseres Finanzreferenten gehört haben - in den letzten Jahren nicht mehr aus, all das, was notwendig ist, auszugeben, damit zu decken. So sind wir auch heuer zu Kreditaufnahmen verhalten, die allerdings noch immer einen Rahmen einnehmen, den wir glauben, gegenüber unseren Mitbürgern, aber auch für die Zukunft hin vertreten zu können. Sichern wir doch mit diesem Darlehen in erster Linie die künftige Entwicklung. Gerade der außerordentliche Haushalt beweist dies in eindeutiger Weise. Wenn wir die Einrichtungen der körperlichen Erziehung erwähnen, so stellen allein die Ansatzposten einen wirklich stolzen Leistungsbericht unserer Tätigkeit als Gemeinderäte dar. Finanziell belastet uns noch immer die Errichtung der Kunstseilbahn, die Sporthalle Tabor muß noch mit S 3,500.000,-- ausgewiesen werden, die Herrichtung der verschiedenen Sportplätze erfordert ebenfalls sehr hohe Beträge, sodaß allein im außerordentlichen Haushalt

dieser für die Zukunft so wichtigen kommunalen Tätigkeit der körperlichen Ertüchtigung S 5,700.000,-- gewidmet sind. An Darlehen für die Gemeinnützigen Wohnungsvereinigungen sind allein S 10,000.000,-- vorgesehen, ein Betrag, mit dem ein Vielfaches an öffentlichen Geldern mobilisiert wird; denn sie stellen ja nur eine Teilfinanzierung für die aus Mitteln der öffentlichen Wohnbauförderung erbauten Wohnungen dar. Bei dieser Gelegenheit ist auch im Budget wiederum Vorsorge getroffen, um auch die Grundankäufe, die selbstverständlich die Gemeinde benötigt, wenn sie einen Wohnbau erstellen will, denn ohne Gründe wird es keinen Wohnbau geben. Ich glaube, es wird niemand sein, der die Wohnbautätigkeit in Steyr hemmen möchte, wenn man an die Zahl der noch vorgemerkten Wohnungssuchenden denkt.

Wirklich auch in die Zukunftweisend sind die Ausgaben für Gemeindestraßen und Ortschaftswege. Wir wissen um die Bedeutung einer gesunden Infrastruktur und gerade der Straßenbau spielt für eine florierende Wirtschaft eine sehr große Rolle. Die bereits begonnene Hundsrabenumfahrung wird mit Ausgaben von S 2,000.000,-- fortgesetzt, wobei auch die Regulierung der Zieglergasse mit S 400.000,-- einbezogen werden muß. Der Ausbau der Strengbergbundesstraße mit einem Anteil der Stadt in Höhe von S 1,000.000,- (1. Rate 1970) sichert uns den Anschluß an die für den Verkehr so wichtige Autobahn nach Wien.

Mit unseren Kanalbauten, die allein mit S 9,000.000,-- im außerordentlichen Haushalt aufscheinen, garantieren wir nicht nur eine gedeihliche Entwicklung der Wohnbautätigkeit in unserer Stadt, sondern sanieren damit auch alte Stadtviertel und sorgen somit für bessere und einwandfreiere Abwasserbeseitigungsanlagen.

Das Hallenbad steht mit S 6,000.000,- im nächsten Jahr zu Buch und erst vor wenigen Tagen wurde in der Sitzung des Fremdenverkehrsverbandes festgestellt, daß unser Badkomplex als einer der schönsten Österreichs bezeichnet werden kann. Ich glaube, das ist auch erwähnenswert in dieser Frage. Am Schulsektor - das hat der Herr Finanzreferent schon ausgeführt - sind vor allem die Ausgaben im ordentlichen Haushalt mit über S 20,000.000,- hervorhebenswert. Ich möchte sie jedoch aufmerksam machen, daß wir im außerordentlichen Haushalt bereits Planungskosten von S 100.000,-- für die Erweiterung der Ennsleitenschule aufgenommen haben. Wir wissen, daß auf der Ennsleite Schulraumnot ist und es ist bereits im Budget für das kommende Jahr ein Betrag festgehalten, um die Vorbereitung und Planung treffen zu können.

Eine nach modernen sozialen Grundsätzen geführte Stadt kann sich den Notwendigkeiten einer zeitgemäßen Altersversorgung nicht verschließen. Im Gegenteil: Wir, die Sozialistische Gemeinderatsfraktion, betrachten es als eine Ehrenpflicht, unseren betagten Mitbürgern, die mit ihrer Hände Fleiß so viel zum Blühen und Gedeihen dieser Stadt beigetragen haben, einen zufriedenen und angenehmen Lebensabend zu gestalten. Unser Zentralaltersheim ist daher nach wie vor unser Stolz auf diesem Gebiet, ihm aber müssen wir alle materielle, aber auch alle geistige Obsorge zuteil werden lassen, damit es zu dem wird, was wir mit den großen Ausgaben bezweckt haben wollen, zu einer angenehmen Heimstätte für unsere älteren Mitbürger. Mit dem Bau von Pensionistenwohnungen durch die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr haben wir einen anderen Weg beschritten, um unseren Älteren zu helfen. Wie groß der

Bedarf ist, beweist die riesige Nachfrage nach diesen Wohnungen. Letzteres spiegelt jedoch auch die Richtigkeit unseres Entschlusses, diese Heimstätten zu schaffen. Sie werden aber auch im aoH in der Altenbetreuung festgestellt haben, daß hier eine Post mit S 150.000,-- festgehalten wurde, um in Steyr auch den alten Menschen, die nicht im Altersheim oder in Altenwohnungen wohnen, in ihren Vierteln gemeinschaftliche Beschäftigung zu bieten, und zwar in den Altenklubs. Der Ansatz zu deren Gründung ist bestimmt nennenswert. Es wird auch hier ein Weg begangen, den man in anderen Städten bereits begangen hat. Also diese S 150.000,- werden die Möglichkeit schaffen, Altenklubs für unsere alten Bürger zu schaffen.

Unsere Kindergärten können wohl ebenfalls als vorbildlich bezeichnet werden, ebenso wie unsere kulturelle und fürsorgliche Betreuung. Gleich wie die Tätigkeit der Volkshochschule und des Jugendamtes.

Als Sprecher der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion ist es nicht meine Aufgabe, zu einzelnen Budgetansätzen eingehend Stellung zu nehmen. Ich will lediglich die Grundsätze herausstellen, die uns bewogen haben, diesem Voranschlagsentwurf letztlich unsere Zustimmung zu geben. Wie ich bereits eingangs angeführt habe, fühlen wir uns auf Grund unserer Stärke im Gemeinderat in hervorragendem Maße für die Verwaltung der Stadt verantwortlich. Wir glauben aber, in diesem Budgetentwurf ein geeignetes Instrument zu sehen, dieser Verpflichtung, die sich aus dem Vertrauen der Wählerschaft ergeben hat, nachkommen zu können. Es ist einerseits die notwendige Sparsamkeit bei der Verwaltung der öffentlichen Mittel gewährleistet. Es ist andererseits der gesunden Weiterentwicklung der auf Grund der finanziel-

len Gegebenheiten noch mögliche Rahmen gegeben worden; und es ist schließlich vorgesorgt, daß die Ausgaben, die wir tätigen, wirtschaftlich vertretbar sind und die Darlehensaufnahme nur in dem Maße erfolgt, die auch noch einen gesicherten Schuldendienst zuläßt.

Abschließend möchte ich daher allen, die in diesem Sinne an der Erstellung des Budgetentwurfes 1970 mitgearbeitet haben, herzlich danken. In erster Linie gilt mein Dank unserem Finanzreferenten, dem Herrn Bürgermeister Josef Fellingner, den Beamten des Hauses und auch allen Gemeinderäten, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten Anregungen und Wünsche für den Budgetentwurf 1970 vorgebracht haben. Es wird sich im Laufe des kommenden Finanzjahres sicher noch öfters die Notwendigkeit ergeben, außer- und überplanmäßige Ausgaben zu beschließen, Umschichtungen im Budget vorzunehmen. Es ist eben nicht alles voraussehbar, aber so wie dieser Budgetentwurf zustande gekommen ist, wird es auch möglich sein, im gemeinsamen Willen des Gemeinderates jene Änderungen, die sich allenfalls aus der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit eines Jahresablaufes ergeben, durchzuführen. So gesehen, stellt jedoch das vorliegende Finanzwerk für das Jahr 1970 den Entwurf einer Richtlinie dar, mit dem es unserem Gemeinderat und dem Magistrat wohl gelingen wird, so wie bisher den Wiederaufbau unserer Stadt und die Bewahrung gedeihlicher Lebenszustände in Steyr zu ermöglichen. Namens der Sozialistischen Gemeinderatsfraktion erkläre ich ausdrücklich, daß dem Budgetentwurf 1970 zugestimmt wird.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER
FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Kollegen Kinzelhofer für seinen Beitrag.

Wer wünscht weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Holzinger bitte!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Vorerst möchte ich mich einem schon zur Abstimmung gebrachten Antrag zuwenden, weil ich den Motivenbericht, den Herr Senatsrat Dr. Eder verlesen hat, sehr aufmerksam verfolgt habe. Es wäre laut Motivenbericht ohne weiteres möglich gewesen, diesen Antrag nach Kapiteln ordentlich und außerordentlich, wie es in der Geschäftsordnung § 25, Abs. 3 vorgesehen ist, zur Abstimmung zu bringen. Zu behandeln ist der Voranschlag als Einheit. Das geschieht in einer Sitzung. Die Abstimmung hätte ohne weiteres so erfolgen können. Ich habe mich nicht zum Wort gemeldet, weil ich gefürchtet habe, nachdem der ganze Voranschlag als Einheit betrachtet wird, daß man gesagt hätte, das ist eine Wortmeldung und ich kann mich nur zweimal zum Wort melden im Laufe der Debatte und hätte diese angerechnet. Die SPÖ, die Mehrheitsfraktion, hat sich ja lange genug beraten und ist mit dem Vorsatz hereingekommen, das Ganze eben gemeinsam abstimmen zu lassen. Das zum vorhergehenden Antrag.

Zu den prinzipiellen Erklärungen des Herrn Bürgermeisters über die finanzielle Not in der Stadtgemeinde, an der nach seiner Ansicht zum Großteil der Bund und das Land die Schuld tragen - so ähnlich ist der Ausdruck gefallen - eben durch den Finanzausgleich, möchte ich einige prinzipielle Dinge doch sagen.

Sicherlich ist es sachlich richtig, daß der Finanzausgleich auch der Stadt Steyr - das ist schade und tut mir als Gemeinderat der Stadt Steyr leid - Mittel wegnimmt. Der Finanz-

ausgleich ist von der Voraussetzung ausgegangen, daß das Pro-Kopf-Aufkommen der Gemeinden, das früher 1 : 10 betragen hat, reduziert wird. Es beträgt heute zwischen ärmeren und reicheren Gemeinden ungefähr 1 : 5. Wir müssen natürlich auch anerkennen, daß große Städte ganz andere Gemeindeaufgaben haben und mehr benötigen. Es ist nicht so, daß der Finanzausgleich, so wie es zum Ausdruck gekommen ist, nur 50 % der Gewerbesteuer genommen hat, er hat uns auch Ertragsanteile des Bundes gebracht. Im vergangenen Jahr hatten wir erhebliche Mehrbeträge, die nicht präliminiert waren, aus Ertragsanteilen des Bundes und heuer können wir wieder 3 Mill. mehr präliminieren. Es stimmt aber, daß diese Ertragsanteile des Bundes leider die Gewerbesteuer nicht ganz ausgleichen können. Ich habe das nur gesagt um klarzustellen, daß man aus Gründen der Gerechtigkeit eben diesen Finanzausgleich geschaffen hat und weil sich der Bund und das Land gewisse Mittel vorbehalten muß. Schauen Sie, es ist doch kein Zufall, daß z. B. die Bundesbediensteten und die Landesbediensteten trotz einer im Gesetz verankerten Personalvertretung und trotz der seit 1966 erzielten Erfolge am Gehaltssektor wesentlich schlechter als die Beamten und Angestellten der Gemeinden gestellt sind.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Sollen wir sie auch so schlecht stellen?

GEMEINDERAT JOHANN HOLZINGER, ING.:

Bitte, das nicht falsch aufzufassen. Ich freue mich, daß die Gemeindebeamten und Angestellten mehr verdienen und wir sind und werden immer dafür eintreten. Wir im Bundesdienst können nur versuchen nach-

zuhüpfen. Warum ich das sage? Das soll nur die finanzielle Notsituation des Bundes beleuchten, warum ein Finanzausgleich geschaffen werden mußte, oder denken Sie an das Land. Auch die sind schlechter gestellt. Wir müssen an das Land Landesumlage von 9 Mill. Schilling leisten. Es hat geheißen S 88 Mill. haben wir in den letzten Jahren bezahlt, das stimmt. Aber nicht nur wir allein. Jede andere Gemeinde hat diese Landesumlage zu leisten. Daß wir nicht die entsprechenden Bedarfszuweisungen erhalten haben, hat seinen Grund darin, daß die Gemeinde Steyr bisher als reiche Gemeinde gegolten hat, die eben Rücklagen gehabt hat und diese Bedarfszuweisungen nicht benötigt hat. Aus diesem Grunde werden wir uns in Zukunft besonders um Bedarfszuweisungen bemühen müssen. Das ist selbstverständlich. Oder glauben Sie, daß ein Landesrat Enge, der aus Steyr in der Landesregierung sitzt, es zugelassen hätte, wo alle Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden - bis auf zwei, die nicht einstimmig gefaßt wurden, das hat etwas anderes betroffen, das war diese letzte Zusammensetzung der Landesregierung - auch mit den Stimmen von Landesrat Enge. Glauben Sie, wenn es möglich gewesen wäre, man hätte nicht der Stadtgemeinde Steyr vom Land mehr zukommen lassen, aber von der Gesamtsicht des Landes wird es halt nicht möglich gewesen sein, das halte ich Herrn Landesrat Enge unbedingt zugute. Wenn heute davon gesprochen wird, daß wir 3,3 Mill. Schilling Krankenanstaltenbeitrag an das Land leisten müssen, so müssen wir auch bedenken, daß Städte unserer Größe, die eine eigene Krankenanstalt von der Bonität erhalten müssen, wesentlich mehr auf den Tisch legen müssen im Jahr als diese S 3 Mill., die wir leisten. Das alles möchte ich zu diesen prinzipiellen Erwägungen zu

bedenken geben, daß es ja nicht so ist, daß die Schuld an dieser finanziellen Situation einfach dem Bund oder dem Land aufgehalst werden kann. Beträchtliche Schuld, meine Damen und Herren, liegt schon bei Ihnen. Ich werde noch im Laufe meiner Budgetdebatte daraufkommen.

Die Vorbereitung des Budgetvoranschlages war diesmal aus technischen und sachlichen Gründen für die Gemeinderäte sehr schwierig. Aus technischen Gründen, weil wir den Voranschlag erst letzten Freitag, dem 12. 12., erhalten haben. Unser Fraktionsführer hat zwar den Voranschlag schon wesentlich früher erhalten. Wenn sich aber, wie bei uns, 9 Mandatare bis letzten Freitag mit einem Exemplar begnügen müssen, so erschwert dies in technischer Hinsicht die Vorbereitung sehr stark.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WALTER MOSER:

Ihr müßt Euch halt zusammensetzen!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Herr Kollege Moser, wir haben uns zusammengesetzt. Ich sage nicht, daß eine Beratung nicht möglich war, aber sie erschwert die Vorbereitung sehr stark.

Gemeinderat Dr. Stellnberger verläßt um 16. 25 Uhr die Sitzung.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WALTER MOSER:

Dann können Sie nicht sagen, daß Ihr ihn nicht bekommen habt. Außer dem ist er öffentlich aufgelegt.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Er ist öffentlich aufgelegt.

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Aus sachlichen Gründen, weil zwischen erwarteten Einnahmen und geplanten Ausgaben ein Betrag von S 53 Mill. fehlt, welcher durch Darlehensaufnahme hereingebracht werden soll. Dies bedeutet, daß bei einem Gesamtbudgetrahmen von S 180 Mill., davon S 124 Mill. im ordentlichen und S 56 Mill. im außerordentlichen Haushalt, ein 29 %iges Defizit vorhanden ist. Das heißt, daß durch dieses fast 30 %ige Defizit in einem Jahr die Pro-Kopf-Verschuldung um mehr als S 1.200,- auf fast S 2.000,- ansteigen wird. Dieses derart hohe Budgetdefizit steht in Österreich auf einsamer Höhe und findet kaum in Städten vergleichbarer Größe eine Parallele.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sie sind nicht belesen, Herr Kollege!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Allgemein gilt, daß man in öffentlichen Haushalten in Konjunkturlagen keinesfalls höhere Defizite als 10 - 15 % machen soll ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Bundesregierung!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

... um dies in späteren Jahren verkraften zu können. Trotz des gigantischen Defizites von S 53 Mill. ist für das Hundsrabenprojekt, welches samt Anschlußstücken ca. S 35 Mill. kosten wird, nur eine kleine Baurate von S 2 Mill. veranschlagt. Nach Vollendung des Hundsrabenprojektes wird noch in den 70er Jahren die ebenfalls lebensnotwendige Zwischenbrücke er-

neuert werden müssen und ebenfalls einen ca. gleich hohen Betrag wie das Hundsrabenprojekt verschlingen. Wie wichtig die Erneuerung der Zwischenbrücke ist, können wir daraus ersehen, daß im kommenden Jahr über eine Million für die Reparatur der Stahlkonstruktion ausgegeben werden muß. Weitere zig-Millionen wird die Fortführung der Kanalprojekte kosten. Allein diese Projekte werden in den kommenden 70er Jahren weit mehr als S 100 Mill. verschlingen. Dazu kommt, daß ab dem nächsten Jahr bereits mit beträchtlichen Ausgaben für Zinsen- und Tilgungsdienst gerechnet werden muß. Man war bisher gewöhnt gleichsam aus dem Vollen zu schöpfen. In Zukunft aber muß sparsamer gewirtschaftet werden. Freilich gibt es jetzt in Steyr viele Versäumnisse der Nachkriegszeit, besonders Mitte der 50er-Jahre, nachzuholen. Damals hat man Geld gehortet und wichtige städtische Baulichkeiten nicht gebaut, obwohl es damals um einen Bruchteil der heutigen Bausumme geschehen hätte können. Ich möchte hier nur die Kanalbauten, Straßen- und Brückenbauten, das Hallenbad und die Kunsteisbahn nennen. Für diese Projekte sind wir immer eingetreten und tun dies auch jetzt. Für diese Projekte allein werden im kommenden Jahr S 25,75 Mill. benötigt und von uns vertreten und mitverantwortet. Einverstanden sind wir auch mit der bisherigen Wohnbauförderung der Stadt. Auch heuer sind wieder S 10 Mill. dafür veranschlagt und wir hoffen, daß dieser Betrag voll wirksam wird. Im letzten Budget waren S 12 Mill. vorgesehen und nur S 5 Mill. konnten verwendet werden, weil nicht so viele Wohnbauten vom Wohnungsförderungsbeirat des Landes, dem auch unser Magistratsdirektor angehört, bewilligt wurden, als man erhofft hat. Hiezu möchte ich einen Zweckmäßigkeitvorschlag machen. Wie allgemein bekannt ist, wer-

den nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 die Mittel nach folgendem Schlüssel vergeben: 1/3 für Mietwohnungen und 2/3 für Eigentumswohnungen sowie Eigenheime. Da in Österreich ca. 50.000 Wohnungen jährlich gebaut werden, entfallen bei Anwendung eines gerechten proportionalen Bevölkerungsschlüssels jährlich etwa 300 vom Bund geförderte Wohnbauten auf Steyr. Mietwohnungen in Steyr werden im wesentlichen von der GWG der Stadt Steyr, von der WAG, von der Ersten Gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft, von der Styria, von der LAWOG und von der BUWOG gebaut. Bei einer realistischen Einschätzung der Wohnbausituation wird die GWG der Stadt Steyr allein in den nächsten Jahren Förderungsmittel des Bundes für 100 Mietwohnungen pro Jahr und die übrigen genannten Wohnbaugesellschaften zusammen gleichfalls Förderungsmittel des Bundes für weitere 100 Mietwohnungen erhalten. Die restlichen Förderungsmittel des Bundes für weitere 100 Wohnungen werden für den Eigentumswohnungsbau und für Eigenheimbauer vergeben werden. Da die Stadt Steyr ihre zusätzlichen Wohnbauförderungsmittel im wesentlichen auf Wohnungsbauten der GWG konzentriert, werden die veranschlagten Wohnbauförderungsmittel der Stadt so wie heuer auch im kommenden Jahr kaum ausgeschöpft werden können. Man kann sagen, daß im Durchschnitt jede neue Mietwohnung der GWG zur 60 %igen Förderung des Bundes zusätzlich noch durchschnittlich ca. S 50.000,- Förderungsmittel der Stadt benötigt, damit ein gleichmäßiges Zinsniveau erreicht wird und Spitzen abgedeckt werden können. Das heißt, daß für jährlich 100 neue Mietwohnungen der GWG ca. S 5 Mill. Förderungsmittel der Stadt benötigt werden. Es werden also auch im kommenden Jahr einige Millionen, wahrscheinlich 5 Mill., von den veranschlagten 10 Mill. der Stadt, nicht ausgeschöpft werden. Bis-

her hat die Stadt Steyr wohl die Mietwohnungen der GWG zusätzlich kräftig gefördert, aber für die Bewerber von Eigentumswohnungen, die Eigenheimbauer und für die Sanierung von Altwohnungen fast gar nichts getan. Obwohl auch dieser Personenkreis förderungswürdig wäre, weil viele sozial bedürftige Mitbürger darunter sind und gerade dieser Personenkreis oft große finanzielle, persönliche und manchmal leider sogar gesundheitliche Opfer bringt um ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung zu erwerben. Diese opferwilligen Mitbürger tragen selbstverständlich sehr viel dazu bei, um den noch bestehenden Wohnungsfehlbestand in Steyr zu reduzieren. Diese Leistung soll einmal öffentlich gewürdigt und in das rechte Licht gerückt werden. Die ÖVP-Fraktion empfiehlt daher, den sozial bedürftigen Eigenheimbauern und Wohnungseigentumswerbenden sowie bedürftigen Besitzern von desolaten Altwohnungen vom verbleibenden bzw. nicht ausschöpfbaren Wohnbauförderungsbetrag über Ansuchen Darlehen von je S 50.000,- zur 3 %igen Verzinsung und einer 20jährigen Tilgung über den Wohnungsausschuß - damit eine sozial gerechte Vergabe gewährleistet ist - zu vergeben. Über Wunsch der Darlehensbewerber könnte anstatt einer kontinuierlichen Tilgung diese auch erst vom 11. bis 20. Jahr ab der Darlehensvergabe erfolgen. Eine grundbücherliche Sicherstellung ist bestimmt keine Schwierigkeit, wenn auch meist nur am 2. oder 3. Satz. Die Durchführung unseres Vorschlages würde einen Schritt auf dem Wege einer gleichmäßigen Behandlung aller bedürftigen und würdigen Mitbürger von Steyr durch die Stadtgemeinde bedeuten. Eine solche Ergänzung der bisherigen Wohnbauförderung aus verbleibenden Mitteln käme der Stadtgemeinde wegen der 20jährigen anstatt 50jährigen Laufzeit und wegen der 3 %igen anstatt 1 %igen Verzinsung obendrein noch we-

sentlich billiger. Sollte die Mehrheit dieses Hauses unseren Vorschlag nicht akzeptieren, so könnte dem genannten Personenkreis auch durch Übernahme von Aufschließungskosten oder Gewährung von Annuitätenzuschüssen geholfen werden. In diesem Zusammenhang, im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit, möchte ich namens unserer Fraktion noch ein besonderes Herzensanliegen vorbringen. Wir wissen alle, daß die GWG die ersten Häuser im Jahre 1953 erbaut hat. Damals waren die Baukosten zufolge des damals noch niedrigen Lebensstandards und der damit im Zusammenhang stehenden Baupreise verhältnismäßig gering. Es war hiedruch bis etwa 1963 möglich, die monatlichen Wohnungsmietzinse unter S 500,- zu halten. Als Folge davon resultiert, daß alle freiwerdenden sogenannten Alt-Neubauwohnungen besonders begehrt sind. Wir schlagen daher vor, alle freiwerdenden Alt-Neubauwohnungen mit einem Mietzins unter S 500,- monatlich zu Sozialwohnungen zu erklären und in Hinkunft über den Wohnungsausschuß nur mehr nach besonders sozialen und noch zu schaffenden Richtlinien zu vergeben. Nach dieser Wohnbaubetrachtung möchte ich mich mit dem geplanten Neubau eines Fernmeldegebäudes und mit seinen Steyrer Hindernissen beschäftigen.

Als Gemeinderat und Dienststellenleiter des örtlichen Fernmeldebetriebsbezirkes fühle ich mich verpflichtet, Sie über die derzeitige Situation zu informieren. Wie Sie alle wissen, soll das Fernmeldegebäude am Tabor neben dem Sparkassengebäude errichtet werden. In einem kleinen Anbau soll später im Parterre auch ein Postamt untergebracht werden. Die Postverwaltung bemüht sich bereits seit ca. 3 Jahren um den Erwerb von ca. 2.500 m² Grund am genannten Ort bei der Stadtgemeinde. Vorerst stand dem Erwerb die erforderliche Grundteilung und die Erstellung eines Teil-

bebauungsplanes im Wege. An den Sparkassenbau wurde dann noch unverständlichlicherweise ein Haus der GWG mit einem Stiegenhaus angebaut. Es verblieben deshalb nur noch 2.049 m², welche der Postverwaltung zum Kaufpreis von S 400,-/m² angeboten wurden. Von diesen 2.049 m² müssen gleich wieder 174 m² kostenlos als Straßengrund abgetreten werden, sodaß noch 1.875 m² Baugrund verblieben. Gleichzeitig hat man einen Straßenbeitrag von ca. S 25.000,-, den Bau einer Tiefgarage und eine Pachtablöse von S 40.000,- an Altbürgermeister Prokesch verlangt. Ein Fernmeldegebäude muß aus Übertragungstechnischen und finanziellen Gründen zentral gelegen sein. Aus diesen Gründen hat man wegen der Beengtheit nach schwierigen Vorplanungen ein 6geschossiges, 36,5 m langes und 14,5 breites Fernmeldegebäude mit Gesamtkosten von ca. S 50 Mill. und einer ca. 3jährigen Gesamtbauphase vorgesehen. Die generelle Baubewilligung seitens der Generaldirektion in Wien liegt mit dem Vorbehalt vor, daß der Grundankauf zustandekommt. Die Postverwaltung ist nach schwierigen Verhandlungen mit den vergleichsweise zu anderen Gemeinden harten Konditionen einverstanden. Es wird nur verlangt, daß die Pachtablöse von der Stadtgemeinde übernommen wird. Dies wurde inzwischen von der Stadtgemeinde der Postverwaltung zugesagt. Nunmehr ist Altbürgermeister Prokesch nicht bereit, sich seine Pacht auf Lebenszeit, welche er von der Stadtgemeinde sozusagen als Bonifikation für die Ausübung der Bürgermeisterfunktion in schwerer Zeit von Mai 1945 bis Dezember 1945 erhielt, um S 40.000,- ablösen zu lassen. Am alten Wahlamtstandort können noch ca. 1.200 Teilnehmer angeschlossen werden. Diese Kapazität reicht für einen Zweijahresbedarf aus. Daher weiß man schon heute, daß ab Ende 1970 in Steyr keine Fernsprechanchlüsse mehr

hergestellt werden können. Wenn man günstigstenfalls mit dem Bau im Frühjahr 1970 beginnen kann, so kann er erst im Frühjahr 1973 in Betrieb gehen. So lange können günstigstenfalls in Steyr keine Fernsprechanchlüsse mehr hergestellt werden. Was das bedeutet, wird erst klar, wenn man bedenkt, daß ohne Fernsprechanchlüsse kaum eine Betriebsneugründung oder Geschäftsverlegung durchführbar ist. Aus solchen Erwägungen haben manche Gemeinden sogar den Baugrund der Post geschenkt, damit rasch gebaut werden kann. Es müßte also ein eminentes Interesse der Stadt Steyr vorhanden sein, daß der Fernmeldebau so bald wie möglich begonnen wird. Es ist für mich unverständlich, daß ein Altbürgermeister von Steyr aus Rücksicht gegen Gemeindeinteressen von der Gemeinde nicht in Güte zu einer Pachtabtretung gegen eine angemessene Entschädigung gebracht werden kann. Sollte dies nicht gelingen, so muß ein Enteignungsverfahren eingeleitet werden. Dies wird allerdings auch eine gewisse Zeit beanspruchen. Jede Verzögerung der Baugrundabtretung wird zum Nachteil der derzeitigen und künftigen Fernsprechteilnehmer von Steyr sein. Der derzeitige Fernsprechteilnehmer deshalb, weil auch die Einrichtungen des Selbstwählverkehrs nicht mehr im notwendigen Ausmaß erweitert werden können und die künftigen Fernsprechteilnehmer werden eben auf ihren Anschluß entsprechend lange warten müssen. Der Fernmeldesektor ist zwar eindeutig Bundesangelegenheit, man sieht aber, ohne Entgegenkommen der Gemeinde als Grundbesitzer geht es eben auch nicht. Es hängt also von der Möglichkeit der vorzeitigen Lösung des Pachtvertrages mit Altbürgermeister Prokesch ab, ob Steyr in den nächsten Jahren fernmeldetechnisch versorgt werden kann.

Wie wir schon in der vorletzten

Gemeinderatssitzung ausführlich begründet haben, sind wir mit dem Ankauf der sogenannten Hofergründe um S 11,3 Millionen nicht einverstanden.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
WALTER MOSER:

Aber für das Fernmeldeamt wollt Ihr einen Grund haben!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen - . Wenn ihn nicht die Gemeinde hätte, so hätten wir den Grund eben privat kaufen müssen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
WALTER MOSER:

Dannbekommt Ihr ihn aber nicht so billig!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Ich möchte nochmals in Erinnerung rufen, daß mehr als die Hälfte dieser Gründe im Gemeindegebiet St. Ulrich liegt. Der Großteil dieser Verpflichtung soll laut außerordentlichem Voranschlag im kommenden Jahr beglichen werden. Prinzipiell waren und sind wir für den Umbau der ehemaligen Reithalle bzw. Gestegarage am Tabor zu einer Sporthalle. Man hat uns informiert, daß laut Architekt der Umbau zwischen S 2 und 2,5 Millionen kosten wird. Der planende Architekt hat in Salzburg angeblich eine ähnliche Reithalle um weniger als S 2 Millionen kürzlich zu einer Sporthalle umgebaut. Wie wir uns bereits überzeugen konnten, wird die neue Sporthalle am Tabor zwar sehr schön, es wurden aber bisher bereits mehr als S 6 Millionen verbaut und bis zur Fertigstellung dürfte sie S 6,5 - 7 Millionen kosten. Es handelt sich daher um eine gigantische finanzielle Fehlplanung. Es wäre interessant zu wissen, wer für die Kostenüberschreitung von

mehr als 150 % verantwortlich ist. Hätte man uns vor dem Baubeschluß die wirklichen Kosten mitgeteilt, so wären wir anstatt für die Sporthalle für den Bau einer Stadthalle als Mehrzweckhalle in den nächsten Jahren eingetreten. Diese hätte auch nicht wesentlich mehr gekostet. Wir mitverantworten von den endgültigen Kosten von S 6,5 - 7 Millionen nur S 2,5 - 3 Millionen. Bereits dieser Betrag liegt um S 500.000,- über der vor Baubeginn genannten Summe. Eine solche Überziehung schiene uns aber noch vertretbar. Eine weitere Überschreitung von S 4 Millionen ist nicht verantwortbar. Wir müssen das daher ablehnen. Eine weitere Rate von S 700.000,- für den Sportplatz Ennsleite, welcher von der Stadtgemeinde für den ATSV gebaut wird, ist vorgesehen. Wir haben gegen die Errichtung dieses Sportplatzes wiederholt und wohl begründet gestimmt.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Stimmt nicht, er gehört für den ASKÖ!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

... und lehnen daher diese Ausgabenpost zur Gänze ab. Wenn es nach unserem Willen gehen würde, wäre das Budgetdefizit im Jahre 1970 um mindestens S 16 Millionen geringer, und zwar um S 11,3 Millionen für die Hofergründe und um S 700.000,- für die Sportplatzrate Ennsleite und um S 4 Millionen für die Preisüberschreitung bei der Sporthalle Tabor. Wir müssen also feststellen, daß Steyr eine sehr teure sozialistische Mehrheit besitzt und sicher das Vertrauen nicht mehr rechtfertigt, welches ihr bei der letzten Gemeinderatswahl entgegengebracht wurde.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
VINZENZ D R E S L :

Aber da haben die Wähler die Entscheidung!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

An Hand eines Beispiels beweise ich die Richtigkeit meiner Feststellung. Unter der Post 01-291 sind S 140.000,- für Repräsentation und unter der Post 34-50 S 60.000,- für Festlichkeiten der Stadt vorgesehen. Also zusammen S 200.000,-, die verbraucht werden. Im Jahre 1968, laut Rechnungsabschluß sogar S 240.434,35, im Jahre 1969 wurden auch schon wieder S 162.000,- von diesen Ansatzposten verbraucht. Diese Mittel werden größtenteils für sogenannte Arbeitessen ausgegeben. Die unter Post 092-29 alljährlich aufscheinenden Verfügungsmittel des Bürgermeisters in der Höhe von S 50.000,- für ähnliche Anlässe möge außer Betracht bleiben, weil sie auch nach unserer Ansicht sachlich gerechtfertigt sind. Wir sind der Meinung, daß von diesen Repräsentationskosten 2/3, aber mindestens S 100.000,- erspart werden könnten. Wir haben uns nicht leichtfertig zu dieser Stellungnahme entschlossen. Ich habe gebeten, ob ich die Unterlagen beim Herrn Magistratsdirektor ansehen kann. Ich wurde an den Herrn Bürgermeister verwiesen und habe die Unterlagen leider nicht bekommen, mit dem Hinweis, daß ich sozusagen nicht zuständig wäre. Als Gemeinderat bin ich aber zuständig mitzustimmen für diese Ansatzposten. Daher glaube ich, daß diese Begründung ungerechtfertigt und sehr bedenklich ist. Mir ist nur ein Fall bekannt geworden vom ehemaligen Staatssekretär Dr. Kranzlmayr im Innenministerium. Er hat vom damaligen Innenminister Olah keine Akteneinsicht mehr bekommen. Wie das in späterer Folge ausgegangen ist, meine Damen und Herren, wozu das führt, ist noch in allgemeiner Erinnerung!

Allgemeine Unruhe!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
HEINRICH SCHWARZ:

Das ist eine unerhörte Beschuldigung!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Nein!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER
FRANZ WEISS:

Herr Gemeinderat, ich erteile den ersten Ruf "Zur Ordnung".

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Ich bedaure nur, daß ich nicht in die Repräsentationsausgaben einsehen konnte, um mich von der Sachlichkeit zu überzeugen ...

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED
BAUMANN:

Ihr habt ja einen in das Präsidium gewählt!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

... wer wann und wo gegessen hat und für welche Zwecke die Ausgaben erfolgt sind. Das müßte man einem Gemeinderat zugestehen. Nach meiner Meinung ist das geschäftsordnungswidrig. Wenn gesagt wird, S 100.000,- hätte man ersparen können, wollen Sie damit das Budget sanieren? Ich weiß auch, daß es mit S 100.000,- allein nicht getan ist. So wie Groschen Schillinge geben, so geben hunderttausende Schillinge Millionen. Würde man in diesem Sinne in Steyr wirtschaften, könnte man sich einiges ersparen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER
FRANZ WEISS:

Danke.

Als nächster Redner auf der Rednerliste ist Herr Stadtrat Wallner vorgesehen. Darf ich die weitere Verlesung der Vorgemerkten vornehmen?

Anschließend Gemeinderat Zöchling und Gemeinderat Dr. Gärber!

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Werter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf meinen folgenden - ich verspreche Ihnen kurzen - Ausführungen voranstellen, daß es mir bei diesen Ausführungen - ich bitte Sie, mir das zu glauben - nicht um billige Effekthascherei zu tun ist, daß es vor allen Dingen kein Beitrag für die kommenden Wahlen sein soll, sondern ich erlaube mir heuer wie im vergangenen Jahr - das glaube ich jedenfalls - konkrete Aussagen zu machen. Diese Feststellung erscheint mir wichtig, um richtig verstanden zu werden. Ich glaube dafür bekannt zu sein, daß es mir wirklich um ernste und ehrliche Zusammenarbeit zu tun ist, mit allen von Ihnen, meine Damen und Herren. Ich glaube kaum, daß jemand in diesem Saal ist, der mir das Gegenteil beweisen kann. Ich fühle mich trotzdem, sowohl als stadträtlicher Baureferent als auch als Mandatar der Wirtschaft, geradezu verpflichtet, auf verschiedene Unzulänglichkeiten in diesen Belangen, also in Belangen der Wirtschaft, hinzuweisen. Wir haben - wie Sie aus dem Protokoll des Vorjahres ersehen können - in der Budgetsitzung des Vorjahres verlangt, daß bei Auftragsvergaben nach einem Ordnungsprinzip vorzugehen wäre, da auch in der Wirtschaft leicht der Eindruck entsteht, daß Auftragsvergaben willkürlich erfolgen. Wir haben damals auf das Beispiel Linz und Wels verwiesen, welche solche Vergabeordnungen besitzen und diese Vergabeordnungen - wie ich aus Kollegenkreisen weiß - haben sich dort bestens bewährt. In Steyr ist derzeit bezüglich der Schaffung einer Vergabeordnung nichts geschehen, sondern es sind geradezu in glaublich nicht mehr zu verantwortender Weise Aufträge ent-

gegen der allgemeinen Ordnung, also der ÖNORM - ich zitiere sie wörtlich A 2050 - gegen unsere Stimmen vergeben worden. Es sind Ausschreibungen erfolgt im Oktober d. J., z. B. über die Herstellung der Außenanlagen beim Bau T XVIII. Damals ist es auf Grund eines vielleicht entschuldbaren Fehlers des Amtes passiert, daß zwei verschiedene Ausschreibungen bzw. Anboteröffnungstermine auf dem Kuvert angegeben waren. Es sind also am 1. Tag der Anboteröffnung 4 Angebote eingelangt und am 2. Tag 3 Angebote, also meiner Meinung nach verspätet, eingelangt. Ich habe damals von dem mir glaublich zustehenden Recht als Baureferent Gebrauch gemacht und das Bauamt angewiesen, daß diese verspätet eingebrachten Angebote auszuschneiden wären. Es ist darüber ein Aktenvermerk an den Herrn Bürgermeister ergangen. Ich habe mich darüber hinaus im Laufe eines Telefonates mit Herrn Bürgermeister bemüht, ihm diese Anordnung zur Kenntnis zu bringen. Der Herr Bürgermeister hat mir damals wörtlich erklärt - anerkennenswerterweise - jawohl, das sei richtig. Nun komme ich aber zu dem Punkt, warum ich das heute bringe. Ich habe mich erst dazu vor einigen Tagen entschieden. Dauernd wurde mir erklärt, jawohl, das sei richtig. Nunmehr wurde mir von glaubhafter Seite versichert, daß Herr Bürgermeister erklärt haben soll, er habe - also der Baureferent - nichts zu veranlassen, das entscheiden noch wir. Es ist nun zu folgendem zweiten Beispiel gekommen. Es sind die sanitären Installationen für die Wohnbauten W I/1 - 6 ausgeschrieben worden. Es sind 4 Angebote eingelangt, Firma Schützner, Obermayr, Kriszan und Schloßgangl. Diese Angebote waren abzugeben am 16. 6. Die Eröffnung hat ebenfalls am 16. 6. um 9 Uhr stattge-

funden. In der Stadtssenatssitzung ist an eine Firma Engertsberger & Mach der Teilauftrag vergeben worden. Meine Damen und Herren, deshalb stelle ich das besonders heraus, weil diese Firma überhaupt nicht angeboten hat. Meine Damen und Herren, ich finde - ich bitte Sie Herr Bürgermeister bei aller Wertschätzung Ihrer Person - das ist Inkonsequenz! Zuerst zu behaupten das sei richtig, verspätete Angebote auszuschneiden, das entspreche auch vollkommen der ÖNORM 2050, und auf einmal wird eine Firma zur Auftragsvergabe herangezogen, die überhaupt nicht angeboten hat. Bitte, seien Sie mir nicht böse, wenn ich behaupte, daß da jede Ausschreibung als Farce zu bezeichnen ist. Wir werden, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie uns dazu zwingen, künftig von allen uns zustehenden Mitteln Gebrauch machen. Wir werden die Wirtschaft von solchen Vorgangsweisen informieren. Ich nehme nicht an - ich stelle das "aber" hier heraus - daß jemand in diesem Hause daran interessiert ist, in der Wirtschaft den Eindruck zu hinterlassen, daß hier willkürlich oder fern jeder Ordnung Auftragsvergaben erfolgen. Bedauerlicherweise müssen wir feststellen, geschieht das in diesem Hause. Der Bund - wie Sie aus den verschiedensten Publikationen erfahren werden - hat sich zu einem Vergabegesetz durchgerungen. Es war bestimmt nicht einfach, dieses Gesetz zu schaffen. In Steyr ist auf diesem Gebiet seit einem Jahr nichts geschehen. Wir werden also - das erlaube ich mir für mich in Anspruch zu nehmen - die Initiative ergreifen und uns für das Zustandekommen einer solchen Vergabeordnung bemühen.

Zum Straßenbau. Ich glaube als weitere Forderung unserer Wirtschaft

und der Gesamtbevölkerung herausstellen zu dürfen, daß wir um den forcierten Ausbau unserer Straßen bemüht sein müssen. Es dürfte, glaube ich, kein Geheimnis sein, daß wir teilweise in Steyr - das ist wieder beweisbar - über die schlechtesten Straßen in Oberösterreich verfügen, um nicht zu sagen in Österreich. Fragen Sie bitte Ihre Kollegen in den Randgebieten der Stadt, fragen Sie die dort wohnenden Bürger, was sie von unseren oder ihren Straßen halten. Diese Straßen - ich habe sie mit meinem Fahrzeug befahren und kann das persönlich bestätigen - kann man fast als Karrenwege bezeichnen. Diese armen Leute dort können wegen der oft unerträglichen Staubentwicklung nicht einmal mehr ihre Fenster öffnen. Nun haben wir uns erlaubt, in Erkenntnis dieser Tatsachen, anlässlich von fraktionellen Vorbesprechungen des heute zur Debatte stehenden Voranschlags einen schriftlichen Antrag einzubringen, daß das Asphaltierungsprogramm von 1,5 Millionen auf 2,5 Millionen präliminiert werden möge. Diesem berechtigten Wunsch wurde nicht Rechnung getragen, wie Sie ja selbst wissen.

Eine weitere Kritik an einer Budgetpost, nämlich dem Präliminare für die Stadtplanung, mit S 100.000,- festgesetzt. Ich darf, meine Damen und Herren, in Anerkennung der Arbeit - der ersprießlichen Arbeit - aller Mitglieder des Bauausschusses bemerken, daß es gelungen ist, die Vorarbeiten für eine langfristige Stadtplanung in Angriff zu nehmen. Es sollen Fachleute für die Erstellung eines Planungskonzeptes gewonnen werden. Mit S 100.000,- werden wir hier kaum weiterkommen. Wir haben also uns erlaubt, zu beantragen, diesen präliminierten Betrag von S 100.000,- auf den doppelten Betrag aufzustocken. Diesem Ersuchen wurde ebenfalls nicht Rechnung getragen.

Noch ein kurzes Wort zum Fremdenverkehr und einer glaube ich unabdingbaren Forderung der damit eng verbundenen Wirtschaft. Wir werden uns ehestens damit befassen, weitere Möglichkeiten zur Unterbringung der fremden Gäste zu prüfen. Jede sich bietende Möglichkeit muß realisiert werden. Damit ist bestimmt nicht alles getan, denn der fremde Gast will, wenn er unsere Stadt besucht, selbstverständlich auch sein Fahrzeug abstellen. Wir werden also, glaube ich, jetzt endlich daran gehen müssen, jede sich bietende Möglichkeit für die Schaffung von Stellflächen für den ruhenden Verkehr wahrzunehmen. Diese Forderung darf ich auch für die gesamte gewerbliche Wirtschaft stellen. Wir müssen uns unabhängig von der Verkehrs- oder Stadtplanung Gedanken machen, wo zusätzlich solche Stellflächen für den ruhenden Verkehr geschaffen werden können. Die Wirtschaft wird die Forderung stellen, daß z. B. Fußgängerzonen in Hinkunft geschaffen werden müssen. Ich kann leider Gottes zusammenfassend feststellen, daß keine von uns gestellten, im Allgemeininteresse gelegenen Forderungen, erfüllt wurden. Ich danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Als Nächsten bitte ich Herrn Kollegen Zöchling.

GEMEINDERAT JOHANN ZÖCHLING:
Werter Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren!

Seit mehr als 2 Jahren sind wir eine Fremdenverkehrsstadt. Ich glaube über den Erfolg, besonders aber über den wirtschaftlichen Erfolg - wenn vielleicht auch erst in späterer Zeit - sind wir alle überzeugt. Nur müssen wir alle - wenn ich sage alle, so meine ich die ganze Bevölkerung von Steyr - den Fremdenverkehrsgedanken erst langsam lernen. Die Bevöl-

kerung hat festgestellt, daß noch nie so viele Gäste aus dem In- und Ausland in Steyr waren als gerade in diesem Jahre, besonders im Sommer. Die beträchtlichen finanziellen Mittel unserer Gemeinde für die Förderung des Fremdenverkehrs, im kommenden Jahr wieder S 370.000,-, gemeinsam mit den Interessentenbeiträgen von S 150.000,- - bezahlt von fast allen Handels- und Gewerbetreibenden von Steyr - bilden das Fundament, um auch in Steyr den für uns noch unbekanntem Wirtschaftszweig "Fremdenverkehr" zu fördern und zu unterstützen. Ich will aber heute ein weiteres Problem aufzeigen. Steyr ist eine alte Eisenstadt, auf die wir stolz sind. Aber das soll nicht heißen, daß auch die sanitären Anlagen öffentlich aber besonders in Gaststätten alt bleiben müssen. An den sanitären Anlagen wird meist vom Gast der Wert des Gasthauses oder der Stadt beurteilt. Auch hier müßte die Gemeinde gemeinsam mit der Landesregierung - wie schon so oft - den Anstoß und die Anregung geben. Es war dies keine Erfindung von uns, sondern solche Kredit- und Förderungsaktionen wurden bereits in vielen Städten und Ländern mit Erfolg durchgeführt. Hier könnten wir nicht nur eine zielführende Gewerbeförderung durchführen, sondern auch unserem Fremdenverkehr in unserer Stadt einen guten Dienst erweisen.

Zum Schluß noch eines. Nicht nur für unsere Gäste wollen wir Steyr schöner gestalten, sondern auch unsere Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, schöne, moderne sanitäre Anlagen vorzufinden. Weil ich schon am Wort bin muß ich leider unseren Gemeinderat Holzinger berichtigen. Ich habe so das Gefühl, daß in der ÖVP die einzelnen Bünde nicht wissen, was der andere tut.

Ich habe mich eines Auftrages zu entledigen. In der gestrigen Stadtsportausschußsitzung wurde ich von

den Vertretern der 3 Sportdachverbände Union, ASKÖ und ASVÖ ersucht - also von den offiziellen Vertretern aller Sportler von Steyr - Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, für die 3 einstimmig gefaßten Beschlüsse, und zwar für die Kunsteisbahn, für die Sporthalle und nicht zuletzt für das Hallenbad, herzlichst zu danken. Sie haben damit unserer Bevölkerung, im besonderen der Jugend von Steyr, die Voraussetzung geschaffen, ihre Freizeit und ihren Sport in modernen Sportstätten zu verbringen und auszuüben.

Wenn Herr Gemeinderat Holzinger bei einem Arbeitsessen mit Herrn Minister Weiß, mit Herrn Postminister, zusammensitzt, dann will ich ihn ersuchen, daß er auch einmal das Postamt Münchenholz erwähnt, denn die Zustände in diesem Postamt - obwohl der Postminister schon seit 6 Jahren die Erneuerung verspricht - sind fürchterlich.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Ich bin noch nie mit Herrn Minister Weiß bei einem Arbeitsessen beisammen gesessen!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WALTER MOSER:

Wird schon noch kommen!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Kollegen Zöchling für seinen Beitrag.

Als Nächsten bitte ich Herrn Gemeinderat Gärber!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Werter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn ich vor 2 Jahren gesagt habe, das Budget ist krank, voriges Jahr, das Budget ist siech, so muß ich

heute etwas erwähnen, und zwar das Defizit. Ich möchte sagen, mich schrecken nicht die Zahlen des Defizites, wenn mit diesem Defizit wirklich etwas investitionsförderndes, wirtschaftlichen Ertrag bringendes, gemacht wird, so habe ich nichts dagegen. Dieses Defizit von ungefähr 30 % des Gesamthaushaltes steht wirklich an der Spitze von Land, Bund oder Gemeinden. Wenn Sie betrachten, daß das Land ein Defizit von 6 % hat, die Stadt Linz ein Defizit von 8 % und der Bund ein Defizit von 9 %, so ist das Defizit von 30 % bestimmt sehr hoch.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT JOHANN HEIGL:

Die Zahlen sind auch falsch!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Stimmen!

Allgemeine Unruhe!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ich möchte nur folgendes sagen. Wenn wir hier im Gemeinderat zusammensitzen ...

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Darf ich um Ruhe bitten!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

... so zwingt uns dieses Defizit von 30 % wirklich, alles daranzusetzen, um wirtschaftlich zu arbeiten und zu handeln, denn wir können uns auf die Dauer dieses Defizit nicht leisten. Daß es jetzt notwendig ist, sehe ich ein, weil eben so viele Versäumnisse aus dem letzten Jahrzehnt vorliegen und die Ereignisse stürzen auf uns herein und verlangen eine Lösung.

Wenn ich auf das Budget eingehe möchte ich folgendes sagen. Es hat ei-

nen gewissen Hoffnungsschimmer auf der Einnahmenseite, daß doch eine wirtschaftliche Belebung eingetreten ist auf allen Gebieten. Das werden Sie im Allgemeinen bemerken und das muß ich begrüßen, wenn es auch noch bescheiden ist, aber so hoffe ich doch, daß der Anfang gemacht ist und wir den Tiefpunkt der Jahre 1967/68 überwunden haben. Ich war nie Pessimist sondern bin immer Optimist, wenn ich auch manches drastisch darstelle, um Sie mit der Materie zu befassen. Was aber das ganze Budget überschattet, das ist die Steigerung der Personalkosten, die in diesem Jahr eine Steigerung von 17 % erfahren haben. Ich möchte dazu bemerken, daß die Bedienstetenzahl in diesem Jahr um 38 gestiegen ist. Wenn Sie bedenken, daß in Linz das Personalbudget herabgesetzt wurde, daß man überall bemüht ist, möglichst sparsam zu wirtschaften, so muß ich sagen, daß es hier in Steyr wahrscheinlich auch noch einen Weg geben wird, um die Rationalisierung des Amtsberichtes zu betreiben. Ich möchte schon glauben, daß wir uns in nächster Zeit mit dieser Umstrukturierung und der Personaleinsparung im Gemeindebetrieb etwas befassen müssen und nachdenken müssen. Ich möchte daher jeden Einzelnen bitten, diese Sache nicht aus dem Auge zu lassen und zuschauen, wo die Möglichkeit gegeben ist. Wir müssen hier schauen, daß wir mit den Kosten herunterkommen, weil sie bei unseren Einnahmen zu hoch sind.

Um diese Rationalisierung weiter zu unterstützen, möchte ich noch auf einen Punkt hinweisen, und zwar ist das auf eine etwas wirtschaftlichere Bauweise Bedacht zu nehmen. Wenn Sie sehen, wie gebaut wird, ich führe hier nur zwei Beispiele an. Das Pensionistenheim und den Neubau der Sparkasse. Sie sind vielleicht ungefähr gleich hoch in den Baukosten und der Größe. So muß ich sagen, daß das

Pensionistenheim schon seit drei Jahren in Bau ist und in dieser Zeit nicht fertig geworden ist. Das Sparkassengebäude wurde in einem halben Jahr vollendet. Nun sehen Sie, warum schneide ich das an? Weil man, wenn man das Pensionistenheim in einem Jahr fertig gemacht hätte, schon zwei Jahre einen Ertrag davon hätte, das heißt, es würden schon Einnahmen hereinfließen und die Baukosten würden früher gedeckt werden können. Außerdem sehen Sie jedes Jahr im Haushalt der Gemeinde so und so viele Millionen ausgegeben für Nachzahlungen für Lohnerhöhungen usw., die im Laufe der Bauzeit entstehen. Diese Dinge würden sich bei der konzentrierteren Bauweise und einer besseren Bauaufsicht vermeiden lassen. Daher möchte ich folgendes sagen. Beginnen wir nicht so viele Bauten, sondern bemühen wir uns, die Bauten möglichst rasch und zügig fortzuführen und wenn auch momentan eine höhere Baukostensumme anfällt, so macht das gar nichts, weil in einem Jahr schon wieder Beträge zurückfließen. Ich möchte diese wirtschaftlichen Grundsätze wirklich etwas mehr betont sehen.

Subventionen, die oft vielleicht ungerechtfertigterweise gegeben werden, möchte ich schon von sozialen Grundsätzen betrachtet wissen.

Dann etwas, was ich leider nicht aus dem Voranschlag entnehmen kann, sind die brachliegenden, keinen Ertrag bringenden Häuser oder Grundbesitze. Wieviele die Gemeinde hat, weiß ich leider nicht, nur glaube ich, daß alle diese Dinge ehestens einer wirtschaftlichen Verwertung zuzuführen oder abzustoßen sind, weil sie nur eine Last bedeuten, die jedes Jahr x-tausende Schillinge verschlingt. Ich möchte hier zwei Dinge als Beispiel anführen. Das Lebzelterhaus, in das schon sehr viel Geld gesteckt wurde und das seit 10 Jahren keiner Funktion zugeführt wurde und zweitens ein schönes Gebäu-

de, das allerdings auch baufällig ist, das weiß ich, aber man müßte es auch umbauen oder umgestalten, das ist das Stadttheater. Es waren alle möglichen Pläne da. Aber wie wir sehen, haben wir in Steyr immer nur Pläne und wenn es darauf ankommt, so wird das immer wieder Jahr für Jahr hinausgeschoben und keiner Lösung zugeführt. Daher wären wir dafür, daß solche Dinge wirklich in das Auge gefaßt werden und entsprechende Vorschläge kommen. Dazu würde ich vor allem die Ausschüsse des Gemeinderates als zuständig betrachten. Dazu möchte ich sagen, daß die Ausschüsse aktiviert werden sollen, daß mehr Leben einziehen muß. Wir haben schon ein kleines Beispiel wie es besser gehen kann, und zwar ist das der Bauausschuß. Der Bauausschuß ist schon etwas aktiv geworden, er tagt sozusagen in Permanenz, wie wir letztes Mal erklärt haben, und ich hoffe, daß wir das auch weiter so tun werden und uns nicht nur mit einzelnen vorgelegten Dingen befassen, sondern daß von dort aus wirkliche Gedanken kommen und diese Gedanken im Laufe der Zeit verwertet und durchgeführt werden. Wir haben sehr viele Gedanken in der Gemeinde, dies und jenes. Wenn Sie die Projekte anschauen, die schon 30 Jahre zurückliegen und die wir bis heute noch immer nicht ausgeführt haben. Also konzentrieren wir unsere Aufmerksamkeit auf einzelne Projekte, die wir aber möglichst rasch in einem Zug durchführen und dann erst gehen wir das nächste Projekt an. Ich glaube, wir würden uns dadurch viel Geld ersparen. Zu diesem Zweck würde ich folgendes anregen. Daß die Abteilungsvorstände der Magistratsabteilungen auch etwas aktiver werden.

ZWISCHENRUF STADTRAT BAUMANN:

Die hier sitzen sind ausgenommen!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Das ist allgemein. Wer sich betroffen fühlt, bitte.

Ich wollte nur folgendes damit sagen. Wir alle müssen Unternehmer werden und nicht warten, bis uns etwas auf den Kopf fällt und dann tun wir erst etwas, sondern wir planen vorausschauend und da müssen vor allem die Gemeinderäte mit gutem Beispiel vorangehen und selbst Gedanken bringen.

Wenn ich schon dabei bin, noch ein kleiner Abstecher zu unserem Budget, und zwar allgemein zur Beratung. Ich stelle mir eine Budgetberatung etwas anders vor, als sie bei uns immer vonstatten geht. Es würde mich sehr interessieren die Meinung jedes Einzelnen der Gegenfraktion.

Diese verschiedenen Meinungen, auch wenn sie konträr zu meiner Meinung wären, würden sehr vorteilhaft sein zur Gestaltung des neuen Bildes und zur Vorwärtsentwicklung unserer gemeinsamen Aufgabe, die wir alle haben und die nur darin bestehen kann, die Wirtschaft der Stadt zu heben und unser aller Vorteil sein muß. Ich könnte mir gut vorstellen, daß es nicht so wie heute ist, daß wir vor der vollendeten Tatsache stehen, sondern daß wir zu Beginn unseres Budgets, wo die SPÖ sich zu einer zwei Tage langen Klausur trifft, daß wir uns in einer vertraulichen Gemeinderatssitzung - alle Fraktionen gemeinsam - treffen.

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Möchten Sie bei uns dabei sein?

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Warum nicht? Das ist ja kein Budget, daß nur die SPÖ betrifft, sondern ein Budget, das die Stadt betrifft.

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Bei den Vorberatungen?

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Warum denn nicht? Wir müssen als Gemeinderäte eine Einheit bilden, egal ob man der SPÖ, ÖVP usw. angehört. Es geht ja um das Wohl der Bürger und der Stadt. Ich möchte das nur als Rat für die nächste Beratung bringen. Es wäre sehr interessant, die Meinung des Einzelnen, nicht die einer gesamten Fraktion, zu hören. Manche einzelne Meinung wäre viel wertvoller als manches andere zur Anregung der ganzen Dinge.

Die heuer sehr gut angelaufene Altstadtanierung, die der Gemeinde wenig gekostet hat und das meiste von den Privaten beigetragen wurde, diese wäre natürlich im kommenden Jahr verstärkt fortzuführen. Ich möchte aber auf etwas hinweisen, was bestimmt sehr gut gewirkt hat, das war unser Ausflug nach Krems. Wir haben da sehr viele Anregungen bekommen und ich glaube, es ist nicht zuletzt auf das Vorbild Krems zurückzuführen, daß in Steyr soviel geschehen ist. Ich glaube, das hat der Gemeinde wenig gekostet. Wir sind allerdings die Einladung an die Kremser noch schuldig.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ERICH SABLİK:

Gemeinderat Holzinger ist dagegen!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Ich halte diese Dinge in einem gewissen Rahmen vertretbar.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ich glaube, daß diese so be-

fruchtenden Dinge, die der Wirklichkeit dienen, gepflegt werden sollten. Wenn jemand einen Gedanken hat und eine Persönlichkeit kennt, die auf manchen Gebieten führend war, wie Herr Dr. Kühnelt, der hier in Steyr gesprochen hat, über Altstadtanierung und Denkmalpflege, daß wir solche Dinge wieder aufleben lassen sollten. Es ist ganz gleich von welcher Fraktion.

Nun ein Kapitel, mit dem ich immer wieder in Konflikt komme, das ist die GWG. Entschuldigen Sie, aber ich muß es immer wieder bringen, weil dort die wirtschaftlichen Grundsätze zu wenig gewahrt werden. Deswegen habe ich einen Antrag gestellt - ich werde darauf zurückkommen - daß die GWG, die ein selbständiger Körper ist mit einem eigenen Verwaltungs- und Aufsichtsapparat und was weiß ich, von der Hoheitsverwaltung vollkommen entflechtet wird. Es sind in der Gemeinde Steyr von den Beamten ungefähr 20 mit Aufgaben der GWG beschäftigt. Diese 20 sollen sich wirklich nur mit GWG-Sachen beschäftigen und nicht mit anderen Sachen. Denn daß die GWG 20 braucht, das ist nicht wahr, das ist zuviel. Seien Sie mir nicht böse, wenn man so einen Komplex verwaltet ...

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Da hat er recht. Wenn er als Doktor so viele Patienten behandelt, müßte es hier auch gehen.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

... so glaube ich, daß sich das rationalisieren läßt und man sieht ganz genau, was dort geschieht, während jetzt das im Dunklen geschieht. Ich muß ehrlich sagen, ich verstehe etwas von diesen Dingen, aber ich komme dort auf keinen "grünen Zweig", wie dort die Wirtschaft geht. Wenn man das herauszieht, so wird es nur zum Vorteil der

Gemeinde und zum Vorteil der GWG sein, wenn man hier klare Trennungslinien zieht.

Etwas was seit Jahren in der Bevölkerung herumgeht ist der Neubau des Bundesrealgymnasiums. Wie Sie sehen, ist er bewilligt und es geschieht wieder nichts. Ich glaube, daß es notwendig wäre, so wie es in allen anderen Städten war, daß wir ein Kuratorium gründen, das die Beschleunigung dieses Baues aus privater Mitunterstützung der Öffentlichkeit betreibt. Sie haben gesehen in Wels, da war sogar für die höhere technische Lehranstalt, die ins Leben gerufen wurde, ein Kuratorium das mit Geld eingesprungen ist und ich habe vor kurzem von Amstetten gelesen, daß die Amstettner ein Kuratorium haben zur Vergrößerung der Mittelschule, die sogar ein Vermögen von S 1,600.000,- aus privaten Händen haben und dann natürlich, wenn das alles existiert, wird sich auch der Bund früher herbeilassen, etwas rascher zu handeln. Ich muß sagen, in Steyr ist immer der Fehler, daß von sich aus, von privater Hand aus, von der Gemeinde aus, zu wenig Initiative betrieben wird, um den Bund zu veranlassen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WALTER MOSER:

Herr Doktor, wenn wir ohnehin S 20 Mill. veranschlagt haben, ist das zu wenig?

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Das ist sehr zu begrüßen, das ist nicht zu wenig, sondern die Öffentlichkeitsarbeit fehlt, daß man etwas unternimmt um den Bund aufmerksam zu machen, daß etwas geschieht. Ich möchte nicht den Vorwurf machen wegen dieser S 20 Mill. Mit Geld allein kann man nichts machen, die öffentliche Meinung muß man dazu bringen, daß die Bevölkerung mittut.

Das fehlt in Steyr. In allen anderen Städten tut auch die Bevölkerung sehr viel. Deswegen lastet der Gemeinde soviel aufan finanziellen Lösungen und Ausgaben, weil die Bevölkerung zu wenig aktiv ist, aus sich selbst heraus zu wenig macht.

Nun zu einem sehr großen Kapitel, der Verkehrssituation in Steyr. Steyr kommt immer mehr, immer weiter weg von den Hauptverkehrslinien. Mehr und mehr fällt der Verkehr zurück. Ich möchte nur eines bemerken, was ich jetzt wieder in der Zeitung gelesen habe, und zwar war das in Graz bei der Eröffnung der Südautobahn, das Teilstück Graz - Wien. Da hat Minister Kozina erklärt, es ist ihm ein besonderes Anliegen, die Phyrnautobahn. Die Phyrnautobahn, die sich in Graz mit der Südautobahn treffen soll und Graz dadurch zu einem internationalen Zentrum des Verkehrs wird. Seinerzeit hat man gesagt, die Gemeinde Steyr ist schuld daran, daß die schlechte Zugverbindung - vor 50 oder 100 Jahren - gemacht wurde. Nun muß ich sagen, was Steyr zu wenig betont und das ganze Enns- und Steyrtal, das ist der Ausbau der Bundesstraßen im Bezirke Steyr. Ich möchte hier nur einige Zahlen nennen. Im Bezirke Kirchdorf hat der Bund in den letzten Jahren S 90 Mill. für den Ausbau der Phyrn- paßbundesstraße und Teilen der Steyrtal-Bundesstraße - soweit diese im Bezirk Kirchdorf ist - gegeben. Der Raum Linz ist mit einer Summe von S 400 Mill. bedacht. Was ist in Steyr? Da ist rein gar nichts geschehen, wir haben lediglich vage Zusagen. Der Herr Präsident des Züricher Verkehrsbüros hat in Steyr in der Arbeiterkammer erklärt, die Bundesstraßen in der Umgebung der Stadt sind eine Katastrophe, die Durchfahrten in Siernung und Sierninghofen sind unmöglich und wenn Sie von Steyr hinauskommen in einem Radius von 10 km so ist es viel besser. Nun wurde uns die Seifentruhen-

umfahrung versprochen, die von der Gemeinde vollkommen projektiert ist. Das Projekt wurde ausgearbeitet. Es wurde versprochen, daß heuer begonnen wird, es wurde gemunkelt, daß S 8 Mill. irgendwo auf dem Weg sein sollen und wenn Sie fragen, so wurde bis heute nicht einmal eine Grundablässeverhandlung eingeleitet. Wann wird dieses Projekt wieder verwirklicht werden? Es wird immer hinausgeschoben. Es wurde angedeutet, der Ausbau der Eisenbundesstraße kommt in den nächsten Jahren überhaupt nicht in Frage. Ich möchte noch einmal meine Aufmerksamkeit auf die Eisenbundesstraße wenden. Als Äquivalent zur Verbindung Graz - Wels über die Phyrn- paßbundesstraße ist die Eisenbundesstraße das Äquivalent der Verbindung Graz über Steyr nach Linz. Die kürzeste Verbindung, denn Sie wissen, daß das um 50 km kürzer ist. Ich möchte Sie nochmals bitten, dem Ausbau der Eisenbundesstraße ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Ich würde folgenden Vorschlag machen, daß man, um dieses Projekt wirklich mehr in die Öffentlichkeit zu bringen, einmal eine gemeinsame Sitzung der Gemeinderäte des gesamten Enns- und Steyrtales hier im Steyrer Sitzungssaal machen sollte. Wenn der Saal zu klein ist, so können wir eben zusammenrücken und stellen nur Sesseln auf.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Dann brauchen wir S 500.000,- Repräsentationskosten!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Nein, das kostet gar nichts.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WALTER MOSER:

Nur ein Arbeitsessen!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Auch das nicht. Ich meine nur, wir müssen mehr an die Öffentlichkeit gehen. Wir sind viel zu lax in dieser Beziehung, um auf diese Mißstände in Steyr hinzuweisen. Die Bevölkerung nimmt zu wenig Anteil daran. Es muß die ganze Stadt einmal aufgeputzt werden, was hier in Steyr alles fehlt. Ich meine nicht im krassen Sinn, sondern im geistigen Sinn, meine Herren. Ich glaube, daß ich so verstanden werde, wie ich es meine.

ZWISCHENRUF STADTRAT KINZELHOFER:

Das muß man dazusagen.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Also, meine Herren, es gibt soviele Dinge, die uns alle treffen, jeden Einzelnen und jeder Einzelne soll dahin wirken. Der Herr Nationalrat Mayr von Kirchdorf war bestimmt sehr rege, denn er hat die S 90 Mill. bekommen für seinen Bezirk. Steyr hat nichts bekommen.

Ich habe in einer Zeitung gelesen, daß Windischgarsten auf Grund des großzügigen Ausbaues der Phyrnbundesstraße - Sie wissen ja selbst, wenn Sie dort schon gefahren sind, da sind alle Gräben bereits überbrückt, die ganze Straße ist großzügig saniert und ausgebaut. Im Ennstal macht man im Jahr vielleicht 1 km, mehr nicht, wenn es überhaupt reicht.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Herr Doktor, die Durchfahrt in Windischgarsten ist auch nicht gut!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Nein, sie ist aber schon im Plan.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT JOHANN HEIGL:

Wir müssen das alles dem Bundesminister Kozina mitteilen!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Freilich müssen wir das. Dazu gehört eine große Versammlung der Volksvertreter. Ich möchte, weil Herr Kollege Dresl den Einwurf von Windischgarsten gemacht hat, erwähnen, das stimmt, aber die Umfahrung ist schon genehmigt. Windischgarsten hat aber trotzdem, obwohl die Umfahrung noch nicht ist, eine 11 %ige Steigerung des Fremdenverkehrs auf Grund des zügigen Ausbaues der Phyrnpaßbundesstraße. Hier im Ennstal haben wir keinen Aufschwung. Ich möchte auch sagen, daß uns die Steyrtalbundesstraße genauso betrifft. Nur wird sie dort von anderen betrieben, sodaß uns das zugute kommt. Denn die Steyrtalbundesstraße, das hat sogar Minister Kozina erwähnt, soll eine Verbindung darstellen zwischen der Westautobahn und der Phyrnautobahn, was natürlich auch nur zu unserem Vorteil sein kann. Auch diese Sachen müssen wir aufgreifen und mehr betreiben, wir müssen mehr Reklame machen für unsere eigenen Dinge, weil wir sonst unter anderen untergehen. Was Kirchdorf kann, wird doch Steyr auch zuwege bringen.

Zu den innerstädtischen Verkehrsproblemen. Sie wissen selbst, daß wir da arg im Rückstand sind. Ich möchte nur einen Blick auf das Steyrdorf machen. Es wurde schon viel geredet von Verkehrsregelung und ich glaube, eine modernen Einbahnregelung ist in Steyr nicht zu umgehen, es könnte auch wirklich wunderbar durchgeführt werden. Es hat nur einen Haken, warum es nicht geht und das ist die Abfahrt von der Sierninger Straße zum Wehrgraben. Da hat die Gemeinde Steyr vor Jahren ein Grund-

stück gekauft und bei dieser Gelegenheit habe ich das schon angeschnitten. Es handelt sich um das Grundstück Sierninger Straße 63, neben dem dort befindlichen Gasthaus. Dieses Grundstück liegt vollkommen brach und wenn man auf diesem Grundstück eine Schüttung macht - die gar nichts kosten muß, man braucht dort nur den Aushub der Häuserbauten, der Baumeister- und Abbrucharbeiten zu verwenden. Wenn man dann schräg eine Schüttung macht von der Sierninger Straße hinunter zur Direktionsbrücke, so hat man mit billigem Aufwand eine Fahrstraße und man kann dort die Einbahn hinunter oder herauf führen. Das ist ein Provisorium, das weiß ich, bis die Seifentruhe fertig ist, dann wird es leichter werden. Aber weil die Einbahnregelung immer an der Ampel gescheitert ist, das ist jetzt weg, weil die Ampel automatisch geht, die Sicherheitswache schaut nicht mehr, von wo der Verkehr her kommt und zweitens weil es geheißen hat, die Einbiegung von der Mittlere Gasse ist nicht möglich. Daher könnte man ruhig schräg über dieses Grundstück, das vollkommen brach liegt, eine Dammschüttung machen und dort den Verkehr hinunterführen. Es wäre eine einfache Lösung und ich glaube, die Entflechtung des Verkehrs in Steyrdorf wäre um 50 % besser.

Nun zu einem Hauptanliegen, der Hundsgrabenumfahrung. Sie wird oft diskutiert und hat zu vielen Meinungsverschiedenheiten geführt. Ich glaube, das ist das brennendste Problem in Steyr überhaupt. Wenn Sie einmal Gelegenheit haben zu den Stoßzeiten durch die Pfarrgasse zu fahren, dann würden Sie den Verkehr sehen. Die ganze Stadt Steyr würde so entlastet werden, wenn diese Brücke möglichst rasch fertig werden würde. Ich habe schon voriges Jahr erwähnt, es ist ganz egal, ob wir S 20 Mill. mehr aufnehmen, wenn wir dieses Bauwerk

schaffen. Dieses Bauwerk wird in jedem Jahr mindestens um 10 % teurer. Wir können daher ruhig diese Zinsen zahlen, weil wir noch billiger kommen und wir können den Verkehr rasch und flüssig abwickeln. Außerdem werden dadurch wieder viele Parkplätze geschaffen. Ich darf bitten, einen diesbezüglichen Antrag vorzubereiten, daß man das macht, weil sonst die Kosten wesentlich höher werden. Lieber um S 10 Mill. mehr im Budget, auch wenn es jetzt nicht drinnen ist, wir können uns als außerplanmäßige Ausgabe damit befassen. Aber ich glaube, daß hier ein Budgetansatz von S 20 Mill. nötig wäre und wir müssen die Brücke nächstes Jahr in Angriff nehmen und möglichst rasch und zügig fertig machen. Denn, wenn wir so weitertun, sind wir in 20 Jahren wahrscheinlich noch nicht fertig, so ähnlich wie mit der Eisenbundesstraße, wenn wir nur S 2 Mill. bewilligen, obwohl wir wissen, daß das 40, 60 oder 80 Mill. Schilling kostet. Daher ist es die wichtigste Aufgabe, daß wir großzügig sind. Ich bin für jede Ausgabe, die etwas Wirtschaftliches schafft, egal ob es S 1 Mill. oder S 100 Mill. sind. Wir ersparen uns viel Geld, wenn wir diese Ennsbrücke im Zuge der Hundsgrabenumfahrung in 2 Jahren anstatt in 10 Jahren machen. Bezahlen müssen wir sie sowieso. Es ist bei der heutigen Inflation des Geldes besser, diese Zinsen zu zahlen, das ist immer billiger als wenn wir das hinauszögern und jedes Jahr um 10 oder 15 % mehr Baukosten bezahlen.

In dieser Beziehung bitte ich, nicht kleinlich zu sein und ich bitte das Bauamt zu beauftragen, alles nur mögliche zu tun, damit das Projekt ehestens erstellt wird - dieses Projekt ist ja im Moment noch nicht einmal fertig - also ich glaube, das ist wohl eine der dringendsten Aufgaben, für die wir jede Verantwortung übernehmen können, wenn wir noch

soviel Geld dafür ausgeben, weil das bestimmt der Wirtschaft zugute kommt und wenn wir schauen, so sieht man, daß sich die Wirtschaft nur dort entwickelt, wo schöne Straßen sind und der Verkehr flüssig geht.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Darf ich nochmals um etwas mehr Ruhe und Konzentration bitten.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Etwas zur Rationalisierung. Die Rationalisierung sollte nicht nur die Ämter betreffen. Rationalisieren sollen wir auch im ganzen Leben der Stadt, z. B. im Vereinsleben. Wir haben viele Vereine, die eine Menge Geld kosten und subventioniert werden. Auch hier wäre eine Konzentration wirklich am Platz, um besser und billiger zu wirken.

Etwas, was ich wieder bemerkt habe bei den Taborbauten. Bei diesen Wohnbauten müssen so viele auswärtige Firmen beschäftigt werden, weil wir in Steyr nicht die nötigen Gewerbetreibenden besitzen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wo?

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Bitte, es ist mir bei den Zwettlerbauten aufgefallen. Den Fußboden bekommen sie von Salzburg und das andere von Linz usw.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT WALTER MOSER:

Das ist ja privat, denen können wir es nicht vorschreiben.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ich weiß, daß man es ihnen nicht

vorschreiben kann, ich meine nur, sie sind gezwungen, von auswärts Firmen heranzuziehen. Das ist je kein Vorwurf. Ich möchte nur erwähnen, daß wir in Steyr Gewerbetreibende brauchen, die initiativ sind, wir haben zu wenige. Ich weiß das selbst, ich habe bei der Firma Töpel ein halbes Jahr gewartet, bis man mir ein Pflaster gemacht hat. Wenn ich es woanders hätte machen lassen, so hätte ich es in 8 Tagen gehabt. Diese Sachen sind sehr schwerwiegend und dadurch kommt es auch, daß unser Steuereinkommen so niedrig ist. Wenn Sie betrachten, daß Steyr die höchste Einkommensquote pro Kopf hat und so tief herunter ist mit dem Steueraufkommen, so muß irgend etwas nicht stimmen.

Nun etwas, was ich dem Haushaltsbericht nicht entnommen habe, war das, was in eine ordentliche Gebarung hineingehört. Sie wissen alle, daß wir Darlehen aufgenommen haben und Darlehen für gewisse Dinge bewilligt haben. Nun finde ich nirgendswo diese Darlehenszinsenzahlungen bei den betreffenden Haushaltsposten aufscheinen. Ja, insgesamt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Schuldendienst!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Aber es wäre interessant, diese einzelnen Schulden bei dem Fall zu buchen, z. B. angenommen das Hotel Münchenholz, da dort jährlich S 500.000 Darlehenszinsen zu zahlen sind. Oder die GWG in der Vorfinanzierung S 5 Mill. oder so ähnlich.

Ein zweiter Punkt, den ich auch nicht finde, ist das Hotel Münchenholz. Das Hotel Münchenholz ist auch eine Ausgabenpost geworden, die nicht mehr so klein ist. Ich glaube, wir haben dort Ausgaben von einer halben Million Schillinge. Ich weiß nicht wie die Einnahmenseite hier aussieht. Viel-

leicht könnte man das doch in einer nächsten Sitzung machen, daß man einengenauen Bilanzplan dieser Städtischen Unternehmungen bekommt.

Die Haager Bundesstraße wurde uns ebenfalls versprochen. Es sind auch dort noch keine Grundablösen vorgenommen. Bitte, wir wollen hoffen, das das kommt, aber ich möchte nur eines abschließend sagen. Unser aller Aufgabe wird es sein, diesen Dingen wirklich - jeder Einzelne - die höchste Aufmerksamkeit zuzuwenden und vielleicht in einer gemeinsamen Arbeit, nicht in jeder Fraktion für sich sondern vielleicht einmal untereinander bei einer Sitzung diese Dinge - von mir aus nicht öffentlich - zu besprechen, um aus der Meinung jedes Einzelnen für die Allgemeinheit zu profitieren.

Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Gemeinderat Dr. Gärber für seine Ausführungen, und zwar danken deshalb, weil es ein Beitrag zur Auflockerung der Stimmung war. Darf ich die weitere Reihung der Gemeldeten vornehmen. Als Nächster spricht Herr Stadtrat Baumann, dann Gemeinderat Moser, Gemeinderat Gherbetz, Stadtrat Fürst und Wippersberger und Gemeinderat Heigl. In dieser Reihenfolge wird die Wortfolge aufgeteilt.

Es ist im Beitrag des Kollegen Dr. Gärber etwas enthalten, was mich veranlaßt, als Personalreferent etwas zu sagen.

Nur eine Aufklärung. Sie bekräftigen die Personalausgaben. Ich muß nur eines sagen, daß unsere Personalkosten nicht auf der Verwaltungsebene liegen. Dort ist eine Stagnation im Gange, ausgenommen die normalen Bewegungen, die jede Berufssparte mitmacht und damit auch die Gemeindebediensteten. Wenn ich darandente,

daß wir Aufgaben übernehmen, die eigentlich der Bund übernehmen müßte - ich denke hier an die Handelsschule und Handelsakademie, daß wir dort beinahe S 2 Mill. für Lehrpersonal aufwenden müssen und der Bund, also Finanzministerium und Unterrichtsministerium, nicht bereit sind, bis jetzt diese beiden Schulen in Bundesaufsicht zu übernehmen und vielleicht bereit wären, wenn wir eine ganz neue Schule mit einem Aufwand von S 30 - 40 Mill. errichten würden. Also wenn man das bedenkt, weiß man auch, daß uns Aufgaben aufgelastet werden, die wir natürlicherweise ausüben und erfüllen müssen, weil sie im Interesse der Schuljugend liegen. Wenn man bedenkt, daß wir allein für Kindergärten S 4,7 Mill. an Personalkosten aufwenden. Wenn wir nicht Kindergärten bauen und Kinderhorte und Tagesheimstätten hätten, wo die Kinder hingegeben werden von Frauen, die im Beruf stehen, dann würden wir in Steyr eine sehr triste Situation haben. Wenn wir im Altersheim nicht die Pflegestation aufbauen hätten müssen, würden wir heute nicht S 6 Mill. an Personalkosten haben. Das sind lauter Aufwendungen, die im Interesse der Steyrer Bevölkerung notwendig sind. Ich möchte ausdrücklich betonen, nicht auf der Verwaltungsebene liegen hier die Personalpositionen in der Kostensteigerung sondern in den Dienstleistungen, die im Interesse aller Steyrer unbedingt erforderlich sind. Das nur zur Aufklärung.

Ganz kurz noch ein Hinweis. Sie haben kritisiert, daß hier zu wenig diskutiert wird. Ich bin der Meinung, die Gemeinderatssitzungen der letzten Zeit haben sich wesentlich diskussionsfreudiger abgespielt, im übrigen sind ja dazu die Ausschüsse berufen, um dort die einzelnen Fragen zu diskutieren und zu besprechen. Ich glaube daher, daß diese Kritik bestimmt nicht am Platz ist.

Darf ich nun in der Sitzung weitergehen und als Nächsten Herrn Stadtrat Baumann das Wort erteilen.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn der Herr Bürgermeister zum Budget ausgeführt hat, daß wir von Bund und Land nicht so bedacht werden wie es sein sollte, möchte ich folgendes sagen und ich bitte Herrn GR Holzinger, aufzupassen, In Steyr besitzen wir 11 Kindergärten, 3 Horte und 3 Tagesstätten. Herr Vizebürgermeister Weiss hat schon ausgeführt, wir haben 70 Personen derzeit beschäftigt - es schwankt immer zwischen 68 und 70 - und Sie können sich vorstellen, was das Personal kostet. Es wurde hier schon ausgeführt, daß die Personalkosten im Jahre 1969 ca. S 4 Millionen betragen und im Jahre 1970 auf S 5 Mill. ansteigen werden, und wenn ich jetzt ausführe, daß das Land Niederösterreich die Personalkosten von sich aus bezahlt, so würde meine Bitte an den Herrn Bürgermeister gehen und auch an die Fraktion der ÖVP mit dem Land Rücksprache zu halten - mit Herrn Landeshauptmann - daß es möglich wird, daß auch die Personalkosten für unser Personal für die Kindergärten vom Land bezahlt werden. Sie wissen genau, daß es notwendig ist, weitere Kindergärten zu bauen, weil die Leute doch mehr und mehr übergehen, zu zweit beschäftigt zu sein und müssen, weil die Wohnungen - das wurde schon ausgeführt - nicht billig sind und bei verschiedenen Verdiensten es notwendig ist, daß beide beschäftigt sein müssen. Ich möchte zu den Ausführungen des GR Dr. Gärber und zu Ihren Ausführungen etwas sagen. Ich bin kein Vertreter des Personals, das macht Herr Vizebürgermeister, aber auf der einen Seite hört man, daß Bund und Land viel weniger

beim Personal bezahlen als die Gemeinde, aber auf der anderen Seite hört man von Gemeinderat Dr. Gärber, daß wir zuviel zahlen. Ich möchte nur etwas erwähnen, weil man Linz oder Graz anzieht. Ich lade Dich, lieber Gemeinderat ein, hinaufzukommen zu uns auf das Wohlfahrtsamt und die Arbeit zu sehen, was das Personal leistet. Ich kann mich nicht überzeugen, was das andere Personal leistet, das kann ich nicht, dafür ist ein Referent vorhanden. Aber ich bin schon der Meinung, daß das Personal in unserer Gemeinde seine Arbeit leistet. Wir als sozialistische Fraktion, wir halten bestimmt mehr Sitzungen ab als andere Fraktionen, bekommen vom Personal immer wieder sämtliche Unterlagen, die wir für unsere Arbeit brauchen. Das wollte ich dazusagen.

Zu Herrn Gemeinderat Holzinger möchte ich folgendes sagen. Wenn er unseren Landesrat Enge so lobt, so würde ich ihn bitten, bei der ÖVP-Wählerversammlung ihn so zu loben, wie er es hier in der Gemeinde gemacht hat. Ich hoffe, daß wir wieder einige Stimmen dazubekommen, die wir sicher brauchen.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Mit dem Loben bin ich nicht einverstanden, ich wollte nur hervorheben, daß er mitarbeitet.

STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Abschließend möchte ich sagen, es gehört viel Vernunft dazu, dem Budget zuzustimmen und wenn die Sozialisten manchem Budget zugestimmt haben, dann bin ich mir bewußt, daß das eine politische Vernunft der Sozialisten gewesen ist. Ich würde mir wünschen, daß im Gemeinderat Steyr dieselbe Vernunft herrschen würde wie beim Land.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für den Beitrag des Kollegen Baumann. Nun Herr Gemeinderat Moser!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Werter Gemeinderat!

Der Bericht des Herrn Bürgermeisters als Finanzreferent zum Budget 1970 sowie die bisherige Diskussion hierzu, verläuft etwas anders als dies in früheren Jahren der Fall war. Ursache ist die verschlechterte Finanzlage der Gemeinde, die sie zwingt, will sie ihren Aufgaben gerecht werden, Darlehen aufzunehmen und dadurch immer mehr in Verschuldung gerät. Es geht aber nicht nur der Gemeinde Steyr so. Wenn man die Budgetberatung der Gemeinden Linz und Wien verfolgte, so war dasselbe Dilemma festzustellen. Die Finanzreferenten beider Städte, besonders Vizebürgermeister Slavik, als Finanzreferent der Gemeinde Wien, verwies in längeren Ausführungen darauf, daß es die Bundes-Finanzpolitik insbesondere das Finanzausgleichsgesetz sei, durch das die Gemeinden so schwer geschädigt werden. Slavik stellte fest, daß die Gemeinden in den letzten Jahren bis jetzt um S 1,7 Milliarden geschädigt wurden.

Als ich zum Budget des vergangenen Jahres 1969, bei welchem schon die Tendenz der Notwendigkeit immer mehr Darlehen aufzunehmen deutlich sichtbar war, dieselbe Feststellung machte, daß es die Finanzpolitik des Bundes sei, die die Gemeinden zwingt, immer mehr Schulden zu machen, rief mir Vizebürgermeister Weiss ein "zur Sache bitte" zu. Herr Vizebürgermeister Weiss scheint zumindest im Vorjahr der Ansicht gewesen zu sein, daß das Aufzeigen der Ursachen der Finanznot der Gemeinden nicht zur Sache einer Budgetberatung der Gemeinden gehört. Die Ausführun-

gen des Wiener Finanzreferenten Herrn Slavik, der ohne Zweifel als Kenner, sowohl der Finanzpolitik des Bundes als auch der Gemeinden anzusehen ist, dürften, so hoffe ich, auch Vizebürgermeister Weiss überzeugt haben, daß zwischen Bundesfinanzpolitik und der Finanzlage der Gemeinden, ein nicht zu leugnender Zusammenhang besteht. Es gehört deshalb durchaus zur Sache, Herr Vizebürgermeister, wenn man bei der Budgetberatung diese Zusammenhänge, die sich so negativ für die Gemeinden auswirken, aufzeigt.

Interessant dabei ist allerdings, daß es gerade der sozialistische Bürgermeister Slavik war, der dem Städtebund empfohlen hat, dieses Finanzausgleichsgesetz, das die Gemeinden so schwer schädigt, anzunehmen.

Ich muß auch feststellen, daß die Finanzpolitik des Bundes, nicht nur den Gemeinden die Mitteln entzieht, ihren sozialen Aufgaben gerecht zu werden, sondern daß sie durch diese Politik eine unerhörte Verteuerung, nicht nur der Grundnahrungsmittel wie Brot, Milch; Mehl usw. herbeigeführt hat, sondern daß fast alle Bedarfsartikel, die zur Führung eines Haushaltes notwendig sind, verteuert wurden und weitere Preissteigerungen in Auswirkung dieser Finanzpolitik des Bundes bevorstehen und damit der arbeitenden Bevölkerung, den Lohn- und Gehaltsempfängern, unerhörte Lasten auferlegt werden und dadurch ihren Lebensstandard schmälert. Da wollen Sie uns heute, Herr Kollege Holzinger, als ÖVP-Vertreter weismachen, daß die Gemeinde durch schlechtes Wirtschaften in Schulden geraten ist.

Ich muß noch auf die asoziale Finanzpolitik des Bundes, also der ÖVP-Alleinregierung verweisen, die, nicht wie Bundeskanzler Klaus bei Regierungsantritt sagte, eine Politik für alle Österreicher machen werde, sondern sie hat bewußt eine Klassenpolitik zugunsten der Besitzenden und zum Nachteil der Arbeiterklasse gemacht.

Ich will an Hand einiger Beispiele ihre Steuerpolitik beweisen. Es sind dies die "Massensteuern", die eine wesentliche Steigerung erfahren haben, während die Besitzsteuer zur selben Zeit bedeutend verringert wurde. Einige Beispiele hiezu: In den ersten 10 Monaten nahm der Finanzminister aus der Lohnsteuer 6.794 Mill. Schilling ein, gegenüber 5.600 Mill. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das sind nicht weniger als 1.188 Mill. oder 21 % mehr als im vergangenen Jahr. Die Sonderabgaben vom Einkommen, das ist das Notopfer zur Sanierung des Bundes, brachte 1.266 Mill. ein, von denen der weitaus größte Teil gleichfalls aus den Taschen der Arbeiter und Angestellten gezogen wurde. Zur selben Zeit sind die Steuereinnahmen aus der Besitzsteuer bedeutend gesenkt worden. Auch hiezu einige Ziffern: Die Einkommensteuer der Selbständigen, die im Vorjahr 5.388 Mill. aufwies und im Budget für diese Zeit mit 5.910 Mill. veranschlagt worden ist, brachte bloß 4.827 Mill. ein. Sie erreicht somit nicht nur nicht die Summe, die im Budget vorgesehen ist, sondern sie liegt sogar weit unter dem Vorjahrs-ergebnis. Die Mindereinnahmen betragen 561 Mill. oder 10 % gegenüber dem Budget vom Jahre 1968.

Damit ist unter Beweis gestellt, daß sowohl die Gemeinden, wie Arbeiter und Angestellte, durch die Bundesfinanzpolitik schwer geschädigt wurden und werden. Die Armen wurden ärmer, die Reichen reicher. Dazu kommt, daß während der Regierungszeit der ÖVP die Bauskandale mit ihren in die hunderte Millionen gehenden Schiebungen vorgekommen sind, ohne daß eine entsprechende Bestrafung der Schuldigen vorgenommen worden wäre.

Zum Gemeindebudget will ich folgendes sagen: "Wir sind als Kommunisten in der Kommunalpolitik grundsätzlich dafür eingetreten, daß die Lösung sozialer Fragen, soweit sie in den Tä-

tigkeitsbereich der Gemeinde fallen, vordringlich einer Lösung zugeführt werden sollen. Im Vordergrund stand in der ersten Nachkriegszeit, neben der Nahrungsmittelversorgung damals und heute noch der Bau von Wohnungen, Schulen, Kindergärten, Kinderhorten und Altersheimen, die den modernen Erfordernissen von heute entsprechen und dem Menschen in jeder Entwicklungsstufe das geben, was ihm vom sozialen Standpunkt aus gesehen zukommt. Wir haben zu allem unsere Zustimmung gegeben, was zum Aus- und Aufbau eines gut funktionierenden modernen Gemeinwesens gehört. Straßenbau, Wasserversorgung usw.

Wir waren in vielen Fragen die vorwärtsdrängende Kraft, die ihren Blick in die Zukunft richtete. Es ist in Steyr sicherlich eine erfolgreiche Aufbauarbeit, auf jenen Gebieten vor sich gegangen, die ich vorhin zitiert habe. Die steinernen Zeugen hiefür sind vorhanden. Ebenso sicher ist aber auch, daß manche Fragen zurückgestellt wurden, die besser schon früher hätten in Angriff genommen werden müssen. Wie beispielsweise die Inangriffnahme des Baues von Umfahrungsstraßen, der Bau von Brücken etc. Ohne Zweifel hätten damals schon trotz noch vorhandener reichlicher Mittel Darlehen zur Durchführung solcher Projekte aufgenommen werden müssen. Was zu dieser Zeit noch leichter und zu günstigeren Bedingungen möglich gewesen wäre. In dieser Hinsicht sind sicher in der Vergangenheit Versäumnisse vorgekommen, die heute unter finanziell schwierigen Bedingungen durchgeführt werden müssen. Schulden zu machen, auch wenn es gegolten hätte wichtige Zukunftsprojekte in Angriff zu nehmen, war der damalige Finanzreferent der Gemeinde nicht bereit. Er hatte den Ehrgeiz, nach seinem Abgang eine schuldenfreie Gemeinde zu hinterlassen. Ein schöner Grundsatz, aber zur gegebenen Zeit unwirtschaftlich. Ich

nannte diesen Akt der Finanzpolitik ein kleinliches Strumpfsparen für den Gemeindegeldbeutel in einer Zeit, wo jährlich eine Geldentwertung von 3 - 4 % vor sich ging. Der Finanzreferent erklärte jedoch ganz ernstlich, meine Herren, wenn Sie Schulden machen wollen, müssen Sie sich einen anderen Finanzreferenten wählen. Unsere Auffassung von damals bezüglich der Finanzierung zukunftssträchtiger Objekte durch Darlehen ist heute, soweit ich das feststellen kann, zur gemeinsamen Auffassung des Gemeinderates geworden. Damals stand ich allein auf weiter Flur. Diese Entwicklung hat gezeigt, daß unser Standpunkt richtig war. Aber es geht uns nicht darum, daß wir recht behalten haben, sondern daß immer wieder in der Gemeinde initiativ gearbeitet werden soll.

Ich möchte mich nicht länger bei einzelnen Posten des ordentlichen Haushaltes aufhalten. Wir wissen, das sind Pflichtausgaben, die unvermeidbar sind um das ganze Getriebe aufrecht zu erhalten.

Es ist meiner Auffassung nach im wesentlichen Sache der Magistratsverwaltung, ihrer Leitung obliegt es, darauf zu sehen, daß sparsam gewirtschaftet wird, darauf zu sehen, daß soweit es möglich ist, die Verwaltung rationalisiert wird, soweit es die Mittel zulassen, technisiert wird. Bitte bei größeren Betrieben wird heute mit Computern gearbeitet, vielleicht wird einmal die Zeit kommen, daß sich auch die Gemeindeverwaltung damit beschäftigen wird müssen, wobei allerdings es auch rechnerisch gut zu überlegen ist, denn es können auch Fehlrationalisierungen gemacht werden und es kann unter Umständen auch der Computer das nicht bringen, was erhofft wird. Aber wie gesagt, es ist Sache der Verwaltung, auf dem Gebiet des ordentlichen Haushaltes zu trachten, so sparsam wie möglich vorzugehen. Ich möchte nun zu einzelnen Posten des außerordentlichen Haushaltes meine

Meinung sagen.

Im Vorjahr - das wurde auch von Herrn Bürgermeister erwähnt - haben wir S 12 Mill. für Wohnbauten eingesetzt gehabt und S 5 Mill. wurden gewissermaßen verbraucht. Das hat sich natürlich auch in einer geringeren Bautätigkeit ausgewirkt. Das ist klar. Wir konnten der Bevölkerung, obwohl immer noch über 2.000 Wohnungssuchende sind ...

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD
KINZELHOFER:
3.000!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
... oder schon 3.000, das weiß ich momentan nicht, nicht die Anzahl von Wohnungen bereitstellen, die notwendig gewesen wäre. Wir werden das viele Jahre voraussichtlich noch nicht tun können. Es wurde gesagt, diese bereitgestellte Summe konnte deshalb nur in so geringem Ausmaß zur Verfügung gestellt werden, weil die Anteilszuweisungen von Bund und Land nicht mehr ausmachten. Hier muß ich schon kritisch die Frage aufwerfen, soweit ich weiß, ist das neue Wohnbauförderungsgesetz von der Bundesregierung dem Land zur Durchführung übertragen worden, das darüber noch Durchführungsverordnungen auszuarbeiten hatte und gewissermaßen auch über die Zuteilungen zu entscheiden hat. Wenn ich nicht irre - ich lasse mich berichtigen - ist der Referent darüber Herr Landesrat Friedl, ein Parteifreund der Mehrheit des Hauses, ein sozialistischer Abgeordneter, und man müßte schon annehmen, daß er seinen Einfluß geltend macht, daß eine Industriestadt wie Steyr doch mehr Anteile zugewiesen bekommt, um ihr Wohnbauprogramm durchführen zu können. Vielleicht wäre ein energischerer Druck durch die Mehrheit der Steyrer Stadtverwaltung doch zweckdienlich gewesen, um diese Sache mehr zu fördern. Ich

glaube, das müßte doch beachtet werden, weil gerade die Bautätigkeit nicht nur neue Wohnungen schafft, sondern auch das ganze Wirtschaftsleben belebt. Bautätigkeit fördert bekanntlich das gesamte Gewerbe. Es gibt kaum einen Zweig des Gewerbes, der dadurch nicht Beschäftigung findet. Herr Kollege Holzinger hat heute einiges vorgebracht, wie er sich das vorstellt. Ich glaube, es wäre im Interesse unserer Stadt gelegen gewesen, wenn beide Fraktionen, SPÖ und ÖVP, die hier im Gemeinderat sowie in diesem Landesausschuß ihre Vertreter haben, sich gemeinsam energisch für die Zuweisung von mehr Anteilen für den Bau von Wohnungen in Steyr eingesetzt hätten. Ich frage, warum wurde von Seiten der Mehrheitsfraktion im Hause nicht ein größerer Druck auf die Landesregierung ausgeübt, ebenso auf die betreffenden Ausschüsse, um mehr Anteile zur Verfügung gestellt zu bekommen? Ich habe nur nebenbei die Äußerung des Herrn Kollegen Holzinger bemerkt, daß der Herr Landesrat Enge gewissermaßen sehr brav mit der ÖVP mitgestimmt hat und kann das nicht als Verdienst auffassen. Als Sozialist hätte er mehr für die Interessen unserer Gemeinde eintreten sollen, selbst wenn man es als Bevorzugung betrachtet hätte. Alle wissen, wie wir darunter leide, wenn wir die Bautätigkeit einschränken müssen.

Zur nächsten Sache, zum Schulwesen. Herr Bürgermeister hat schon mit Recht erwähnt, daß wir in der Vergangenheit, in den letzten Jahren viel geleistet haben. Wir haben auch Baugrund für das Gymnasium usw. zur Verfügung gestellt. Der Bund hat sich bis jetzt nicht gerührt. Der Bund stellt immer weitere Forderungen, was er noch bekommen soll, damit er bereit ist, mit dem Bau zu beginnen. Auch hier glaube ich wäre es notwendig, daß die Vertreter beider Fraktionen bei der Bundesregierung intervenieren

müßten, denn hier in der Gemeinde sprechen die Vertreter beider Fraktionen dafür und kritisieren mit Recht, daß der Bund nichts macht. Sie haben Ihre Vertreter in der Regierung sitzen, meine Herren der ÖVP. Wenn es Ihnen ernst darum zu tun ist, daß in Steyr mehr geschieht, dann intervenieren Sie bei Ihren Vertretern in der Regierung.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT JOHANN HOLZINGER; ING.:

Im kommenden Schuljahr soll mit dem Gymnasium begonnen werden.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Die Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Ehe nicht begonnen wird, können wir es nicht glauben. Aber wir nehmen es mit Freude zur Kenntnis, wenn wir sehen, daß begonnen wird. Ich sage es ist genauso Eure Aufgabe wie die Aufgabe der Vertreter der SPÖ bei der Regierung etwas mehr Druck dahinter zu setzen, daß die Sache in Angriff genommen wird. Weil es mir gerade einfällt, die Sache der Eisenbundesstraße. Seit Jahren - ich bin lange genug hier - weiß ich, daß die von Herrn Dr. Gärber aufgezeigte Frage der Eisenbundesstraße hier nicht erst heute aufgeworfen wurde, sondern daß es auch in den vergangenen Jahren der Fall war. Kollege Landesrat Enge ist hier gesessen und hat als Stadtrat dieselbe Frage erhoben. Dann ist er Abgeordneter zum Nationalrat geworden und während seiner ganzen Tätigkeit - das ist mir aufgefallen, ich verfolge das sehr genau - hat er einmal im Parlament über die Notwendigkeit des Ausbaues der Eisenbundesstraße gesprochen. Das scheint alles gewesen zu sein. In den letzten Tagen habe ich gelesen, daß der Herr Prof. Radinger, heute Abgeordneter zum Nationalrat, ebenfalls eine Anfrage an den Bautenminister Kozina gestellt hat, wie lange und warum die

Eisenbundesstraße noch immer nicht ausgebaut und noch immer benachteiligt wird mit Anteilszuweisungen. Das ist gut und nützlich, aber ich bin der Meinung, daß das nicht nur einmal im Laufe einer Funktionsperiode als Abgeordneter geschehen soll, sondern daß man die Herren bis zum Überdruß bearbeiten muß. Wir sehen es selbst in der Gemeinde, daß von der Mehrheit des Hauses manche Sache, die schon beschlossen wurde, ihrer Meinung nach noch nicht durchführbar ist und zurückgestellt wird. Da ist es notwendig, daß die Oppositionsparteien darauf drücken, daß das, was sie für notwendig finden, durchgeführt werde. Das ist eine Sache, die einem manchmal fast unangenehm ist, wenn man dauernd von Kleinigkeiten sprechen muß, wie es seinerzeit war, als ich wiederholt die Notwendigkeit der Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem Friedhof aufgezeigt habe. Im vergangenen Jahr hat das Vizebürgermeister Petermair gemacht. Jetzt ist es schon als ein Fortschritt zu bezeichnen, daß im außerordentlichen Haushalt ein Ansatz von S 200.000,- für diesen Zweck vorgesehen ist. Das zeigt, man muß einen gewissen Druck ausüben und immer wieder das mahnende Gewissen sein, um die Mehrheit des Hauses aufzurütteln, um ihr zu sagen, welche Objekte vordringlich zur Durchführung kommen müßten. Es geht ja nicht um die Forderung eines Einzelnen. Der Herr Bürgermeister hat in der richtigen Erkenntnis in seinen Ausführungen gesagt, daß ihm bewußt ist, daß der einzelne Gemeindevertreter, wenn er auch einer Oppositionspartei angehört, das nicht aus Böswilligkeit sagt, sondern weil an ihn die Wünsche der Bevölkerung herangetragen werden und es seine Pflicht ist, diese zum Vortrag zu bringen.

Noch einmal zur Schulfrage zurückkommend. Es ist heute gesagt worden, daß im Steyrer Gemeinderat

manchmal über Projekte und Pläne diskutiert wurde, so daß es den Anschein erweckte, als ob solche besprochene Projekte in allernächster Zeit zur Durchführung kommen sollten. Auf einmal aber wird es still um solche Projekte, sie fallen der Vergessenheit anheim. Ich möchte jetzt auf so ein der Vergessenheit anheimgefallenes Projekt zurückkommen, es in Erinnerung bringen, weil es mir und vor allem für Steyr aktuell erscheint.

Es ist das Projekt der Errichtung eines Berufsschulzentrums in Steyr. Es wurde vor mehrerer Jahren wiederholt sehr eingehend besprochen und ich glaube auch beschlossen worden, sich an die Landesregierung zu wenden, damit sie die Bestrebung der Gemeinde Steyr, ein Berufsschulzentrum zu schaffen, unterstützen und die notwendige Hilfe angeheißen lassen.

Ich glaube, daß dieses Projekt es Wert ist, von der Gemeinde neuerdings aufgegriffen zu werden und es einer Verwirklichung zuzuführen. Denn noch immer steht das Problem, daß viele Steyrer Lehrlinge der verschiedenen Branchen nach auswärts fahren müssen, um ihre schulische Weiterbildung durchführen zu können.

Das belastet die Lehrlinge, besonders aber die Eltern finanziell sehr schwer, da sie für die Kosten dieser nach auswärts fahrenden Lehrlinge und deren Aufenthalt aufkommen müssen.

Nun zu unserem Straßenausbau und zur Straßenpflege. Da möchte ich gleich vorwegnehmen, daß es eine mit Absicht oder ohne Absicht - das weiß ich nicht - Straße gibt, deren Verlängerung jetzt gepflegt wird im Zusammenhang mit dem Ausbau der Verkehrsstraßen und das ist die Haratzmüllerstraße. In der letzten Zeit, wo die Schneefälle gewesen sind - ich bin gestern und vorgestern nicht mehr durchgegangen, aber einige Tage vorher, da konnte man fast nicht gehen.

Das ist - wie heute schon der Ausdruck gefallen ist - schon fast, obwohl es mitten in der Stadt ist, ein Karrenweg, man fällt von einem Schneeloch in das andere. Die Straße wurde bisher nicht geräumt. Auch dort sind Geschäfte. Ich betrachte mich nicht als Vertreter der Geschäftswelt, aber es gehen dort auch viele Arbeiter und Angestellte einkaufen, die dort einfach nicht vorwärts kommen können. An und für sich ist die Pflasterung dort nicht sehr gut. Es ist zu stark bombiert und holprig, meiner Ansicht nach, und jetzt kommen die Schneemassen noch dazu. Ich möchte appellieren, daß man solche Straßen auch einer Pflege unterzieht. Ebenso halte ich es für notwendig, auf den Fischhubweg aufmerksam zu machen. Ich mache das schon eine Reihe von Jahren. Früher wurde ich von dem dort unten wohnenden Kollegen Hochmayr unterstützt, weil er es auch gesehen hat, da es vor seiner Türe war und weil dort die Bewohner an uns herangetreten sind und gesagt haben, wozu sitzt ihr denn im Gemeinderat, seht ihr denn das nicht? Dieser Fischhubweg ist auf der einen Seite Rutschterrain, das auf den Grund der Siedler hinuntergeht und fast Jahr für Jahr müssen diese einen Viertelmeter ihres Grundes wegen Rutschgefahr abtreten, das wird dann vom Bauamt abgeplankt. Wenn man noch weiter abplankt, kann kein Fuhrwerk mehr durchfahren. Glücklicherweise war in den letzten Jahren kein Hochwasser. Wenn es Hochwasser gibt, ist dieser Weg der einzige - will man nicht einen riesigen Umweg machen - auf dem die Arbeiter und Angestellten trockenen Fußes in den Betrieb gehen können.

Zur Errichtung von Sportplätzen, also zur körperlichen Ertüchtigung. Ich bin immer für die Errichtung von Sportplätzen und für die Gesundheitspflege der Menschen eingetreten. Ich glaube wir alle wissen, wenn es auch

heute noch nicht zur Sprache gekommen ist, daß in der Vergangenheit und daran hat sich nichts geändert, jedes Jahr größere Mittel für die Sportanlage auf der Rennbahn aufgewendet werden mußten. Vielleicht war es notwendig. Es ist schon in heiterer, humorvoller und auch in ernster, erbitterter Weise von verschiedenen Fraktionen auf diese Summen hingewiesen worden. Jahr für Jahr müssen S 100.000,- für den Ausbau des Sportplatzes auf der Rennbahn ausgegeben werden.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:
Alle Jahre wieder!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Ja, alle Jahre wieder und vielleicht ist es bei gewissen Sparten notwendig zur Instandhaltung. Aber dort wird scheinbar Jahr für Jahr ein Stück gemacht. Ich habe zu wenig Zeit gehabt, mich eingehend dafür zu interessieren. Aber es fällt unangenehm auf. Es gibt jedenfalls das Recht zur Kritik. Ich möchte im Zusammenhang mit der Errichtung des neuen Sportplatzes Ennsleite folgendes sagen:

Wenn auf der Ennsleite ein Sportplatz neu angelegt wird, wäre es gut, wenn man einen wirklichen Fachmann, der auf diesem Gebiet Erfahrung hat, damit beschäftigt, um uns in Zukunft so kostspielige jährliche Zuschüsse zu ersparen, wie das auf der Rennbahn geschieht. Es sitzt hier Herr Stadtrat Wallner, der Vorsitzender des Bauausschusses ist. Vielleicht könnte man intern einmal in einem Ausschuß über diese Dinge reden.

Ich hätte noch einen Wunsch - wie alle Jahre - für die Siedlung Klein aber Mein. Es ist glücklicherweise die Telefonzelle geschaffen, es fährt der Autobus, aber er fährt an zu wenigen Tagen. Es ist wirklich der Wunsch vieler Bewohner schon länger hindurch an mich herangetragen worden, auch an einem Dienstag - also 3

mal in der Woche - einen Autobus dort hinaufzuführen. Ich weiß nicht, ist der bisher eingeteilte Turnus ein Provisorium, um auszuprobieren, wie weit das notwendig oder ertragreich ist? Mir wurde gesagt, daß an Samstagen der Autobus weniger frequentiert ist, weil die Männer zuhause sind und mancher mit seinem PKW seine Frau in die Stadt hinunterfährt. An den sonstigen Tagen sind die Autobusse sowohl hinunter als hinauf überbesetzt und es wäre der Wunsch, daß man den Autobus ein drittes Mal einschalten möge, sodaß Dienstag, Donnerstag und Samstag je eine Fahrt gemacht werden soll.

Weil ich schon bei der Autobusfrage bin, möchte ich vorschlagen, eine Tarifreduzierung vorzunehmen, um den Verkehr mehr zu forcieren, die Frequenz der Benützung zu steigern. Nicht immer ist die Erhöhung eines Tarifes das Allheilmittel um etwas aktiv zu gestalten. Wenn niedrigere Fahrpreise existieren, dann ist die Benützung ohne Zweifel eine größere, die Anziehungskraft eine größere. Ich will sagen, es möge sich der Herr Kollege Kinzelhofer als Referent doch etwas bemühen, eine Durchrechnung vornehmen zu lassen, um eine Reduzierung des Fahrpreises, wenn schon nicht für alle so zumindest für Pensionisten und Kinder, durchzuführen. Wien hat doch auch jetzt eine Tarifermäßigung für Fahrten auf der Straßenbahn für Pensionisten durchgeführt, unter bestimmten Voraussetzungen. Die Bundesbahn hat jetzt ähnliches gemacht, obwohl es bis zu einem gewissen Grad Schaumschlägerei ist. Beispielsweise, was für sehr viele Steyrer und umgekehrt auch für die Linzer in Frage käme, eine Fahrt Steyr Linz und umgekehrt. Da nützt diese 50 %-Ermäßigung für die Pensionisten gar nichts, denn bis Linz sind es keine 50 km. So muß der Pensionist den vollen Fahrpreis weiterhin bezahlen. Ich würde beantragen, daß eine ernst-

liche Durchrechnung der Tarife vorgenommen wird, um wenn möglich eine Ermäßigung des Tarifes vorzunehmen. Ich möchte sagen, es gibt noch viele kleine Wünsche, aber es wurde auch eine Reihe im Vorjahr vorgetragener Wünsche im Laufe dieses Jahres erledigt. Münchenholz usw.

Es ist heute von Herrn Dr. Gärber angeschnitten worden, daß er es gerne sehen würde, wenn die Trennung der GWG von der Gemeinde durchgeführt werden würde. Ich muß offen sagen, ich bin der Meinung, daß die bisherige Budgetierung der GWG beibehalten werden soll, wenn auch ohne Zweifel auf Kosten der Gemeinde sich dadurch billigere Mieten ergeben. Aber es ist letzten Endes jede Gemeinde verpflichtet, für das Gemeinwohl - wie ich es vorhin schon gesagt habe - etwas zu tun. Das ist eben gewissermaßen - auch wenn die Gemeinde nur eine 1 %ige Verzinsung verlangt, anstatt was sie selbst bezahlen muß, unter Umständen für Darlehen 6 bis 7 % oder mehr - der Sozialbeitrag für die Mieter, den hier die Gemeinde leistet und ich bin der Meinung, daß das beibehalten werden soll, wobei man sich, wenn es andere, bessere Wege gibt, die nicht auf Kosten der Mieter gehen, darüber den Kopf zerbrechen soll. Das möchte ich gesagt haben, das ist mein Beitrag zur Budgetberatung. Ich werde für den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt stimmen.

Ich möchte abschließend allen Mitarbeitern, allen Angestellten, Arbeitern und Beamten der Gemeinde gute Feiertage wünschen und ein gesundes, erfolgreiches Neues Jahr.

Selbstverständlich auch den Herren des Präsidiums usw.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Es hat sich, wenn die bereits Gemeldeter

einverstanden sind, Herr Stadtrat Kinzelhofer gemeldet, um zu den Ausführungen über die Städtischen Unternehmungen eine Erklärung abzugeben.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Zur Waldrandsiedlung. Wir sind daran interessiert. Wenn die Frequenz wirklich so stark ist wie Sie sagen, werden wir prüfen, ob auch Dienstag die Möglichkeit besteht, einen Autobus einzuschalten.

Zur Tarifregulierung, Herr Gemeinderat Moser, möchte ich festhalten, daß das Jahr 1968 mit dem niedrigen Tarif mit S 500.000,- Abgang abgeschlossen hat bei den Verkehrsbetrieben und Sie genau die Gründe kennen, warum wir eine Tarifierhöhung durchführen mußten. Personalkosten, Anschaffung eines Autobusses, weil wir einen verhältnismäßig veralteten Fuhrpark haben, das sind die Gründe. Ich weiß nicht, ob das der richtige Weg ist, den Sie hier vorschlagen. Betreffs der Pensionisten, Herr Kollege Moser, ich kann Ihnen nicht helfen, Sie sind damit nicht der Erste, Sie können das nicht für sich in Anspruch nehmen.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Das habe ich auch nicht behauptet, aber ich habe es hier im Gemeinderat als Erster vorgebracht!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Diese Frage ist schon an uns herangetragen worden und muß erst überprüft werden. Du hast selbst gesagt, daß diese Bedingungen, die gestellt wurden zu den Fahrpreisermäßigungen nur in der Zeitung stehen. Die Wirklichkeit schaut anders aus und ist selbstverständlich auch eine Kostenrechnung. Das war die Antwort an Kollegen Moser.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke für diese Aufklärung. Damit kommen wir zur weiteren Reihung der bereits Gemeldeten.

Es spricht als Nächster Gemeinderat Gherbetz!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Mein Fraktionskollege hat sich ja bereits eingehend mit dem Budget 1970 befaßt und mir obliegt es jetzt noch, einzelne Teile herauszunehmen.

Kollege Moser hat gerade erwähnt, eine Teilung der GWG würde er nicht für gut heißen. Wir haben uns auch Gedanken darüber gemacht, ob es gut ist oder nicht. Wir sind dann zur Überzeugung gekommen, daß wir uns gesagt haben, es bleibt ja in der Hand der Gemeinde, es soll lediglich ein Wirtschaftskörper werden, so wie Städtische Unternehmungen usw., die heute bereits im Rahmen der Gemeinde sind. So war es gedacht. Wir haben uns nur vorgestellt, daß, wenn man ein Unternehmen praktisch straff führen kann, es besser ist, als wenn man einen Beamtenapparat, der gerade Zeit hat, damit beauftragen muß, diese Arbeit zu tun und dann die gesamte Arbeit in die Breite gestreut wird. Das war der Gedankengang zur GWG. Nachdem ich bereits bei der GWG bin, habe ich hier auch einige persönliche Meinungen, und zwar bin ich der Meinung, man muß sich mit der Materie der GWG wirklich eindeutig befassen, denn ich glaube, mit einer Studienreise allein wird man wohl kaum das Auslangen finden. Ich bin vielmehr der Ansicht, die Vergnügungsreise hätte man sich sparen können, noch dazu, wo wir auf Grund unserer finanziellen Lage gezwungen sind, manche Einschränkung in Kauf zu nehmen, zumindest was die Stärke der Teilnehmer betrifft.

ZWISCHENRUF STADTRAT BESENDORFER:

Redest Du von der GWG oder von der Gemeinde?

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Kollege Besendorfer, Stadtsenat und Aufsichtsrat ist eines.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Nur die Notleidung ist verteilt!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Zumindest aber bei der Zahl der Teilnehmer hätte man sparen können. Das war keine Delegation, die nach oben gefahren ist, sondern eine Prozession. Das hat Wellen über ganz Österreich geschlagen. Ich habe mir die Mühe gemacht und gesammelt, was man hier alles geschrieben hat. Ich möchte es nicht breittreten, denn es würde zu lange dauern. Aber von den Oberösterreichischen Nachrichten mit einem Bogen überspannt: S 170.000,-- muß die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft zahlen. Wenn Du gesagt hast, Kollege Besendorfer, meinst Du die GWG oder die Gemeinde, dann kann ich Dir nur sagen, es ist dasselbe, denn die Gemeinde nimmt zu 9 % Geld auf - S 10 Mill. - und gibt sie zu 1 % an die GWG weiter. Daher haben wir auch Interesse als Gemeinderäte, wem wir das Geld geben und was mit diesem Geld geschieht. Das zur Rechtfertigung. Es ist hier noch ein sehr unglücklicher Lapsus passiert, ich weiß nicht wer der Initiator dieser Reise war ...

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Dreimal darfst Du raten!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Ich will es auch nicht wissen, aber nachdem wir auch wirklich arme Stadträte darunter haben, ich hätte eine

Reisetasche gehabt. Ich hätte sie gerne zur Verfügung gestellt und vielleicht hätten wir uns hier einen größeren Betrag ersparen können, zumindest glaube ich, war es ein großer Lapsus, daß man ausgerechnet diesen Mann beauftragt hat, Taschen zu besorgen, noch dazu wo er wußte, daß er gewisse verwandtschaftliche Beziehungen zu diesem Handwerk hat.

ZWISCHENRUF STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Wenn Du mit gewesen wärst, wäre die Prozession noch länger gewesen.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Ich hätte es nicht gemacht, zumindest nicht in dieser finanziellen Lage.

Zwischenruf der OÖ. Nachrichtenredakteurin!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Herr Vorsitzender, ich bitte Sie, Außenstehende nicht an der Diskussion teilnehmen zu lassen, noch ist es eine Gemeinderatssitzung, oder ist es eine Unterhaltung mit der Presse?

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Zur Kenntnis genommen!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Meine Herren, informieren ja, aber wenn schon, dann soll man so zeitlich fahren, bevor man Wohnprojekte beginnt in solchem Ausmaß wie es die Stadtgemeinde Steyr schafft. Die Bauten, die hier entstanden sind, z. B. die in Taschelried gebauten, glaube ich, haben doch einen gewissen Fehler, und zwar die enge Bauweise. Überall baut man heute in die Höhe und schafft unten Grünflächen. Hier kommen alle Fehler zusammen, schmale Straßen keine oder unzureichende KFZ-Abstell-

plätze, zu wenig Kinderspielplätze usw. Das sind nur einige der Mängel, die hier entstanden sind. Wenn man im Rahmen des Städtebundes eine Delegation entsendet, so soll es meiner Meinung nach und der Meinung unserer Fraktion nach - Kollege Besendorfer - der zuständige verantwortliche Mandatar, eventuell das Präsidium und eine kleine Anzahl von Fachleuten sein. Nicht eine Nordlandreise-Pilgergruppe des Stadt senates, optisch garniert mit Beamten und das ganze auf Kosten der Steuerzahler. Vielleicht klingt es etwas polemisch, aber für den Steuerzahler war es bestimmt nicht polemisch und ich darf Ihnen sagen, daß man überall diskutiert hat, sogar in Vorarlberg.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Aber deswegen bist Du nicht herumgefahren?

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Kollege Baumann, soviel war es mir wirklich nicht wert. Nachdem ich aber die GWG angeschnitten habe, hätte ich doch eine Anregung. Man hat das Hochhaus auf der Ennsleite gebaut, hat dieses Hochhaus fertig gemacht und die Garagen vermietet. Man soll glauben, wenn man nicht fertig ist, soll man nicht übergeben. Was war das Ende? Die Besitzer der Garagen haben die Wohnungen bezogen und dann hat es 2 - 3 Monate gedauert, bis sie in die Garagen hinein konnten. Es hat schlechtes Blut bei der Bevölkerung gemacht. Man sollte, glaube ich, wirklich erst wenn ein Projekt fertig ist, das tun.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen nun einen neuen Weg weisen, wie man auch billig wohnen kann. Ich glaube, diesen Weg sollten wir auch nicht beschreiten. Es handelt sich hier um folgendes. Es wurde eine Hochhauswohnung an einen Mieter vergeben, wo man von vornherein gewußt hat, daß er die Miete nicht bezahlen kann - wurde

mir berichtet, falls es nicht stimmt, lasse ich mich gerne berichtigen. Mir hat das der verantwortliche Mann gesagt, der an der Kasse sitzt. Dieser hat auch gesagt, daß der Mieter schon in der alten Wohnung immer Schwierigkeiten mit den Mietzahlungen gehabt hat. Nun gab man ihm die Neubauwohnung. Er hat innerhalb kurzer Zeit S 8.000,- Schulden zusammengebracht. Zum Glück hat sich dann einer gefunden, der dementsprechend die Voraussetzungen gebracht und gesagt hat, ich bezahle diese S 8.000,-. Somit hat die GWG keinen Schaden und ich gebe dem meine billige 3-Raum-Wohnung. Dieser Wohnungstausch wurde gemacht und ist auch in Ordnung. Man kann sich einmal überschätzen. Jetzt geht das Spiel weiter. Diese Frau sitzt jetzt in einer 3-Raum-Wohnung, was macht sie? Im September hat sie die Miete bezahlt, Oktober, November, Dezember ist sie schon wieder schuldig. Jetzt spitzt schon wieder der Parterremieter darauf, vielleicht könnten wir das Spiel noch einmal machen. Wenn ich der Frau jetzt diese 3 Monate bezahle und sie wieder in eine 2-Raum-Wohnung zieht.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Das hat mit dem Budget nichts zu tun.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Das hat schon etwas damit zu tun. Ich möchte damit sagen, daß man auch wirklich die Voraussetzungen prüfen soll, ob der Mieter in der Lage ist, die Miete zu bezahlen. Nichts gegen den Mieter, meine Herren, aber wenn er in Not ist, dann wird er alles versprechen. Da schmeißt er seine Seele auf den Tisch, wenn es sein muß. Jetzt bin ich drinnen! Wir haben eines erreicht, wir haben Unannehmlichkeiten, die wir laufend in der Bevölkerung erzeugen, weil die sagen, jetzt war die dort, jetzt zieht sie dort hin, jetzt

kommt sie in dieses Haus usw. Das soll man, glaube ich, im vorhinein vermeiden.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Er wäre in der Lage gewesen bei eigener Fähigkeit sein Einkommen einzuteilen. Das ist nicht unsere Angelegenheit. Aber mit 8 Kindern muß man dem Mieter eine große Wohnung geben.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Herr Bürgermeister, der Mieter, den ich meine, der hat nur 2 Kinder. Ich wollte bewußt keine Namen nennen, das gehört nicht hier her. Ich bin bereit, anschließend ...

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Das würde auch nicht in das Budget hineingehören.

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Das wollte ich anschneiden. Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es wurde heute von meinem Kollegen Dr. Gärber schon angeschnitten, daß die Ausschüsse aktiviert werden sollen. Ich habe mir auch schon darüber Gedanken gemacht und habe mich durchgerungen, daß man wirklich etwas machen muß und der Vorschlag von uns wäre daher - ich nehme nur einen heraus - den Verkehrsausschuß, dieser müßte Konzepte erarbeiten. Seine Aufgabe sollte es nicht sein, einen Schilderwald aufzuforsten, sondern die Behandlung der richtigen Verkehrsprobleme wie sie in unserer Stadt entstehen. Es gibt genügend, z. B. die Schaffung von Einbahnsystemen, so wie es in Linz geschieht, denn es wird sicher noch einige Jahre dauern, bis die Hundsrabenumfahrung kommt, bis die Seifentruhenumfahrung kommt. Dort sitzen auch die Herren vom Bauamt

drinnen, dort müßte sich eine dementsprechende Diskussion ergeben. Aber nicht eine Tagesordnung, wo man sagt, dort kommt ein Schild hin, diese Straße wird abgewertet usw. Vielleicht könnten wir wirklich einmal etwas tun.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Du warst doch früher Vorsitzender des Verkehrsausschusses!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Wir haben keinen Verkehrsausschuß gehabt, wir waren nur ein Verkehrsbeirat. Es soll eine Anregung sein und keine Kritik, Kollege Besendorfer. Der Ausschuß wurde erst jetzt geschaffen.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Kollege Wippersberger hat mit den Tafeln, die Du bestellt hast, etwas anfangen müssen.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Du als Referent sagst, was sollen wir denn gemacht haben?

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Da hat der Herr Bürgermeister schon vorgesorgt. Er hat das Budget immer so klein gehalten, daß keine Verkehrsschilder herausgeschaut haben. Es waren auch keine übrig, denn wir mußten auf jede warten. Ich glaube, das wir ein Vorschlag, wie man es machen könnte, meine Herren, das soll keine Kritik sein.

Zum Beispiel am Tabor wurde die Hanuschstraße zur Einbahnstraße erklärt. Es hat geheißen, dort vorne ist der große Parkplatz. Meine Herren, was nützt uns der Parkplatz, wenn er nie geräumt wird? Er ist voll Schnee, daher wäre es die erste Aufgabe, Parkplätze zu räumen. Dann sind wir in der Lage, ein Einbahnsystem zu machen oder man kann Straßen eben nicht

zu Einbahnen machen. Ansonsten soll man sich, glaube ich, dazu durchringen.

Es freut uns besonders, daß in diesem Budget die Tagesheimstätte, wenn sie auch Altenklub heißt, das soll ihr keinen Abbruch tun, aufgenommen wurde.

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Pensionisten, bitte!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:

Den gerade für unsere alten Menschen soll zu ihrer geistigen Erbauung etwas geschehen.

Zu den Sportplätzen, meine Damen und Herren. Wir sagen grundsätzlich ja, aber nur dann, wenn sie allgemein zugänglich sind. Ich möchte nicht als sportfeindlich hingestellt werden, denn lieber die Jugend auf die Sportplätze, als sie ist in einem Kellerlokal. Wenn man Sportplätze baut, soll man sie auch wirklich planen und nicht so wie es - Kollege Moser hat das angezogen - auf der Rennbahn geschieht, denn das ist ein "Fleckerlteppich", ein bißchen etwas und wieder etwas usw. Man kann damit gar nichts anfangen. In den Laufbahnen sind im heurigen Sommer die Weiden 3 m hoch gestanden. Wer soll diese Laufbahnen benützen? Ich weiß nicht, konnten sie nicht benützt werden und sind deswegen die Weiden so lange gewachsen oder wurden sie nicht benützt, weil die Weiden so lange gewachsen waren. Hier müßte man Abhilfe schaffen.

Dazu kommt noch etwas. Diesen Sportplätzen sind Buffets zugeordnet. Hier glauben wir, beim Sport kann man nicht verdienen. Diese Buffets sollten aber zumindest kostendeckend sein. Wenn ich daran erinnere, auf der Ennsleite wurde ein Buffet installiert. Hier ist nicht einmal ein Pachtzins in diesem Voranschlag drinnen. Ich weiß nicht, bekommt er es umsonst oder

so ähnlich. Vielleicht kann man mich gelegentlich darüber aufklären. Dasselbe betrifft wirtschaftliche Unternehmungen. Ich habe hier eines herausgezogen, und zwar das Hotel Nagl. Es wird gut geführt, die Pächterin bemüht sich, etwas zu tun. Wir haben uns davon selbst überzeugt. Das Hotel ist durch Reisegruppen fast immer besetzt. Meine Damen und Herren, wir haben hier Einnahmen von S 85.000,- und Ausgaben von S 149.000,-, also einen Abgang von S 64.000,-. Das Hotel weist 30 Zimmer auf. Ich finde nur eines komisch, bei Jugendherbergen sind wir kostendeckend. Alle Jugendherbergen sind kostendeckend, hier ist das nicht der Fall.

Nun zur Sporthalle selbst. Uns persönlich freut es, daß diese Sporthalle gemacht wird. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, man soll die Wahrheit sagen, was sie kostet und nicht sagen, sie wird S 2 Mill. kosten und dann kostet sie S 6 Mill. Daß wir vielleicht mit einer Million mehr rechnen müssen, bitte, aber daß wir so hoch überziehen, finde ich gibt zu denken. Entweder hat man hier schlechte Fachberater oder es ist so wie die Baufachleute sagen, wenn sie so viele Sonderwünsche haben, die alle angeschafft werden, dann kann ich nur sagen, ein guter Magistratsdirektor muß nicht immer ein guter Baudirektor sein. Das geht da hinaus, weil man sich nicht ausspricht. Ich glaube, hier sollte man es schon machen.

Bei den Kanalgebühren, meine Damen und Herren, haben wir bereits vorher das Durcheinander angesagt. Jetzt haben wir es. Ich habe am eigenen Leib das erlebt. Ich war schon viermal oben im Amt, hoffentlich klappt es jetzt endlich. Einmal sagt die Angestellte, es gibt keine richtigen Verordnungen, ich muß es selbst aus eigenem Ermessen machen. Hier, Herr Magistratsdirektor, könnte man vielleicht klare Richtlinien den verantwort-

lichen Beamten geben. Das ist diese Frau, die dort oben sitzt und die das ganze behandeln muß. Ich glaube, es müßte doch irgendwie gehen. Man redet sich aus, vom Präsidium kommt nichts herauf usw. Hier müßte es möglich sein, klare Richtlinien zu geben.

Es ist erfreulich, daß die Autobushaltestelle im 3er-Abschnitt nun endlich Wirklichkeit geworden ist. Trotzdem, meine Damen und Herren, gibt sich unsere Fraktion noch nicht damit zufrieden, denn mir kommt das so vor, als wenn eine Autobuslinie von Linz nach Steyr geführt wird und in Gleink hört sie auf. Dieses Stück sagt man, da könnt ihr zu Fuß gehen. Man hat eine neue Straße gebaut. Wir hoffen, daß es nur eine provisorische Lösung ist, daß man aber trotzdem diese Autobuslinie durch die Leharstraße führen wird, nämlich auch dort, wo sie wirklich hingehört. Wir begrüßen es zwar, denn es ist eine große Abhilfe.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Beleuchtung anziehen. Ich habe schon einige Male gesagt, die Verbindungsstraße Wagnerstraße - Leharstraße ist äußerst mangelhaft beleuchtet, das ist eine Gefahr für alle Verkehrsteilnehmer und besonders für die dort gehende Jugend. Dabei wäre das mit einem minimalen Aufwand verbunden. Es stehen dort sämtliche Masten. Man müßte lediglich einen Beleuchtungskörper hingeben. Auf der ganzen Strecke würde man höchstens 3 Beleuchtungskörper benötigen und alles wäre hell. Ich glaube, man soll hier nicht sparen, denn mit besonders billigen Mitteln könnte man einen dementsprechenden Effekt erzielen und außerdem wäre die Sicherheit gegeben, damit die Bevölkerung auf unseren Straßen auch wirklich diese Sicherheit bekommt, die man gewährleisten haben muß.

Ich habe hier noch einen Ansatzpunkt gefunden, das war der Brucknerplatz. Ich glaube, auch zum Bruckner-

platz kann man sagen alle Jahre wieder. Er war schon so oft drinnen wie der Taboraufzug. Glücklicherweise ist dieser draußen. Ich glaube, man soll auch hier keinen Schildbürgerstreich setzen und sagen, alle Jahre wieder, sondern entweder man befaßt sich damit und gerade jetzt wo Steyr Fremdenverkehrsstadt ist, wird es wichtig sein, dieses Stück der Einfahrt nach Steyr dementsprechend zu gestalten. Wir hoffen, daß man im Jahre 1970 wirklich an die Ausgestaltung dieses Platzes denkt.

Meine Damen und Herren, das waren die großen und kleinen Wehwehchen, die unsere Fraktion vorgebracht hat.

Ein Teil wurde uns erfüllt und wir erlauben uns heute, hier den Beamten des Hauses für die geleistete Arbeit zu danken. Wir wünschen der gesamten Beamtenschaft frohe Festtage und ein gutes Neues Jahr und uns als Fraktionen untereinander eine gute Zusammenarbeit.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag zur Diskussion.

Als Nächster hat sich Herr Stadtrat Fürst zu Wort gemeldet.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn ich die zwei Ausführungen die die Redner der Volkspartei bis jetzt zum Budget dargelegt haben, mitsammen vergleiche, komme ich zu dem Schluß, daß die ÖVP gewissermaßen einen Januskopf mit zwei Gesichtern besitzt. Denn die Ausführungen des Kollegen Holzinger mit den nicht qualifizierten Verdächtigungen und versteckten Drohungen zu den wohltemperierten Ausführungen des Kollegen Stadtrat Wallner unterscheiden sich doch sehr wesentlich.

Es ist erfreulich zu hören aus dem Mund eines Mandatars der Volkspartei, wenn er die positive Zusammenarbeit in den Vordergrund stellt. Ich glaube, wir können auch eine positive Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren, zumindest in der überwiegenden Mehrzahl, feststellen und hoffen, daß das auch in Zukunft so sein wird. Wenn Kollege Wallner auf so unglaubliche Zustände bei der Vergabe von Aufträgen im Stadtsenat zu sprechen kommt und eine Vergabeordnung fordert, so ist das bestimmt ein Punkt, über den man beraten kann. Ich finde es aber nicht besonders glücklich, wenn er zu gleicher Zeit den Bund, der mit nicht geradezu glücklichen Korruptionsskandalen am Punkte des Vergabesektors ist, in einem Atemzug anzieht, denn ich glaube, Korruption hat sich diese Gemeinde noch nie vorwerfen müssen. Kollege Dr. Gärber hat, obwohl es nicht direkt die Gemeinde betrifft, die Frage aufgeworfen, warum auf dem Tabor beim Bauvorhaben der Freunde des Wohnungseigentums, die uns bestimmt nicht nahe stehen, so viele Fremdfirmen beschäftigt sind. Dazu kann ich eines feststellen, daß bei Gemeindevergaben vorwiegend, nur in einzelnen Fällen, wenn Spezialfirmen nicht vorhanden sind oder der Preisunterschied derart eklatant ist, die heimische Wirtschaft bevorzugt wird. Kollege Gemeinderat Holzinger hat von einer einsamen Spitze in der Verschuldung gesprochen. Ich kann mir nur vorstellen, daß er nicht das statistische Jahrbuch des Städtebundes studiert hat und auch die Darstellung in Prozenten, die Gemeinderat Dr. Gärber angezogen hat, ist ja irreführend, obwohl sie richtig ist. Aber nehmen Sie das statistische Jahrbuch zur Hand und betrachten Sie den Schuldenstand vergleichbarer Städte mit Stand 1968. So sehen Sie, daß z. B. St. Pölten S 198 Mill. Schulden, Wr. Neustadt

S 150 Mill. Schulden, Wels S 179 Mill., Leoben S 109 Mill. und Steyr S 12 Mill. Schulden hat. Wie Sie sehen, ist das Jonglieren mit Prozenten immer ein sehr vages Spiel.

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Ich habe die rasante Verschuldung in einem Jahr gemeint, S 53 Mill. !

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Wir haben glücklicherweise infolge der Finanzpolitik früherer Jahre, in denen auch gewaltige Bauvorhaben in Steyr durchgeführt wurden, ich denke nur an die Taborschule, an die neue Ennsbrücke usw., eben das Glück gehabt, das aus der Substanz zu decken und heute sind wir eben dort, wo wir Schulden machen müssen. Es sind vielleicht manche erschreckt oder sie spielen die Erschreckten. Die Kritik des Gemeinderates Holzinger gegen den außerordentlichen Haushalt. Gegen was soll er sich denn richten? Über den ordentlichen Haushalt braucht er gar nicht zu sprechen, das sind ja Zwangsausgaben, über die wir wohl abstimmen müssen. Wir müssen sie aber ausgeben, ob wir wollen oder nicht.

Wenn wir den außerordentlichen Haushalt betrachten und wir ziehen S 10 Mill. der Gründe ab, dann sind es lauter sehr arbeitsintensive Investitionen, die wiederum ausschließlich den Steyrer Firmen zugute kommen und ich glaube, als Gemeinderat der Stadt Steyr kann man gegen so etwas gar nicht sein. Jedenfalls wir in der SPÖ sind uns der Investitionsverpflichtung unserer Firmen gegenüber sehr wohl bewußt und das findet im außerordentlichen Haushalt auch den Niederschlag.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Stadtrat Fürst

für seinen Beitrag.

Als Nächsten bitte ich Herrn Stadtrat Wippersberger.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrter Herr Bürgermeister, wer te Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Einige Herren der Minderheitsfraktion haben sich auch mit Problemen des Verkehrswesens beschäftigt und Wünsche in dieser Richtung vorgebracht. Meine Herren der Minderheitsfraktion, ich könnte diese Wünsche, die ich von Ihnen gehört habe, noch durch eine Reihe anderer wichtiger ergänzen. Es ist keine Gedankenlosigkeit von unserer Fraktion, daß diese Dinge im Budget nicht den von Ihnen verlangten Niederschlag finden. Sie kennen die finanzielle Lage unserer Stadt. Es wurde heute sehr ausführlich darüber gesprochen. Unser Herr Bürgermeister hat es schon eingangs erwähnt. Wir wissen wohl um die Wünsche und Bedürfnisse unserer Bevölkerung recht genau Bescheid, aber die Wünsche eilen der Möglichkeit ihrer Erfüllung voraus. Das ist im kommunalen Leben einer Stadt genauso wie im privaten Haushalt einer Familie.

Nun konkret zu einigen Problemen, die heute kritisiert wurden.

So ist das Hundegrabenprojekt von Herrn Gemeinderat Holzinger und Herrn Gemeinderat Dr. Gärber angeschnitten worden. Ich darf darauf verweisen, wir haben im heurigen Jahr damit begonnen und Sie wissen es aus dem Budget, wir werden das Hundegrabenprojekt fortsetzen und ich hoffe, daß es möglich sein wird in den nächsten Jahren, zügig zu einem Abschluß zu kommen. Das Verlangen von Herrn Dr. Gärber, in einem oder zwei Jahren das durchzuführen - das hat der Herr Bürgermeister schon erwähnt - ist glaube ich nicht nur finan-

ziell sondern auch technisch kaum möglich. Herr Kollege Wallner hat sich über den schlechten Zustand der Straßen in Steyr beschwert und sehr harte vielleicht etwas dramatisierte Kritik darüber geübt. Kollege Wallner, Du hast sicher nicht ganz unrecht. Ich darf aber feststellen, daß es besonders die in Steyr befindlichen Landes- und Bundesstraßen sind, die in einem derart schlechten Zustand sind.

Bezüglich der Asphaltierung darf ich bemerken, daß wir diese Budgetpost um 50 % für das kommende Jahr erhöht haben.

Was die Parkflächen anbelangt, so weißt Du und wissen alle Damen und Herren des Gemeinderates, daß wir uns derzeit mit einigen Projekten in dieser Richtung beschäftigen und ich habe auch die Hoffnung, daß es möglich sein wird, in den nächsten Jahren entsprechende Parkräume zu schaffen.

Herr Dr. Gärber Ihre Ausführungen, die Bundesstraße betreffend, kann ich natürlich nur 100 %ig unterstreichen. Steyr wird vom Land und vorallem vom Bund in dieser Richtung mehr als stiefmütterlich behandelt. Es scheint fast so - Herr Kollege Moser hat es auch erwähnt - als wenn das vom Bund aus bewußt geschehen würde. Ich glaube, es gibt in Österreich kaum eine Stadt in der Größe von Steyr, aber auch kleinere Städte, die über derart schlechte Zufahrtsstraßen verfügen. Ob das die Eisenbundesstraße ist, ob das die Haratzmüllerstraße ist, ob das die Wolfener Straße betrifft, alles Landes- und Bundesstraßen - auch die Sierninger Straße - die wirklich ordentlich saniert werden müßten. Aber wie gesagt, es ist Aufgabe des Bundes. Wir können immer wieder nur vorstellig werden. Vielmehr können wir auf diesem Gebiet nicht tun.

Herr Kollege Moser, Du hast Dich mit der Schneeräumung in der Haratzmüllerstraße beschäftigt. Ich habe erst

in den letzten Tagen mit Herrn Forstenlechner diesbezüglich gesprochen und ich habe angeordnet, daß zumindest die Geschäftsstraße, und zwar von der Ennsbrücke hinunter bis zum Minichmayr, besonders gepflegt und geräumt wird, weil sehr viele Fußgänger sich dort befinden, um die Geschäfte besuchen zu können.

Lieber Kollege Gherbetz, darf ich etwas sagen. Der Verkehrsausschuß - Du warst selbst 6 Jahre Vorsitzender dieses Ausschusses - arbeitet recht gut. Die echte Lösung von Verkehrsproblemen, wie Du sie Dir vorstellst, die kostet immens viel und die kann der Verkehrsausschuß allein nicht beschließen. Die werden hier im Gemeinderat beschlossen, das sind Probleme, die über den Rahmen des Verkehrsausschusses hinausgehen.

Als Verkehrsreferent unserer Stadt darf ich abschließend noch etwas sagen. Selbstverständlich wäre es mir lieber, wenn im Budget 1970 noch mehr Mittel für das Kapitel Verkehrswesen wären. Wenn uns noch größere Mittel zur Verfügung stehen würden. Ich darf aber auch gleichzeitig unterstreichen und hervorheben, daß wir auch auf diesem Gebiet einen echten Fortschritt erzielt haben. Haben wir doch gegenüber dem Budget 1969 ein Plus von fast S 3 Mill., wenn man den ordentlichen und den außerordentlichen Haushalt zusammenzählt, und zwar genau genommen waren 1969 für das Kapitel Verkehrswesen S 10,9 Mill. veranschlagt, 1970 immerhin ein Betrag von fast S 14 Mill., genau S 13,720.000, --.

Ich darf also doch mit gewisser Befriedigung und Freude feststellen, daß diesem Kapitel im kommenden Jahr noch mehr Bedeutung zugemessen wird und ich glaube, das ist ein Grund, daß wir alle uns darüber freuen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER
FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Kollegen Wip-

persberger für seinen Beitrag. Als Nächsten bitte ich Herrn Kollegen Heigl.

GEMEINDERAT JOHANN HEIGL:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Diskussion und sachliche Kritik gehören zur Demokratie. Aber es genügt nicht, wenn man einem Beschluß seine Zustimmung erteilt und die letzten Budgets wurden einstimmig beschlossen, daß man sich dann distanziiert. Gerade durch diese einstimmigen Beschlüsse war es möglich, unsere Stadt schöner zu gestalten als sie je zuvor war und auch das Leben lebenswerter zu machen.

Ich darf sagen, als ich die Ausführungen des Bürgermeisters gehört habe, betreffs das Budget 1970, daß dieser wiederum Rücksicht genommen hat auf die Bevölkerung unserer Stadt. Das heißt, daß natürlich nicht alle Wünsche erfüllt werden können, denn die Budgetmittel reichen nicht aus - die Einnahmen - es ist daher notwendig, Kredit aufzunehmen. Es werden doch Aufgaben, die der Bund bzw. das Land erfüllen sollten, von der Stadt verwirklicht, ohne dafür Bedarfszuweisungen zu erhalten.

Nun, die Stadt geht eben hier als Vorbild voraus. Gemeinderat Holzinger hat dies auch zum Ausdruck gebracht, als er erklärte, daß die Bediensteten unserer Stadt höher entlohnt werden als es beim Land und Bund der Fall ist. Er ist der Meinung, daß sie sich eben im nachhinein immer anschließen. Das heißt, daß hier eine Stadtverwaltung eben alles macht, was für die Bevölkerung von Vorteil ist. Natürlich wissen wir, daß auf Grund der schlechten Einnahmen diese Wünsche nicht alle erfüllt werden können. Wir wollen nur hoffen, daß auf Grund der wirtschaftlichen Konjunktur es in den nächsten Jahren besser werden möge. Das heißt, daß wir sagen kön-

nen, daß mehr Bedienstete in den Betrieben beschäftigt sind als es im abgelaufenen Jahr der Fall war. Die Steyr-Werke allein haben im Jahre 1969 800 Bedienstete eingestellt und die Weihnachts-Remuneration, die auf Grund der Wirtschaftslage erhöht für die Arbeiter zur Auszahlung gekommen ist, betrug allein in den Steyr-Werken S 35 Mill. Dieser Betrag ist unserer Wirtschaft, zum Großteil dem Gewerbe, zugeflossen. Nachdem gerade sich der Gewerbereferent in unserer Mitte befindet bzw. der Vertreter der Handelskammer, möchte ich an ihn das Ersuchen richten, auch auf die Preise zu achten, denn die Preisdisziplin zählt heute zu den wichtigsten Aufgaben, denn nur dadurch kann der soziale Friede gewahrt werden, denn sonst kommt es vor - wie es Kollege Gherbetz zum Ausdruck gebracht hat - daß der Einzelne seine Wohnung verliert, weil er die Miete nicht mehr bestreiten kann. Wir wollen gemeinsam für alle Bevölkerungsschichten eintreten, aber dazu ist es notwendig, daß jeder einen Beitrag leistet und so geht mein Ersuchen vor allem an die Geschäftswelt von Steyr, hier auch darauf zu achten, daß die Preise nicht in das Unermeßliche ansteigen. Wir wissen, daß das Leben sehr hektisch ist und daß es vielleicht dazu verleitet, weil man eben mehr ins Verdienen bringen möchte. Es ist das gute Recht, aber jeder hat eine Aufgabe zu erfüllen und wenn wir gemeinsam versuchen - wie es Herr Dr. Gärber in den Vordergrund seiner Betrachtungen gestellt hat - dann werden wir auch in Zukunft unsere Stadt schöner gestalten können und wir werden langsam und sicher alle diese Ziele, die wir uns gesetzt haben, verwirklichen. Dazu gehört es natürlich, daß man sich vor allem zur Demokratie bekennt und nicht zur Demagogie.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für diesen Beitrag. Als

Nächster hat sich Kollege Dr. Gärber zum Wort gemeldet.

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Ich will mich ganz kurz halten und nur auf einige Punkte antworten. Kollegen Kinzelhofer möchte ich bitten, die Dienstagfahrt nach Klein aber Mein unbedingt durchzuführen. Ich spreche hier im Sinne der Bewohner, die darüber sehr klagen. Ich glaube, es wird ohne weiteres möglich sein und ich möchte das befürworten.

Kollege Fürst hat mich apostrophiert, und zwar habe ich nicht von Schulden gesprochen sondern vom Gebärungsabgang. Ich habe kein Wort von den Schulden gesagt. Ich habe nur gesagt, ich sehe gerne Schulden, wenn damit sehr viel gemacht wird.

Dann etwas, was ich noch bemerken möchte, das wäre unter uns ein kleiner Ausschuß, der sich mit den Wohnbaufragen befaßt. Ich muß sagen, daß ich den Eindruck habe, daß die Stadtgemeinde Geld ausgibt, das Sie gar nicht ausgeben muß, und zwar ist nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 hauptsächlich der Bund und das Land der Träger der Wohnbaufinanzierung. Die Gemeinden sind dort überhaupt nicht erwähnt. Sie halsen sich Aufgaben auf, die sie eigentlich nicht unbedingt machen müßten. Sie brauchen das für gewisse Kreise, aber nicht für jeden. Was sie hier versäumen, das ist, den Privaten selbst heranzuziehen, für seine Wohnung etwas zu leisten, und zwar schon ehe er sie bekommt. Diese Vorausleistung in Form der 10 %, die im Wohnbauförderungsgesetz steht, das seit 1. 1. 1968 in Kraft ist. Das haben Sie bis jetzt vollkommen vernachlässigt und darin würde eine große Ersparnis der Gemeinde entstehen, da eben diese Leistungen, soweit das möglich ist, herangezogen werden. Hier finde ich auch eine Ursache der Diskrepanz von dem Einkommen der Bevölkerung von Steyr zur

Steuerleistung. Denn wenn Sie die Steuerleistung betrachten, so geht hier so viel Geld verloren, das irgendwo anders hin verschwindet und nicht in Steyr seine Früchte trägt. Hier würden sich Millionen in Steyr auswirken für die Erhöhung der Steuereingänge der Stadt, wenn man dieses Wohnbauförderungsgesetz wirklich dem Sinn gemäß durchführen würde. Es ist Bundesgesetz und gilt daher auch für die Stadt Steyr, das ist meine Meinung. Vielleicht könnten wir uns einige Herren, die sich mit der Wohnbauförderung befassen, z. B. Kollege Besendorfer, der Herr Bürgermeister usw. einmal zusammensetzen. Sie haben hauptsächlich städtische Förderung. Ich kann vielleicht mit Rat und Tat helfen auf dem privaten Wege. Wir werden uns hier koordinieren und ich glaube, das würde sehr zum Vorteil der ganzen Stadt werden. Denn Sie haben gesehen, was auf privatem Sektor heuer gemacht wurde im Stadtzentrum, was augenfällig ist und wie wenig das der Gemeinde gekostet hat, und zwar bei der Fassadenaktion. Das waren vielleicht S 100.000,--. Ich möchte hier keinen neuen Ausschuß bilden und keinen großen Bürokratismus aufziehen, aber vielleicht könnten wir uns monatlich einmal treffen, nur ganz kurz uns aussprechen, oder so ähnlich. Vielleicht könnten gewisse Experten, die im Gemeinderat sitzen, egal welcher Partei sie angehören, sich über gewisse Dinge einmal besprechen. Ich glaube, es würde zum Wohle der ganzen Stadt sein.

Dann etwas, was ich noch vermißt habe. Ich weiß nicht, ob mir jemand darüber Auskunft geben kann, das ist das sogenannte Bundesstraßengesetz, das zur Begutachtung ausgesandt wurde. Es ist dort eine Rangordnung der Bundesstraßen vorgesehen. Ich weiß nicht, ob die Stadt Steyr einen Entwurf bekommen hat oder nicht. Ich wäre jedenfalls sehr interessiert,

in welcher Rangordnung dort die Eisenbundesstraße ist. Ist sie dort in einem untergeordneten Rang, so wäre es höchste Zeit, hier Einspruch zu erheben, daß die Eisenbundesstraße vor allem als vorrangige Straße behandelt wird.

Ich weiß nicht, kann mir jemand darauf Antwort geben?

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich glaube, ich kann. Das wird überprüft ...

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Vielleicht kann mich Prof. Radinger darüber einmal informieren, oder man kann sich auch ein Exemplar dieses Entwurfes geben lassen. Aber ich glaube, es wäre höchst an der Zeit, daß wir uns dafür interessieren und einen Gemeinderatsbeschluß darüber fassen und dem Bund schicken.

Ich habe eigentlich 3 Zusatzanträge zum Budget gestellt und bin aus formal-rechtlichen Gründen von Herrn Bürgermeister aufgeklärt worden, daß das nicht geht, aber ich möchte Ihnen diese Anträge doch zur Verlesung bringen, auch wenn ich sie nicht formell als Antrag stelle, sondern als Vorschläge bringe und ich hoffe, daß wir uns in einer gemeinsamen Zusammenarbeit mit diesen Punkten im nächsten Jahr befassen und diese den Ausschüssen zugeleitet werden oder in der nächsten Gemeinderatssitzung zur Beratung gelangen.

Diese 3 Punkte behandeln folgendes:

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Die GWG ist als wirklich selbständiger Wirtschaftskörper mit eigener Verwaltung zu führen und die Entflechtung des Personals der Hoheitsverwaltung ist ehestens und vollständig durchzuführen.

2. Der Bau der Ennsbrücke im Rahmen der Hundgrabenumfahrung ist im Jahre 1970 ehestens in Angriff zu nehmen und auf einen raschen Baufortschritt zu dringen. Hiezu ist die Bereitstellung eines Betrages von weiteren S 10 Mill. erforderlich. Dieser Betrag kann aus dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 gemäßen Wohnbaufinanzierung freigestellt werden.

3. Der Verkehrs- und Bauausschuß möge ehestens eine dem stetig steigenden Verkehr gerecht werdende Einbahnregelung in Steyrdorf einschließlich der Planung des Wieserfeldplatzes ausarbeiten.

Ich habe das zur Kenntnis gebracht und verzichte auf eine Abstimmung, nachdem mir versprochen wurde, dies weiter zu behandeln.

Wenn wir wirklich mit gutem Willen zusammenarbeiten so glaube ich, werden wir im nächsten Jahr bestimmt weiterkommen und ich hoffe und wünsche eine gedeihliche Zusammenarbeit für das nächste Jahr.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Sie haben gehört, daß hier Vorschläge erstattet wurden. Es obliegt uns lediglich die Möglichkeit, diese zur Kenntnis zu nehmen. Eine Abstimmung ist darüber nicht erforderlich. Wenn es zu einer Behandlung dieser Vorschläge kommen soll, werden zu gegebenem Zeitpunkt Anträge in die entsprechenden Gremien eingereicht werden. Darf ich nun als nächsten Redner nochmals Herrn Gemeinderat Moser zu Wort bitten.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr verehrte Damen und Herren!

Ich möchte ein Ersuchen an den Herrn Bürgermeister richten, daß er in seinen Schlußausführungen vielleicht auf einige Probleme, die ich angeschnitten habe, eingeht. Das Erste ist

das Berufsschulzentrum. Das Zweite ist das seinerzeitige Projekt, das in der Öffentlichkeit auch aufgetaucht ist bezüglich der Ölfirma Elan, wo es geheißen hat, die übernimmt die Verpflichtung, eine Großgarage zu schaffen. Wie weit heute diese Dinge wirklich stehen, ob es Gerüchte oder aussichtsreiche Projekte sind.

Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Die Beantwortung wird der Herr Bürgermeister in seinen Schlußausführungen geben.

Als Nächster hat sich Herr Gemeinderat Schwarz zum Wort gemeldet.

GEMEINDERAT HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie schon unser Fraktionsobmann, Stadtrat Kinzelhofer, angeführt hat, hat sich unsere Fraktion in einer mehrtägigen Beratung mit dem Budget 1970 beschäftigt. Ich kann Sie versichern, daß sich unsere Fraktion nach einer verantwortungsvollen Debatte dazu entschlossen hat, diesem Budget die Zustimmung zu geben.

Herr Gemeinderat Holzinger hat selbst in der Debatte zum Budget zugegeben, daß die Finanzpolitik des Bundes die Einnahmenseite unseres Budgets sehr negativ beeinflusst. Als ÖVP-Mandatar kann er selbstverständlich nicht auf die Bundesregierung schimpfen, das ist klar. Aber aus seinen Äußerungen ist zum Ausdruck gekommen, daß auch er mit diesen Dingen nicht einverstanden ist.

Es wurde beispielsweise angeführt, daß die ÖVP-Fraktion auf Grund Ihrer Vorschläge eine Einsparung von einigen Millionen zustande gebracht hätte.

Ich möchte dazu ausführen, daß die ÖVP-Fraktion bisher zu den Maßnahmen, die im besonderen im außer-

ordentlichen Haushalt aufscheinen, immer Ihre Zustimmung erteilt hat, mit ganz geringen Ausnahmen. Ich möchte hier vielleicht zitieren, die Baugründe, die in der letzten Zeit der Anlaß reger Diskussionen war. Im Protokoll der vorjährigen Budgetsitzung hat Herr Stadtrat Wallner unter anderem angeführt, es wäre dringlich zu untersuchen, ob im Gebiet von Gleink, Dornach zusätzliche Gewerbe- und Industrieflächen zu annehmbaren Preisen geschaffen werden können. Da nur dort in Kürze entsprechende Aufschließungen vorhanden sein werden. Das heißt, daß seinerzeit auch die ÖVP mit Grundkäufen einverstanden war. Heute ist sie unverständlicherweise gegen diese Dinge. Es ist mir so manches auch unerklärlich. Auch die Ausgaben für den Sporthallenbau wurden immer von der ÖVP-Fraktion zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zu den Ausführungen hinsichtlich der Repräsentationskosten möchte ich anführen, daß unsere Repräsentationskosten ca. 1 %o der Gesamtausgaben betragen, das heißt, daß pro S 10,-, die wir ausgeben im ordentlichen Haushalt, 1 Groschen für Repräsentationskosten anfällt. Etwas mehr als 1 Groschen. Wenn ich also die Ausgaben für Festlichkeiten dazuzähle, so wird das 1,5 Groschen betragen. Das ist doch wirklich nicht viel. Ich habe leider keine Vergleichszahlen, aber ich bin sicher, daß wir uns auch im Vergleich zu anderen Städten sehen lassen können. Diese Dinge sind seit 1966 - soweit habe ich sie jedenfalls zurück verglichen - gleich geblieben. Hier ist keine wesentliche Änderung eingetreten. Im Gegenteil es ist sogar eine sinkende Tendenz, 1970 eine leicht sinkende Tendenz festzustellen.

Meine Damen und Herren, das Klima in diesem Hause, im Gemeinderat und Stadtsenat, was bisher, glaube ich feststellen zu können, doch recht angenehm. Ich glaube, wir sollten uns

alle bemühen, diese Zusammenarbeit auch weiterhin zu bewahren und aufrecht zu erhalten. Wir haben im März 1970 Nationalratswahlen. Ich führe auch einen Großteil der hier gemachten Äußerungen seitens der ÖVP auf diesen Umstand zurück.

Wenn Herr Gemeinderat Holzinger unseren Bürgermeister in der Budgetdebatte mit einer Betrugsaffäre in Verbindung bringt, meine Damen und Herren, so glaube ich doch feststellen zu müssen, daß man sich im Ton vergriffen hat. Solche Äußerungen weisen wir auf das Schärfste zurück.

Zu Beginn der Budgetdebatte hat die ÖVP-Fraktion den Antrag gestellt, daß über ordentlichen und außerordentlichen Haushalt getrennt abgestimmt werden soll. Das läßt die Vermutung zu - es wurde keine dezidierte Äußerung gemacht - daß sich die ÖVP-Fraktion gegen den außerordentlichen Haushalt gestellt hätte, oder gegen die außerordentlichen Ausgaben stellen will. Damit, meine Damen und Herren, glaube ich feststellen zu müssen, daß Sie damit gegen alle Maßnahmen, die im außerordentlichen Haushalt aufscheinen, auftreten. Das heißt, daß Sie gegen den Bau eines Hallenbades, daß Sie gegen die Mittel, die für die Kunsteisbahn ausgegeben werden, daß Sie gegen die Sporthalle usw. stimmen werden. Da helfen auch Äußerungen, daß Sie für diese Dinge sind, nichts. Meine Damen und Herren, wenn Sie von der ÖVP-Fraktion die Absicht haben, diesen Dingen zuzustimmen, so hätten Sie doch Ihre Argumentation auch umkehren können. Sie hätten sagen können, wir stimmen dem Budget zu, aber wir sind gegen dieses oder jenes. Das ist ja Ihr gutes Recht, daß Sie nicht mit allem einverstanden sind, aber daß Sie deswegen einen Teil des Budgets ablehnen, das glaube ich, ist nicht in Ordnung.

Die SPÖ ist sich ihrer Verantwortung voll bewußt und wir werden

selbstverständlich auch gegen die Auffassung der ÖVP diese Vorhaben weiterführen und fertigstellen. Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich auch hier die Gelegenheit benützen, im Namen unserer Fraktion allen Bediensteten des Magistrates für die geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr und für das gute Einvernehmen, das bis jetzt geherrscht hat, unseren aufrichtigsten Dank zum Ausdruck zu bringen.

Für das kommende Weihnachtsfest und anlässlich des bevorstehenden Jahreswechsels darf ich den Beschäftigten des Hauses im Namen der SPÖ die besten Wünsche übermitteln und ich ersuche den Herrn Magistratsdirektor, diese Wünsche an die Bediensteten weiterzuleiten.

Auch unserem Herrn Bürgermeister und allen Mitgliedern des Stadt- und Gemeinderates wünsche ich im Namen der SPÖ frohe Festtage und alles Gute im Neuen Jahr.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER
FRANZ WEISS:

Ich danke Herrn Gemeinderat Schwarz für diese Erklärungen.

Wünscht noch jemand zur Debatte das Wort?

Herr Gemeinderat Mayr bitte!

GEMEINDERAT FRANZ MAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrter Herr Bürgermeister!

Am 28. 5. 1956 vor der Nationalratswahl, ich betone anno 1956, hat die SPÖ-Sektion 21 ein Flugblatt mit dem berühmten Werbeslogan "Wißt Ihr noch" an die Bewohner des Abschnittes 3 herausgegeben. Durch Versprechungen der SPÖ wurde damals vom Magistrat Steyr zugesagt, die Autobuslinie in den Abschnitt 3 zu führen. Ende November dieses Jahres gab dieselbe Sektion einen Fahrplan heraus auf dem steht, wir freuen uns, daß unser Wunsch und unsere langjährige Forderung jetzt in Erfüllung geht.

Meine Damen und Herren, zu diesem Vorhaben benötigte man nicht weniger als 13 Jahre, um am Rand des Abschnittes 3 eine provisorische Haltestelle zu errichten. Ich glaube, daß bei gutem Willen es möglich gewesen wäre, schon früher in den Abschnitt 3 zu fahren. Trotz meiner Vorsprachen beim Herrn Bürgermeister und Herrn Stadtrat Kinzelhofer wurde es leider noch nicht möglich, die Haltestelle direkt in den Abschnitt 3, in die Leharstraße, zu verlegen, da man verschiedene Ausreden hatte. Damit endlich der Wunsch der Bevölkerung in Erfüllung geht, ersuche ich als Gemeinderat aus Münchenholz, daß dieses Anliegen ehestens einer Verwirklichung zugeführt wird.

Kollege Gemeinderat Gherbetz hat das schon angeschnitten und ich möchte noch folgendes dazusagen. Die Beleuchtung in Münchenholz - nicht nur in einigen Straßen, sondern beinahe im ganzen Münchenholz - ist in einem desolaten Zustand. Ich möchte ^{Auch} daher bitten, daß die Betonstraße endlich einmal ausgegossen wird.

Andererseits gebe ich meiner Freude darüber Ausdruck, daß der Verbindungsweg Pensestraße - Haager Straße durch meine wiederholte Intervention beim Herrn Bürgermeister einer Regelung zugeführt und instand gesetzt wird.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Im Vorjahr wurde mit dem Bau der Autobushaltestelle in der Pachergasse begonnen. Am 14. 8. 1969 wurden die Schlosserarbeiten vergeben. Bis heute warten die Leute vergebens auf die Fertigstellung. Es ist bedauerlich, daß man von Seiten der zuständigen Stellen nicht diesen Bau vorangetrieben hat. Die Leute mit den Kindern sind schon solange der Witterung und Kälte ausgesetzt. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn die Autobusbenutzer schon mürrisch werden und sind. Ich verlange daher im Namen der Autobusbenutzer, daß dieser Bau ehestens

samt den dringlich erforderlichen sanitären Anlagen fertiggestellt wird. Man ist scheinbar nicht gewillt, in diese Großhaltestelle eine WC-Anlage hineinzubauen, aber dennoch bitte ich, daß diese dort eingebaut wird. Oder man hat bei der Planung auf diese so wichtige Anlage vergessen. Von großer Wichtigkeit und Bedeutung ist auch hier eine Telefonzelle. Ich möchte bitten, wenn die Möglichkeit besteht, daß auch diese hineinkommt.

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Da muß man eine Zelle bauen und zur Verfügung stellen, dann kann das beantragt werden.

GEMEINDERAT FRANZ MAYR:

Es wurde schon sehr viel gesprochen über sanitäre Anlagen. Es ist bedauerlich, daß man Jahre hindurch, und jedes Jahr immer wieder, von diesen selbstverständlichen Anlagen sprechen muß. Ich möchte nur bitten, daß die derzeit bestehenden Anlagen einer Generalsanierung zugeführt werden.

Im übrigen, meine Damen und Herren, von der Planung alleine haben wir nichts, denn es wurde schon wiederholt davon gesprochen, alle Jahre wieder.

Aber bitte, bauen Sie doch endlich die so wichtige Bedürfnisanstalt beim Friedhof auf dem Tabor.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Das ist doch der Vorschlag von Kollegen Moser!

GEMEINDERAT FRANZ MAYR:

Ich möchte nur bitten, daß das einmal gebaut wird!

Andererseits, meine Damen und Herren, hoffe und wünsche ich, daß diese Anliegen und diese wichtigen Probleme im kommenden Jahr einer Lösung

zugeführt werden, damit wir diese leidlichen Probleme endlich aus der Welt geschafft haben und wir im kommenden Jahr nur Positives darüber berichten können.

Ich danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Eine weitere Wortmeldung? Herr Gemeinderat Ing. Holzinger bitte!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe meiner Freude Ausdruck gegeben, daß die Stadt Steyr wiederum S 10 Mill. Wohnbauförderungsbeitrag eingesetzt hat und habe mir erlaubt, über den nicht ausschöpfbaren Betrag im Namen der Fraktion einige Vorschläge zu machen. Im Verlauf der Diskussion hat Herr Dr. Gärber auch noch einige Gedanken dazu beigesteuert. Ich möchte Sie an ein Problem erinnern, über das es sich lohnt, nachzudenken. Ich nehme an, daß alle Mitglieder des Gemeinderates sich eingehend mit dem neuen Wohnbauförderungsgesetz befaßt haben und daher das, worauf ich hinaus will, leicht verstehen. Es gibt neben dem Wohnbauförderungsgesetz ein Mietenbeihilfegesetz, das einstimmig vom Landeswohnungsbeirat beschlossen wurde mit den Stimmen der ÖVP, mit den Stimmen der SPÖ und das allgemein im Bundesgebiet als das sozialste gilt. Es heißt, wenn jemandem, dem eine Neubauwohnung zugewiesen wird - eine Mietwohnung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968, die nach diesem Gesetz erbaut wurde - es nicht zumutbar ist, den Zins zu bezahlen, so hat er von Gesetzes wegen Anspruch, die Differenz zu bekommen. Das heißt, wenn die Wohnung S 900,- kostet und ihm sind nach dieser Regelung nur S 400,- oder S 500,- zumutbar, so be-

kommt er die anderen S 400,- oder S 500,- vom Bund.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Die können wir alle zu Dir schicken!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Das ist Gesetz und dieses Gesetz gilt für alle. Nun ist folgende Situation. Wir können durch unsere zusätzliche Wohnbauförderung der Stadt erreichen, daß der Mietzins meinetwegen anstatt wie sonst in einer Neubauwohnung pro m² S 11,- kostet, S 10,- verlangen. Das ist lobenswert, ist auch in der lobenswerten Absicht geschehen in der Vergangenheit und sicher auch jetzt. Aber überlegen Sie folgendes. Der Betreffende bekommt bei einer 100 m²-Wohnung um S 100,- weniger Mietenbeihilfe vom Bund, weil wir den Mietzins anstatt mit S 11,- mit S 10,- festsetzen können durch unsere Darlehen. Das heißt, wir finanzieren indirekt den Bund und in derselben Sitzung haben wir festgestellt, daß der Bund eben die Gemeinde nicht entsprechend dotiert. Das ist der Nonsens. Ich kann im Moment nicht - es ist ein Diskussionsbeitrag - sagen, wie wir das lösen können, aber wenn Sie das so betrachten, ist das Geld nicht ganz richtig eingesetzt. Wir schenken das Geld indirekt dem Bund und jene Mieter, die nicht sozial bedürftig sind, also nicht in den Genuß einer Mietenbeihilfe kommen, die kommen in den Genuß dieser städtischen Förderungsmittel. Also nur jene, die nicht bedürftig sind, von denen man annimmt, daß sie aus eigenen Mitteln wegen ihres hohen Verdienstes sich selbst die Miete bezahlen könnten. Daher glaube ich, müßte man hier etwas umdenken, und zwar dahingehend, daß man sagt, gut ich nehme diese Darlehen, die vorhandenen, um dem einen oder anderen, der

die 10 % nicht aufbringen kann und gebe ihm das als Darlehen ganz gering verzinst, um ihm die Möglichkeit zu geben, daß er eine Neubauwohnung anzahlen kann. Von Bund und Staat muß er nach Gesetz -

Unverständlicher Zwischenruf!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

.. wenn jemand sagt wer bringt das her, das ist lächerlich, denn wir wissen doch, daß es in Österreich nach Recht und Gesetz geht, da steht ihm diese Mietenbeihilfe zu und so glaube ich, daß es eine Aufgabe des Gemeinderates wäre, sich mit diesem Problem sehr eingehend zu beschäftigen. Das hätte ich noch sagen wollen.

Ich verstehe selbstverständlich, daß sich Herr Kollege Schwarz verwehrt und entrüstet zurückweist, ich hätte eine Betrugsaffäre angezogen. Ich möchte richtigstellen, ich habe gesagt, die Akteneinsicht wurde mir verwehrt, die mir als Mitglied des Gemeinderates, weil wir darüber zu beschließen haben, zusteht. Ich habe gesagt, daß mir nur ein Verbotsfall der Akteneinsicht bekannt ist - das hat nichts mit Betrug zu tun und davon möchte ich mich distanzieren, weil mir das in den Mund gelegt wird.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben gesagt, man sieht was dabei herauskommt!

GEMEINDERAT ING. JOHANN HOLZINGER:

Aber selbstverständlich, ich meine das hat nichts mit Betrug zu tun, sondern mit der Meinung, daß die Repräsentationsausgaben zu hoch sind. Auch dort hat man das Einsichtsrecht verweigert und was in späterer Folge herauskam, war unangenehm. Ich ha-

benicht gesagt, daß das in der Gemeinde Steyr bei diesen Repräsentationsausgaben auch so war. Bedenklich stimmt es mich, daß man nicht Einsicht nehmen läßt, obwohl ich dort erwähnt habe, daß ich nicht im Alleingang komme oder daß ich ohne Wissen der Fraktion komme, sondern mit Wissen der Fraktion. Wir haben in der Budgetberatung darüber gesprochen und ich wurde beauftragt, eben Einschau zu halten und diese wurde mir nicht gegeben. Das habe ich festgestellt. Bedenklich ist diese Art. Von der Betrugsaffäre, die mir in den Mund gelegt wird, distanzieren mich. Das möchte ich noch zu der Angelegenheit sagen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Eine weitere Wortmeldung? Herr Kollege Gherbetz? Er tritt von seiner Wortmeldung zurück.

Herr Kollege Petermair bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir bedauern außerordentlich, daß die Mehrheitsfraktion unseren Antrag, den wir eingangs gestellt haben, abgelehnt hat. Wir sind daher nicht in der Lage, dem Haushaltsvoranschlag in seiner Gänze unsere Zustimmung zu geben. Wie immer wurden auch diesmal unsere vorgebrachten Anregungen nicht berücksichtigt. Wir haben bereits im Vorjahr - das ist in der Budgetdebatte nachzulesen - gesagt, daß wir wohl oder übel gezwungen waren, unsere Gesamteinstellung zur Haushaltspolitik der Gemeinde einer gewissen Revision zu unterziehen. Wenn Kollege Schwarz gesagt hat, wir könnten mit einigen Vorbehalten dort und da doch zustimmen, so möchte ich darauf verweisen, daß wir im Vorjahr auch schon mit diesem Titel "unter

Vorbehalt" nicht zustimmen wollten und es heißen hat, das ist nicht möglich, Vorbehalte gibt es nicht.

Die heutige Ablehnung des Voranschlages schließt nicht aus, daß wir unsere eigene Meinung zu einzelnen vom Haushaltsplan umfaßten Problemen im Jahre 1970 gemäß Richtlinien, wie Kollege Holzinger gesagt hat, im konkreten Fall zustimmen werden können. Ich glaube auch, daß, wenn wir heute uns dazu entschlossen haben, dem Haushaltsvoranschlag nicht unsere Zustimmung zu geben, das keineswegs einer weiteren Zusammenarbeit Abbruch tun würde.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich abschließend allen Arbeitern, Angestellten und Beamten des Hauses für ihre im Jahre 1969 geleistete Arbeit aufrichtig Dank sage. Es obliegt mir nur noch im Namen der Fraktion der Beamtschaft und Arbeiterschaft dieses Hauses für die bevorstehenden Festtage alles Gute zu wünschen. Diese Wünsche möchte ich auch dem Herrn Bürgermeister und Ihnen, meine Damen und Herren, zum Ausdruck bringen, ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches 1970.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Als Letzter Herr Gemeinderat Gherbetz!

GEMEINDERAT KARL GHERBETZ:
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn wir auch am Budget Kritik übten und mit manchen Vorgängen nicht einverstanden sind, so haben wir doch gesehen, daß der Wille der Mehrheit vorhanden ist, auch Vorschläge einer anderen Fraktion zu beachten. Ich spreche von uns Freiheitlichen. Daß es im Jahre 1970 noch einer engeren Zusammenarbeit des Gemeinderates bedarf, steht außer Zweifel.

Wir Freiheitlichen geben diesem Budget 1970 unsere Zustimmung, weil der positive Teil den negativen überwiegt und eine getrennte Abstimmung nicht möglich ist. Ich danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Erklärung. Herr Gemeinderat Moser bitte!

Darf ich fragen, von wem noch das Wort gewünscht wird? Die Rednerliste ist somit abgeschlossen.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich habe bei meinen Ausführungen keine Erklärung bezüglich Zustimmung zum Budget abgegeben. Es ist selbstverständlich, daß wir gerade aus den Gründen, um weitere positive Arbeit leisten zu können, unsere Zustimmung geben. Würden wir das ablehnen, glaube ich, ist es nicht zweckdienlich - so wie Vizebürgermeister Petermair gerade gesagt hat - wenn in Zukunft und im Laufe des Jahres man zu einzelnen Punkten die Zustimmung geben kann. Es ist ein Vorbehalt und macht kein Bild der Zusammenarbeit in einer Gemeinde und es würde die notwendigen positiven Arbeiten, die vor uns liegen, der Mehrheit gewissermaßen Hemmungen auferlegen sie durchzuführen.

Deshalb erklären wir, daß wir die Zustimmung - das wurde heute ohnehin schon gesagt - da sowohl der ordentliche als auch der außerordentliche Haushalt eine Einheit bilden - dem Gesamtvoranschlag geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke auch für diese Erklärung. Damit ist die Rednerliste abgeschlossen.

Nun bitte ich Herrn Bürgermeister um sein Schlußwort als Referent.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Werte Damen und Herren!

Zum Schlußwort. Es ist vielleicht etwas schwer, ein Schlußwort sollte eigentlich die Gesamtdiskussion zusammenfassend behandeln. Das ist aus mehreren Überlegungen etwas schwer. Hauptsächlich darum, weil die notwendige Zeit nicht zur Verfügung steht.

Ein paar Worte. Die Diskussion könnte man jetzt zusammenfassend verschiedenen Gruppen zuordnen. Die eine, die sozusagen diese kleinen Wehwechen wie sie schon bezeichnet wurden zum Inhalt gehabt haben, das sind jene Dinge, die niemals in einem Budget eine Detailpost erhalten würden, die aber in den Sammelposten und im Budget sicher auch finanziell gedeckt sind. Das sind Dinge, die im Laufe des Jahres unserer Detailarbeit obliegen, in unserer Detailarbeit behandelt, erledigt und beschlossen werden. Das ist eine sehr große Gruppe, die sich mit diesen kleinen Wünschen beschäftigt hat. Ich weiß, daß gerade diese Sorte von Diskussionsbeiträgen im wesentlichen aus den Wünschen der Bevölkerung herauskommt. Wir sind ja überall mit unseren Bürgern in Kontakt und wir hören diese Wünsche. Ich bin fest überzeugt, daß wir im kommenden Jahr einen Großteil - sicher sind nicht alle in mancher Hinsicht realisierbar - im positiven Sinn erledigen werden. Wir haben aus den positiven Beiträgen zur Diskussion erfahren, daß viel von dem was im vergangenen Jahr bei der letzten Budgetdebatte gesagt worden ist, doch im Laufe des heurigen Jahres erfüllt werden konnte.

Die 2. Gruppe, die auch nicht so sehr zur Budgetdebatte gehört, das sind die Reorganisationsvorschläge, wie man die Organisationsform einzelner Institutionen der Gemeinde, einzelner Fonds oder Einrichtungen, bes-

ser bewerkstelligen könnte. Es werden im Protokoll der heutigen Sitzung im Detail auch diese Diskussionsbeiträge ihren Niederschlag finden. Wir werden sicher, auch von den Antragstellern reklamiert, diese Dinge zur Beratung bringen. Dann kommt natürlich eine relativ große Post, die weitgehend im Widerspruch steht mit der Kritik an unserer Finanzpolitik. Ich kann nicht in einem Atemzug sagen, seid sparsamer, nehmt weniger Kredite auf und im nächsten Atemzug sagen, das soll noch gemacht werden und das und das hätte auch noch im Budget eingeordnet werden sollen. Diese Posten, die im Budget für 1970 keine Deckung mangels finanzieller Grundlagen finden konnten, sind natürlich auf längere Zeit zurückgestellt, denn hiezu muß erst die finanzielle Deckung gefunden werden. Dies ist durch zwei Maßnahmen möglich: Einerseits erhöhte Mittel zum Ansatz zu bringen oder präliminierte Ansatzposten nicht oder in geringem Ausmaß zu realisieren. Das haben Sie, verehrte Damen und Herren Gemeinderäte, im Laufe des Rechnungsjahres in der Hand. Ich will überhaupt hier anschließend eine Feststellung treffen, die vielleicht der scheinbaren Dramatik der Ablehnung des Budgets durch eine Fraktion die Spitze nimmt. Das Budget 1970 ist ein Gerippe. Ich nannte es eingangs ein Programm, nachdem wir unsere Arbeit im kommenden Jahr ausrichten werden. Aber alle Ansatzposten, mit Ausnahme weniger von uns überhaupt nicht veränderbarer, werden von Ihnen im kommenden Jahr im Detail beraten und beschlossen werden. Ich sehe daraus auch - da fehlt mir auch das mangelnde Verständnis, das muß ich offen sagen - für die Ablehnung des Gesamtbudgets keinen Grund. Ich bedaure es; denn eines, meine Damen und Herren, muß ich sagen, daß wir in Steyr immer so gerühmt haben und beneidet wurden ob

des Klimas. Es stellt sich aber heraus, vielleicht waren es bisher nur um einige Sonnentage mehr als in anderen politischen Orten, aber nicht mehr. Ich bedaure es und es wird großer gemeinsamer Anstrengungen bedürfen, diese jetzt aufgerissene Kluft wieder im Laufe des Jahres zu überbrücken. Das vielleicht nur ganz kurz zu der Situation, die in der kommenden Abstimmung erst zum Ausdruck kommen wird.

Es sind einige Diskussionsbeiträge gewesen, die es notwendig machen, einige Richtigstellungen zu bringen, weil sie absolut falsch waren, wobei falsch nicht unbedingt einen bösen Willen, sondern auch Unkenntnis der Situation zum Inhalt haben kann. Es ist nicht ein Verschulden der Gemeinde, daß das Postamt in Steyr noch nicht gebaut wurde oder die Post noch nicht bauen konnte. Wir haben schon jahrelang dieses Grundstück der Post empfohlen und zur Verfügung gestellt zum Bau eines Postamtes. Die Initiative ist eindeutig von der Gemeinde ausgegangen. Eine Reihe von Verhandlungen mit zuständigen Herren der Post haben auch schon auf unserem Boden stattgefunden nach verschiedenen Richtungen. Einerseits planlicher Natur, die Architekten haben schon Kontakt aufgenommen mit dem Bauamt. Das Bauamt hat einen städtebaulichen Vorschlag unterbreitet, nachdem sich natürlich auch die Post in städtebaulicher Hinsicht an das gesamte Stadtbild dieses Stadtteiles anpassen muß und auch mit Juristen und anderen Verwaltungsfachleuten haben wir gesprochen über die Modalitäten der Grundübertragung. Es ist meiner Meinung nach ein kleines Fischchen, daß Altbürgermeister Prokesch noch darauf sitzt, in finanzieller Hinsicht, denn an der Ablöse soll es wirklich nicht gelegen sein, daß hier die Post wegen lumpiger S 40.000,- nicht bauen kann - fast eine Million wird das ganze Grundstück

kosten - um Ihnen damit die Größenordnung zu veranschaulichen. Wir haben auch mit Prokesch schon mehrmals gesprochen, nur hat er das gesunde Volksempfinden zum Ausdruck gebracht, laßt mich da, die Post wird ohnehin nicht bauen. Vielleicht ist das eine Dokumentation dafür, daß es doch nicht an der Gemeinde liegt, daß die Post nicht bauen kann. Es liegt noch kein Plan vor, wie das Gebäude im Detail ausschauen soll. Wir sind nicht im Verzug, das möchte ich hier eindeutig festgestellt haben, denn es soll nicht die Schuld eines anderen sein, ich will gar nicht von Schuld sprechen, sondern der andere hat noch gar nicht mehr gedrängt darauf, daß gebaut werden kann. Aber die Gemeinde ist sicher nicht schuld, daß die Post nicht bauen kann. Sie haben es ja selbst gesagt - Herr Kollege Holzinger, daß der Enteignungsweg ein denkbarer ist, das Grundstück in Besitz zu bekommen. Wir selbst haben diesen Weg der Post empfohlen. Er bringt uns verwaltungstechnisch einige Vorteile. Das muß ich schon hier feststellen.

Es wurde auch das Wohnbauförderungsgesetz 1968 einer Kritik unterzogen, von verschiedensten Seiten. Sicher, es hat jedes Gesetz Vorteile und Nachteile, aber die Vorteile im Wohnbauförderungsgesetz 1968 liegen mehr auf der Seite der Subjektförderung, liegen mehr auf der Seite der Hilfe des Einzelnen. Aber für die Gemeinde ist es ein großer Nachteil. Vorallem eines, wir bekämpfen in allen Institutionen, von den Gemeinden, vom Land aus gesehen, einige kritische Punkte darin, die uns so sehr benachteiligen. So die Aufteilung des Schlüssels auf Eigentumsbasis und Mietwohnungsbasis. Schauen Sie, 2/4 oder 3/4 Eigentumsbasis, 1/4 Mietwohnungen. Wir kennen in Steyr z. B. die Struktur ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ING.
JOHANN HOLZINGER:

1/3 und 2/3!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Ja, das ist richtig. Wir kennen die Struktur und wir wußten schon, daß bei dem derzeitigen Ausmaß des Baues der Eigentumswohnungen am Tabor das Bedürfnis an diesen besonders günstigen und vom Gesetz bevorzugten Eigentumsbauten gedeckt war, daß aber der ungedeckte Anteil am Wohnungsmarkt mit rund 2.500 oder 3.000 Wohnungssuchenden auf dem Mietwohnungssektor liegt. Daher wenden wir uns so sehr von der Seite der GWG, von den Wohnungsgenossenschaften, gegen dieses Gesetz. Aber vielleicht noch diskriminierender und dieser Ausdruck ist gerechtfertigt, ist die Chronologie, die in diesem Gesetz verlangt wird. Die Chronologie der Einreichungen, denn damit kommen jene Institutionen, die sukzessiv Jahr für Jahr auf 3 Jahre im vorhinein ihren Wohnungsbedarf bei den Fondsmitteln angemeldet haben durch jene - und ich sage es offen - Spekulanten, die auf Grund der Chronologie vorzeitig, obwohl sie keine Mieter und keine Käufer für ihre Wohnungen haben, die Zuteilung bekommen haben, in Nachteil. Das sind die beiden diskriminierenden Bestandteile des Wohnbaugesetzes. Ich glaube, es müßten alle Institutionen, alle Genossenschaften, ich weiß es auch, sie tun es, der Städtebund, überall für eine Änderung dieses Gesetzes gerade über diesen Punkt besonders Bedacht nehmen und besonders darauf hinarbeiten. Es hat keinen Sinn, wir können uns noch so bemühen, weil die Abwicklung chronologisch vor sich geht, bekommen wir keine erhöhten Zuteilungen. Das ist nicht möglich. Wenn wir hier 5 Leute im Beirat sitzen hätten,

so wäre auch diesen auf Grund der Gesetze es nicht möglich, uns mehr als bisher auf diesem Sektor zu helfen.

Es sind einige Details hier vorgebracht worden oder besser gesagt einige Anfragen, die nur einer einfachen Erklärung bedürfen. Kollege Moser, Du hast mir besonders 3 Fragen gestellt. Wie weit steht es mit dem Berufsschulzentrum, das zu erbauen ist? Wir haben vor ungefähr 4 Jahren das Grundstück dem Land zum Bau eines Berufsschulzentrums kostenlos zur Verfügung gestellt. Wir wissen heute, daß die Planung beendet ist, daß voraussichtlich im Frühjahr des kommenden Jahres mit dem Bau des Berufsschulzentrums begonnen werden soll. Das ist eine Information, die ich nur weitergeben kann. Wir haben keine Einflußmöglichkeit auf den Baubeginn selbst. Es ist einfach Landesangelegenheit.

Die zweite Frage war, wie steht es mit dem Elan-Parkhaus? Dieses Problem hat sich über die Jahresfrist hinaus erstreckt, ungefähr 1 1/2 Jahre sind wir in Behandlung dieses Problems und es haben sich bisher nur technische Schwierigkeiten entgegengestellt. Und zwar die zuständigen Planer und auch unser Bauamt sind der Meinung, daß die bisherigen Entwürfe zur Verkehrsregelung nicht ausreichen, ein Parkhaus und eine Tankstelle sind natürlich ein relativ großer Verkehrserreger und daß dieser Verkehrserreger und die dort vorbeiführende Umfahungsstraße oder Stadtumfahungsring verkehrstechnisch nicht in Einklang zu bringen sind. Es wurde zwischenzeitlich nicht nur Dr. Sartorius sondern auch das Kuratorium für Verkehrssicherheit in Wien mehrmals in Anspruch genommen und es ist jetzt ein Urteil und ein Projekt der Technischen Hochschule Graz beim Projektanten. Wir haben aber noch nicht Gelegenheit gehabt, uns damit zu beschäftigen. Ich hoffe, daß dieses Gutachten und dieses Pro-

jekt doch zu einer praktisch brauchbaren Lösung führen wird. Wir sind nach wie vor noch im Gleichklang mit der Firma Elan, daß sie bauen wird. Es ist nicht gesagt wann und wie wir dieses Grundstück für diesen Zweck zur Verfügung stellen wollen.

Das Problem Kaufhaus ist glaube ich schon ausführlich in den Zeitungen zur Sprache gekommen. Hier gibt es nicht viel Neues, als daß sich die einzelnen Interessenten derzeit bei uns bemühen, um die notwendigen Verhandlungsunterlagen zu bekommen. Ich kann es auch offen sagen, daß auch der Konsumverband, ich weiß nicht unter welchem Namen, ob Forum, GÖC oder sonst etwas, es sein wird. Auch sie bemühen sich um dieses Kaufhaus und sind selbstverständlich bereit - das ist auch eine von uns gestellte Forderung - auch die notwendigen Tiefgaragen, die ähnlich dem Welser Projekt der Firma Gerngroß sind, bei uns zu bauen. Es ist gar kein Abschluß - sondern lediglich ein Zwischenbericht, weil wir die Verhandlungen noch nicht in das Detail fortgesetzt haben.

Ich habe natürlich sehr viel vorgegemerkt, sehr viel aus der Kritik vorgegemerkt, die eigentlich meiner Meinung nach in manchen Teilen nicht ganz richtig ist.

Es ist für manche Herren schon fast zu einem Steckenpferd geworden, den Sportplatz auf der Rennbahn so sehr der Kritik zu unterziehen. Ich verstehe, daß er so oft in das Blickfeld Ihrer Überlegungen und Betrachtungen gestellt wird, daß Sie hier schon denken, da ist irgendwie etwas nicht in Ordnung. Aber das ist einmal eine Sportplatzanlage, die sich den jeweiligen Bedürfnissen bisher angepaßt hat. Wie die so oft kritisierte Laufbahn, die meiner Meinung nach keine Fehlinvestition von der Planung her ist, sondern nur nicht ausreichend benützt wurde, auch von den Schulen nicht. Ich spreche nicht von den Sportorganisationen

allein und daher ist sie in ihrem Bestand verfallen. Man wird sie wahrscheinlich in Zukunft auch nicht mehr oder nur mehr soweit instand setzen, als eben die Benützer sie benötigen. Wir haben im nachhinein auch erst durch Ihre Überlegungen die Kunsteisbahn aufgebaut. Natürlich ist daraus wieder eine gewisse Devastierung mancher anderer Teile des Sportplatzes entstanden. Wir haben das, was wir schon lange gewünscht haben, eine Verbreiterung der Fahrbahn für Parkzwecke erreicht. Das ist auch in Bau und ich kann Sie versichern, wir haben auch dem Wunsch eines großen Teiles auch von Ihnen selbst Rechnung tragend einen Tennisplatz im heurigen Jahr hergerichtet. Er ist noch nicht ganz fertig. Aber auch wieder eine Investition, die zusätzlich von Ihnen selbst dazugekommen ist. Ich werde Ihnen vielleicht in Kürze Gedankengänge übermitteln, die meiner Meinung nach geeignet sind, gerade den Sportplatz auf der Rennbahn zum zentralen Sportplatz - ich will nicht sagen Stadion, das wäre überheblich - aber zu einer zentralen Anlage für Sportler in Steyr machen zu lassen. Sie wissen und das haben wir auch beraten, daß wir Teile des Sportplatzes dem Bund angeboten haben, um dort eine Turnhalle für die HTL zu bauen, nachdem die Verhandlungen zwischen Bund und Allgemeinem Turnverein etwas mißvergnülich geworden sind. Also lauter Dinge, die auch in Zukunft erwarten lassen, daß es auf dem Sportplatz, und es ist noch Platz vorhanden, zu einem Ausbau kommt, wenn der Bedarf an uns herantritt, dann werden Sie mit einer Beschlußfassung und mit Vorlagen konfrontiert, die den Anschein bei nicht genauer Betrachtung erwecken, daß hier wieder etwas nicht richtig gemacht worden ist. Das bitte ich Sie schon bei der Kritik über diesen Sportplatz Rennbahn auch zu beachten. Man kann nicht - das muß ich

offen sagen - für allzu lange Zeit im voraus planen, es sei denn bei einer monumentalen Anlage wie das Linzer Stadion, aber auch dort wird ständig daran gearbeitet und werden Räume umgewidmet usw. Aber man kann nicht von Haus aus, vorallem wenn man das Geld nicht hat, so eine Anlage für alle Zukunft passend erstellen.

Vielleicht gehört gerade dieser Einwand, kein Licht in der Verbindungsstraße Leharstraße und in der Wagnerstraße zum Berufsschulzentrum. Das ist die Ursache. Die Straße muß vollständig neu gemacht werden und damit auch die Beleuchtungsanlage in diesen Straßen. Ich habe hier noch eine Aufzeichnung, die auf die Finanzkraft der Gemeinde zurückführt. Verehrter Kollege Holzinger, Sie sagten, die Schuld, daß es uns schlecht geht, liegt auch bei uns. Sie sind uns die Auslegung dieser Behauptung schuldig geblieben, denn wir haben unsere eigenen Steuern ausgeschöpft, soweit es das Gesetz zuläßt. Wir können die Einkünfte des Bundes nicht durch Gemeinderatsbeschlüsse ändern. Wir können nur auf den Finanzausgleich hinweisen, daß er unbefriedigend ist. Sie können allerdings eines tun, daß Sie Gebühren und Beiträge von den Bürgern unserer Stadt in verschiedener Hinsicht erhöhen und für die Finanzierung unseres Gemeindehaushaltes heranziehen. Ich glaube, das ist wieder der Bevölkerung gegenüber nicht zu verantworten.

Eine weitere Einnahmenquelle - mit Ausnahme der Kreditaufnahme, die ich extra angeführt habe - der Stadt ist nicht zu sehen. Glauben Sie, daß wir durch erhöhte Bittgänge bei unseren vorgesetzten Dienststellen allzuviel erreichen werden? Sicher werden wir etwas erreichen und wir machen es und wir suchen bei jedem Vorhaben auch bei den Stellen an, die möglicherweise Subventionsmöglichkeit zur Verfügung haben, aber der Effekt ist natürlich auch

hier vom gesamten Budget her gesehen nicht gravierend. Wir freuen uns über S 100.000,-, die wir für irgend ein Vorhaben bekommen. Selbstverständlich. Wir laufen diesen auch nach. Oft ist es sogar 1 Mill. Schillinge. Aber ich glaube nicht, daß wir auf diesem Sektor als Bittsteller auftretend allzuviel Erfolg haben werden. Ich komme noch einmal mit einem kurzen Hinweis auf den Finanzausgleich und ich mache Sie aufmerksam, studieren Sie gerade das statistische Jahrbuch auf diesem Sektor, daß es durchwegs Industriegemeinden sind, die das geringste Steueraufkommen, die absinkende Steueraufkommen haben. Schauen Sie die steirischen Gemeinden durch die Bank an, sie liegen noch unter unserem Steueraufkommen. Gerade die Kehrseite ist es, daß gerade diese Industriegemeinden besondere Aufwendungen haben, um die verschiedenen Wünsche, die die ansässige Industrie und die dort arbeitende Bevölkerung an die Stadt haben, zu erfüllen.

Herr Gemeinderat Dr. Gärber, ich glaube, wir denken hier in der überwiegenden Zahl nicht kommerziell wirtschaftlich, denn ich glaube, es würde nur auf einen ganz geringen Bruchteil unserer Aufgaben eine Rentabilitätsrechnung der aufgewendeten Investitionen möglich sein. Denn wenn ich die Liste der Gruppen, die Zuschußbedarf von uns erreichen, ansehe, so sehe ich kaum eine davon, die geeignet wäre, vom Standpunkt der Rentabilität der eingesetzten Mittel, betrachtet zu werden. Die Mittel, die wir im Schulwesen investieren, sind schon von höchster Ebene her gesehen nicht mit den Maßstäben einer kommerziellen wirtschaftlichen Überlegung meßbar, obwohl sie sehr intensiv für den Fortschritt und für das Wirtschaftswachstum ansprechbar sind. Wir können sicher hier keinen Maßstab anlegen, oder gerade diese Post von diesem Gesichtspunkt dotiert in unseren Haushaltsvor-

anschlägen aufnehmen. Ich glaube, dasselbe ist für das Kulturwesen zu sagen. Von Fürsorge- und Jugendhilfe zu sprechen und gleichzeitig auch den Rentabilitätsfaktor auf diesem Gebiet mit einzubauen, erscheint mir nicht möglich. Aber gerade dort, wo wir unsere größten Investitionen tätigen, im Straßenbausektor, am Kanalwesen, ist es umgekehrt. Je mehr Straßen wir bauen, je mehr Kanäle wir bauen, umso höher sind die laufenden Erhaltungskosten. Sicher haben wir gerade beim Kanal im vergangenen Jahr ein Äquivalent beschlossen und die Benützer zu einer Leistung herangezogen. Am Straßenbausektor ist es bisher noch nicht möglich, Maut einzuheben für gute Straßen, die wir bauen. Hier müssen wir von einer Rentabilität in diesem Sinne sicher Abstand nehmen. Es wurde auch ein Großteil des Diskussionsbeitrages an die Adresse uns übergeordneter Körperschaften gerichtet. Es wurden Dinge, ohne vielleicht die zuständige Körperschaft zu nennen, oder zu wissen, zitiert, die behoben werden sollen, die ausgebaut werden sollen, aber nicht Gemeindeangelegenheiten, sondern Angelegenheiten des Landes, des Bundes sind. Es wurde sehr viel z. B. vom Ausbau der Eisenbundesstraße gesprochen. Bitte, grundsätzlich, ich gehöre und bestimmt auch alle Kollegen gehören zu jenen, die jede Anregung, jede Intensivierung der Forderungen nach Verbesserung dieses Straßenzuges unterstützen. Ich kann Ihnen ganz kurz hierzu berichten, daß schon vor wenigen Monaten in Kleinreifling auf Initiative des sozialistischen Bürgermeisters eine Besprechung stattgefunden hat, an der auch Bezirkshauptmann Hofrat Grabner teilgenommen hat und resultierend aus dieser Besprechung auch schon ein Termin vereinbart wurde, der alle Körperschaften, alle Organisationen, alle Gebietskörperschaften einlädt und auch den Herrn Bundesminister einlädt, zu einer ernst-

haften Aussprache über das Problem Eisenbundesstraße. Ich persönlich bin der Meinung, der Ausbau der Eisenbundesstraße ist das vordringlichste Projekt in OÖ., denn das wirtschaftliche Leben des gesamten Ennstales, von Enns kommend, ist maßgeblich vom Ausbau dieser Straße geprägt, ob Fremdenverkehr oder Industrieansiedlungen. Gleichgültig, Hauptader des Lebens und des Florierens der Wirtschaft ist diese Eisenbundesstraße.

Ich habe gerade eine Nachricht, daß Kollege Radinger im Parlament morgen einen Termin beim Herrn Bundesminister Kotzina erwartet. Wir haben uns auch in unserem Terminkalender schon den 15. 1. eingeschrieben - abhängig ob es dem Herrn Bundesminister möglich ist, ihn einzuhalten. Es wird also schon in wenigen Wochen hier zu einer ernstesten Aussprache auf diesem Sektor kommen. Das nur global für alle diese Fragen, die Sie an uns gerichtet haben und die wir an die zuständigen Empfänger umadressieren werden.

Es gibt sicher noch sehr viel über Details der Diskussion, über Details des Haushaltes, auch in einem Schlußwort zu sagen. Ich möchte aber nicht mehr allzuviel darüber sagen.

Eines noch. Herr Gemeinderat Holzinger muß, weil es der Wahrheitsfindung dient, gesagt werden, das ist gerade die Anschuldigung, daß wir Ihnen die Akteneinsicht verweigert haben über die Post Repräsentationsausgaben, die Sie angeschnitten haben. Es ist richtig, daß der Herr Magistratsdirektor Ihnen sagen mußte, in seiner Befugnis liegt es nicht, Akteneinsicht dem Gemeinderat zu geben. Daraufhin war ich konfrontiert mit derselben Frage. Ich habe Kollegen Holzinger folgende Antwort gegeben: "Ja, ich bin bereit, aber ich werde mir selbst die Unterlagen herausuchen müssen und sie in einer Präsidialsitzung dann zur Information und Diskussion stellen." Ich bin der Meinung, daß diese Zusammen-

kunft zu kleineren Besprechungen zwischen Ihrem Fraktionsobmann und Vizebürgermeister und uns, als Boden für diese innerparteilichen Absprachen sehr geeignet ist. Es wurde Ihnen nicht verweigert, wobei ich allerdings sagen muß - das gilt nicht nur für Sie, Herr Holzinger - sondern gilt für alle Gemeinderäte, es ist unmöglich, Detaileinsicht in solche Unterlagen - das sind keine Akten - des Magistrates zu gewähren. Nur ein Beispiel und Sie werden wahrscheinlich daraus ersehen, daß es nicht möglich ist. Die Aufzeichnungen, die Kollege Holzinger sehen möchte, sind in 20 Breitordnern untergebracht. Man müßte wahrscheinlich stundenlang jemandem dazustellen.

ZWISCHENRUF OBERAMTSRAT LUDWIG STARY:

Es sind 45 Ordner und 13.000 Belege!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Also es sind 45 Ordner und Sie hörten es, man müßte einen Beamten dazustellen, der hin- und herpendelt zwischen Kartei und Belegkasten und jetzt stellen Sie sich vor, daß nicht nur das Sachgebiet Repräsentationsausgaben, sondern alles, Subventionstätigkeit, die ganzen Bauvorhaben und alles. Jeder von Ihnen hat ein bestimmtes Interesse, das er besonders verfolgt. Ich glaube, jetzt sehen Sie ein, daß die Arbeit beim Magistrat zum Erliegen - zumindest zeitweise - kommen würde, wenn wir dieser Forderung in ihrer ganzen Tragweite zustimmen. Aber jeder Gemeinderat hat das Recht, Anfragen an den Bürgermeister zu richten, das ist im Statut festgelegt und machen Sie davon Gebrauch und ich werde die Antwort auf Ihre Wünsche und Fragen geben. Wenn Sie der Meinung sind, daß Sie gegen verschiedene Handlungsweisen der Gemeinde mißtrauisch sein könnten, so kann ich Ih-

nen sagen, daß der Oberste Rechnungshof bei uns tätig war. Er war einige Monate mit 4 - 5 Leuten bei uns und hat sich so intensiv mit der Durchsicht der einzelnen Belege und Akten beschäftigt. Er hat, das kann ich Ihnen heute sagen - wir haben noch keinen Bericht, der kommt erst - aber die mündliche Berichterstattung hat von keiner schlechten Amtshandlung gesprochen. Es ist die Arbeitsleistung, wenn der Rechnungshof hier ist, relativ eingeschränkt, denn die Beamten ächzen und stöhnen, weil der Rechnungshof dasselbe macht, was hier verlangt wurde und immer Einsicht in diese Belege und diese Beschlüsse usw. verlangt. Schon aus diesem Grunde ist dies nicht möglich, das muß ich schon sagen, das müssen wir verweigern, wenn Sie eine so dezitierte Einsicht in die Unterlagen unserer Gemeinde verlangen wollen. Es gibt noch eine Institution. Ich glaube, daß wir in unserem Statut sie auch verankert haben, sie ist in anderen Statuten drinnen, und zwar die Einsetzung einer Kontrollkommission, die dann selbstverständlich das gleiche Recht wie auch der Rechnungshof hat.

Das möchte ich hier darlegen, um der Objektivität in der Beurteilung dieser Anschuldigung auch Rechnung zu tragen.

Ich glaube, daß wir mit dieser Beantwortung abschließen können. Ich habe eingangs erwähnt, daß ich außerstande bin, jeden Einzelnen Diskussionsbeitrag im Detail zu behandeln.

Eines möchte ich sagen, wir bemühen uns selbstverständlich immer und das haben auch die Proredner zum Budget zum Ausdruck gebracht, daß das Budget wirklich vorgearbeitet wurde, daß es reichlich beraten wurde, daß es auch - das wollte ich auch feststellen - zeitgerecht allen Fraktionen, und zwar sofort nachdem die sozialistische Fraktion ihre Tagung gehabt hat, den anderen Fraktionen zur Stel-

lungnahme übermittelt worden. Es müssen nur dann die Fraktionen untereinander einen Weg finden, um das Budget im Forum ihrer Fraktion ausreichend zu diskutieren. Das kann man, glaube ich, nicht uns anlasten. Ich will aber mehr zum Ausdruck bringen, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen die Ansatzposten zusammengestellt haben. Selbstverständlich kann man verschiedener Meinung sein über diese oder jene Post. Wir sind es ja selbst auch und es wurde hart um manche Post gerungen. Manchmal hat sich eben die mehrheitliche Meinung im Budgetansatz verankert. Aber, verehrte Damen und Herren, woran können wir ermessen, daß wir es richtig gemacht haben? Woran können wir urteilen, ob das, was wir Ihnen vorschlagen, auch das Richtige ist? Es gibt viele Dinge - ein gewisses emotionelles Empfinden für die Richtigkeit das hat jeder von uns irgendwie, das ist aber kein objektiver Maßstab. Das ist weitgehend subjektiv beeinflusst. Wir können - das machen wir auch immer - zum Nachbarn blicken. Das sind die Städte um uns in Österreich, das sind die Beratungen im Städtebund. Das sind die Meinungsbefragungen unter Kollegen, die uns eine gewisse Orientierungsbasis geben, ob wir uns am richtigen Standort befinden.

Was uns noch in sehr geringem Maß zur Verfügung steht, das ist eigentlich die wissenschaftliche Erkenntnis auf dem kommunalen Sektor selbst. Es sind erst in der letzten Zeit Ansätze auf diesem Sektor zu sehen. Vor kurzem war in Wien eine Tagung, die eine kommunalpolitische Dokumentation zum Inhalt gehabt hat. Ich habe einige Ziffern aus einem Buch verlesen, das sich mit der Struktur Oberösterreichs beschäftigt. Wir waren eingeladen auf der Hochschule in Linz, als ein kommunalpolitisches Institut eingerichtet wurde. Wir hoffen, daß wir, wenn wir auf die wissenschaftlichen

Erkenntnisse greifen können, zu einer besseren Form unserer Urteilsfindung kommen können. Die beiden vorher Genannten werden uns immer noch zur Orientierung behilflich sein müssen.

Der Hauptgrund und die Hauptursache und die Hauptrichtung unserer Überlegungen wurden auch heute schon von mehreren Diskussionsrednern zum Ausdruck gebracht. Was wollen wir? Wir wollen einzig und allein der Bevölkerung dienen, der Stadt dienen, das Zusammenleben der Menschen innerhalb einer Stadt möglichst reibungslos zu machen. Daß es dabei natürlich nicht nur Bevorzugte gibt, sondern auch manchmal muß eine Bevölkerungsgruppe über unser Zutun sagen, das kann ich nicht, ich muß auf eine andere Rücksicht nehmen. Auch das ist eine unserer Aufgaben.

Grundsätzlich bemühen wir uns alle miteinander, das Leben in unserer Stadt einigermaßen erträglich zu gestalten und den Wünschen und ich unterstreiche, den ständig steigenden Wünschen unserer Bevölkerung und den Anforderungen, die die neue Lebensart des Menschen in jeder Hinsicht, in kultureller wie in wirtschaftlicher - da gehört auch das Auto dazu - möglichst gerecht werden können. Von diesen Überlegungen heraus bitte ich Sie, daß Sie dem Antrag, den ich Ihnen eingangs vorgelesen habe über die Beschlußfassung des Haushaltsvoranschlags 1970 auch Ihre Zustimmung geben.

Ich danke.

Allgemeiner Applaus!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Ich danke dem Bürgermeister als Referenten für unsere Haushaltsvoranschläge für sein ausgezeichnetes und aufklärendes Schlußwort.

Ich darf zur Abstimmung schrei-

ten.

Zuvor noch eine Mitteilung. Es haben sich 21 Diskussionsbeiträge ergeben. Der Antrag, den der Referent gestellt hat, beinhaltet mehrere Punkte, die ich nochmals zur Kenntnis bringe. Der Antrag selbst wird in einem abgestimmt. Er beinhaltet den Voranschlag für das Jahr 1970 im ordentlichen Haushalt, im außerordentlichen Haushalt, den Voranschlag für den Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, den Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr, die Voranschläge der Stiftungen und den Dienstpostenplan. Darüberhinaus werden auch in den Antrag einbezogen die Festlegung der Hebesätze für die Grundsteuer A, B, für die Gewerbe- und Lohnsummensteuer.

Ich darf nunmehr den Antrag des Referenten zur Abstimmung bringen. Wer für den Voranschlag in der vorgebrachten Fassung stimmt, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand bitten. Danke. Gegenprobe? Danke. Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit (gegen die Stimmen der ÖVP-Fraktion) genehmigt.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 der heutigen Sitzung abgeschlossen. Ich darf den Herrn Bürgermeister um seinen Bericht zum 2. Tagesordnungspunkt bitten.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, daß der zweite Tagesordnungspunkt kaum Diskussionen auslösen wird. Ich will auch keine erklärenden Worte vorausschicken, sondern lediglich Ihnen den Antrag des Stadtsenates zur Kenntnis bringen und Sie bitten, ihm die Zustimmung zu geben.

2) Präs-613/69

Einmalige Vergütung für besondere

Dienstleistungen im Jahre 1969.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, für die im Jahre 1969 erfolgten besonderen Dienstleistungen an die in Betracht kommenden Magistratsbediensteten einmalige Vergütungen im Gesamtausmaß von

S 75.000,--

(Schilling fünfundsiebzigtausend)

zu zahlen.

Der Betrag ist aus VP Sp 07 zu nehmen.

Ich bitte, diesem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Wünscht zum Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich stimme darüber ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Danke. Einstimmige Annahme.

Meine Damen und Herren, der Herr Bürgermeister hat mich ersucht, den Vorsitz bis zum Schluß der Sitzung beizubehalten. Ich komme der Aufforderung gerne nach und darf die Gelegenheit benützen, bei der letzten Sitzung im heurigen Jahr doch einige Feststellungen zu treffen.

Ich möchte gerade ihm als Bürgermeister und Finanzreferenten aufrichtig danken für die ausführliche Behandlung des Voranschlages 1970 und für die Schlußworte, möchte aber auch hinzufügen - diese Adresse möchte ich gerade an die Vertreter der ÖVP richten - daß gerade Bürgermeister Fellingner ein Mann der größten Objektivität ist, die insbesondere den Minderheitsfraktionen zugute kommt. Ich möchte sehr hoffen, daß wir in der kommenden Zeit bei den Beiträgen und Diskussionen in den Sitzungen uns dieses Moment zu eigen machen und das

würdigen. Ich habe den Eindruck, daß uns im Jahre 1970 viele Verantwortungen und Prüfungen für die Bereitschaft auferlegt werden im Dienste der Steyrer und der Stadt zu arbeiten. Dazu brauchen wir nicht nur Objektivität allgemein, sondern auch die Bereitschaft, zusammenzuarbeiten. Die neuen Methoden - Gemeinderat Schwarz hat es heute angeführt - in der Diskussion veranlassen mich zu sagen, daß wir wohl auch Bedenken haben müssen, ob die Linie, die in der letzten Zeit eingeschlagen wird, die Richtige ist, wenn wir hier positiv und initiativ arbeiten wollen. Es wäre daher notwendig, daß sich vielleicht doch einige Mitglieder des Gemeinderates einer Prüfung unterziehen, ob sie in ihrem Vorgehen den richtigen Weg wählen. Vielleicht wird es wieder möglich sein, den Weg zu nehmen, der uns allen bisher gedient hat. Insbesondere aber der gemeinsamen Arbeit im Gemeinderat und der Steyrer Bevölkerung. Ich glaube, es ist hier die Gemeindestube nicht immer der richtige Ort, die Vorwahlzeit zu anderen Wahlen, Nationalratswahl und Landtagswahl, zu benützen, um hier Demagogie zu betreiben, die manche glauben betreiben zu müssen. Wir sollten uns wieder mehr auf die eigene Arbeit im Gemeinderat besinnen. Vielleicht auch ein Wort zur Ausschubarbeit. Meine Damen und Herren, ich glaube, die Ausschüsse sind dazu da - ich habe das heute schon angeführt - um dort zu diskutieren. Ich stelle leider aus eigener Erfahrung fest, daß gerade im wichtigsten Ausschuß, im Finanz- und Rechtsausschuß, die Fraktionen keine Erklärungen, keine Stellungnahmen abgeben, obwohl sie dort die beste Gelegenheit hätten, ihre Meinung zu sagen. Daher ist es ganz logisch, daß im Gemeinderat selbst, in der öffentlichen Sitzung, bis in das Detail diese Fragen behandelt werden müssen und oft aus Zeitnot gar nicht so ausführlich behandelt werden kön-

nen. Darf ich aber trotzdem sagen, daß das Jahr 1969 - es schließt unsere Arbeit mit der heutigen Sitzung ab - sicher gemeinsam gesehen ein erfolgreiches war, daß wir hoffen können, trotz verschiedener Auffassungen zum Budget, das Jahr 1970 auch zu überstehen. Ich möchte gerade hier für alle Gemeinderäte zusammenfassend auch den Bediensteten des Hauses herzlichen Dank sagen für ihre Arbeit im Jahre 1969, aber damit gleich die Aufforderung und den Wunsch verbinden, im kommenden Jahr das gleiche zu tun und die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um den Bediensteten des Hauses ein frohes Weihnachtsfest und ein

gutes Neues Jahr zu wünschen.

Das gleiche gilt, daß wir alle zusammen ein schönes Weihnachtsfest im Kreise der Familie verbringen können und ich hoffe, daß doch eine gedeihliche Zusammenarbeit uns persönlich in das neue Jahr geleiten möge.

Damit darf ich die heutige Sitzung mit den besten Wünschen für alle abschließen und Ihnen danken für das lange Ausharren in der heutigen Sitzung.

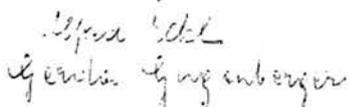
Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 20. 15 Uhr

DER VORSITZENDE ::



DIE PROTOKOLLFÜHRER:



DIE PROTOKOLLPRÜFER:

